

# Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tagesblatt

Drahtschrift  
Tagesblatt Rieser,  
Bernstr. Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tagesblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1530,  
Telefon:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 139.

Mittwoch, 18. Juni 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufschlag, Feste Tarife. Verwilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug von Konten gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irrtümlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Die Kompromißverhandlungen im Reichstag.

### Das Wortgefecht Frick — Wirth.

Obwohl es bisher nach außen hin den Anschein hat, daß zwischen dem Programm der Reichsregierung und der Stellung der Parteien keine Brücke gefunden werden kann, haben doch schon am Montag abend die Kompromißverhandlungen im Reichstage begonnen. Es gibt eine ganze Reihe von Parlamentariern, die der Auffassung sind, daß der Weg zum Kompromiß sich finden lassen wird, wenn die Regierung sich nicht auf die Einzelheiten ihres Programmes verweist. Das Kompromiß, das man gegenwärtig sucht, liegt etwa in der Richtung, daß das Notopfer auf 2 Prozent des Einkommens begrenzt wird und daß man es nur den Beamten auferlegt. Zum Ausgleich dafür denkt man an eine nochmalige Erhöhung der Biersteuer und der Tabaksteuer wofür sich bekanntlich die preussische Regierung einsetzt. Hier ergibt sich allerdings die Schwierigkeit, daß die bayerische Volkspartei bisher kategorisch abgelehnt hat, über eine Erhöhung der Biersteuer auch nur zu verhandeln. Vielleicht wird ein Ausweg in der Richtung gesucht, daß man nach den Vorschlägen des Präsidenten des Städtetages, Dr. Kulert, auf die Gemeindefiskalveränderung zurückgreift.

Was die Reform der Arbeitslosenversicherung angeht, so ist es nicht ausgeschlossen, daß man schließlich doch noch zu den Reformvorschlägen der Reichsregierung zurückkehrt, die bekanntlich nicht so weit gehen wie die des Reichskabinetts. Das große staats- und wirtschaftspolitische Reformprogramm, das in den Entschlüssen mehrerer Parteien gefordert worden ist, dürfte beim Zustandekommen eines solchen Kompromisses lediglich in Gestalt einer Resolution auftauchen, die dem Reichstag bei der Haushaltsberatung vorgelegt wird. Natürlich ist im Augenblick noch nicht abzusehen, ob diese Kompromißbemühungen zu einem Ergebnis führen werden. Die Möglichkeit neuer Verbindungen ist an jedem Tage gegeben. Aber das Bestreben weiter parlamentarischer Kreise geht dahin, jetzt eine einigermaßen erträgliche Lösung zu finden und die Entscheidung der grundsätzlichen Fragen bis in den Herbst zu verschieben. Diese Auffassung wird durch die Erwägung gestärkt, daß der Hochsommer für Neuwahlen eine überaus ungeliebte Zeit ist. Für die Regierung wird die Belastungsprobe aber immer noch groß genug bleiben, da namentlich die Stellungnahme der Flügelparteien, ohne die es keine Mehrheit im Reichstag gibt, einstweilen noch völlig ungelöst ist.

### Der Sitzungsbericht.

vds. Berlin, 17. Juni, 12 Uhr.

Die zweite Beratung des

### Haushalts des Reichsinnenministeriums

wird fortgesetzt.

Abg. Freiherr v. Kardorff (Dsp.)

befähigt sich mit dem Problem der Ueberfüllung der Universitäten. Es sei jetzt so weit, daß im Jahre 1934 mit 324000 Studenten zu rechnen sei. Darin liegt die Gefahr, daß ein akademisches Proletariat entsteht, das die Reihen der radikalen Gruppen rechts und links verstärken würde.

Angeichts dieser Gefahr muß geprüft werden, ob man nicht durch eine Verkürzung der Abgangsprüfung oder durch die Einführung einer besonderen Aufnahmeprüfung den Zugang zu den Universitäten erschweren sollte. Im Konflikt mit Thüringen bitten wir durchaus das Vorgehen des Ministers Dr. Wirth. Ich habe schon früher bedauert, daß ich in der thüringischen Regierung auch meine Parteifreunde in nationalsozialistischer Gesellschaft sehe. (Unruhe bei den Nat.-Soz.) Leider sind solche politischen Zwangsmaßnahmen eine Folge der Parlamentariererei in den Einzelstaaten. (Abg. Frick (Nat.-Soz.): Lösen Sie doch den Landtag auf!) Nationalsozialisten gehören nach ihrer ganzen politischen Einstellung nicht an leitende Beamtenposten. (Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) erhält wegen unparlamentarischer Zurufe zwei Ordnungsrufe.) Keine Reichsgewalt kann es sich gefallen lassen, daß in der Weise mit ihr Schindluder getrieben wird, wie es in Thüringen geschehen ist. Der Frick'sche Erlaß über die Schulgebühren war eine Blasphemie. (Große Unruhe bei den Nat.-Soz.) — Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) wird vom Präsidenten aus dem Saale gewiesen, als er ruft: „Das ist zum Kotzen!“ Die Nationalsozialisten sollten die Gebete beherzigen: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten.“ „Du sollst den Feiertag heiligen!“ Dieses Gebot wird verletzt, wenn jeder Sonntag zu Demonstrationen mißbraucht wird.

Der bedauerliche Konflikt mit Thüringen beweist die Notwendigkeit einer Beschleunigung der Reichsreform, die Schritt macht mit der Selbständigkeit der Einzelstaaten. Bislang war gar kein Föderalismus. Er hat aber immer gegen den preussischen Partikularismus gekämpft, leider ohne Erfolg. Wir dürfen uns nicht länger als Preußen, Thüringer, Bayern fühlen, sondern als Deutsche. — Der Redner wendet sich dann gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Dr.

Spahn, erlucht aber gleichfalls um Aufhebung des Stahlhelmsverbots im Westen. Die Uniformverbote seien zu bekräftigen, die Durchföhrung des Waffenverbots müsse noch energischer erfolgen als bisher.

Für die Wahlreform sei nur entscheidend die Frage, ob man den Proporz beibehalten will oder nicht. Bleibt der Proporz bestehen, dann bleibt im wesentlichen alles beim alten. Wir als kleinere Partei halten am Proporz fest. Wir hoffen, daß uns eine Reichstagsauflösung erspart wird. Sie wäre zu verachten mit einem Selbstmord aus Angst vor dem Tode, denn der aus den Neuwahlen hervorgehende Reichstag würde auch nicht arbeitsfähig sein als der jetzige. Meine Freunde lehnen das Notopfer ab, sind aber bereit, an allen anderen Vorschlägen positiv mitzuarbeiten, und sie werden hier wie immer das Vaterland über die Parteien stellen. (Beifall b. d. Dsp.)

Abg. Drewitz (Dsp.)

führt aus, die Antipathie weiter Volkskreise gegen den neuen Staat richte sich nicht gegen die republikanische Staatsform, sondern sie sei auf das Gefühl zurückzuführen, daß die Verfassung nur für bestimmte Kreise in Deutschland in Anwendung gebracht wird. Die Wirtschaftspartei sei immer bestrebt gewesen, an der Gleichberechtigung positiv mitzuarbeiten; diese Mitarbeit sei aber von den alten Parteien immer erzwungen, wenn nicht unendlich gemacht worden. Wir bedauern, daß man jetzt vom „Notopfer“ und „Mittelhilfe“ spricht, statt das Kind beim rechten Namen zu nennen. Es ist doch so, daß wir seit 1927 Ausgaben beschließen haben, die wir heute nicht mehr aufrecht erhalten können. Dazu gehört auch die Beamtenbesoldungsreform. Die Anfurderung der Wirtschaft darf nicht mit Lohnabbau beginnen, sondern mit einem Abbau der Gehaltskosten.

Wenn das Wahlalter auf 24 Jahre heraufgesetzt wird, dann wird erstens die Zahl der Mandate auf ein vernünftiges Maß vermindert und zweitens kann sich dann der Nationalsozialist Dr. Frick seine Wähler mit der Laterne suchen. Zur Wahlreform werden wir ganz von selbst kommen unter dem Druck der wirtschaftlichen Not. Ich traue dem alten System nicht nach, aber das Gute aus diesem System wollen wir in den neuen Staat übernehmen, die Förderung der Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit des Staatsbürgers. Wir müssen die Ausgaben senken. Dazu gehört auch eine Aenderung des Besoldungsgefüges. Wir müssen vorgehen gegen die Doppelverdiener, gegen die hohen Pensionen, gegen die übermäßig hohen Gehälter und gegen den Ungehör der Ministerialsalarien. Wir verlangen auch eine Herabsetzung der Aufwandsentschädigungen für die Abgeordneten. Wir bekennen uns zur Republik, aber nicht zur sozialistischen, sondern zur bürgerlichen! (Beifall bei der Wirtschaftspartei.)

Abg. D. Rumm (Christl.-Nat.)

bedauert die Zuspitzung des Konflikts mit Thüringen. Der Schulgebühre-Erlaß ist zwar nach Anordnung, aber nicht im Einvernehmen mit der Kirchenverwaltung herausgegeben. Einige der empfohlenen Gebete sind mit dem Geist der christlichen Religion nicht vereinbar. Das Schulgesetz bedarf sorgfältiger Vorbereitung, aber es darf nicht aus finanziellen Gründen verzögert werden. Der bedenkliche Gebetenrückgang sollte dazu führen, daß den kinderreichen Familien größere steuerliche Erleichterungen gewährt werden. Die Uebersteigerung des Berechtigungsmaßes muß aufhören.

Einsichtlich des Stahlhelmsverbots kommen wir hoffentlich bald auf dem Wege ruhiger Verhandlung zu einer befriedigenden Lösung. Wir wünschen die beschleunigte Verlesung des Reichstheatergesetzes. Beim Rundfunk werde ich mich dagegen, daß Weltanschauungen zum Wort kommen, die ich bekämpfe, aber ich bedauere die Seichtheit, die unbedeutliche Art eines so großen Prozentsatzes der Darbietungen. Wir wollen nicht die Wiederherstellung einer Staatskirche, sondern eine klare Unterscheidung zwischen den Aufgaben des Staates und der religiösen Gemeinde.

Abg. Leicht (Bayr. Sp.)

titelt den Minister, sich nicht durch Parlamentsreden zu einem überhöhten Tempo in der Frage der Reichsreform drängen zu lassen. In der Frage des Konflikts mit Thüringen können wir uns dem Abg. von Kardorff anschließen. In das christliche Gebet darf eine politische Partei nicht hineinreden. In das Gebet darf man auch nicht die Verurteilung ganzer Volksgruppen einfließen lassen.

Abg. Dr. Kälig (Dem.)

Der Minister hatte die Pflicht, die Polizeizuschüsse an Thüringen zu sperren. Ein Nationalsozialist kann unmöglich als leitender Polizeibeamter wirken. Vom Standpunkt eines deutschen Ehrenmannes und Beamten ist es unmöglich, daß der selbe Mann, der sich als Todfeind des Staates bekennet, gleichzeitig als Schützer der Ordnung dieses Staates auftritt. Die Reichsreform muß endlich energisch in Angriff genommen werden. Wir müssen zum dezentralisierten Einheitsstaat kommen. Auf dem Gebiete der Justiz führt die fehlende Reichseinheit dazu, daß ein Menschenleben in den verschiedenen Reichsgebieten ganz verschieden gewertet wird. Wäre Jakobowski zufällig statt in Medien-

burg-Strelitz in Mecklenburg-Schwerin verurteilt worden, so würde die Todesstrafe an ihm nicht vollstreckt worden sein. Wir wollen auch eine Wahlreform mit dem Ziel, daß die Verantwortlichkeit im verkleinerten Wahlkreis sich ihr Mandat erkämpfen muß. Dätten wir ein solches System, so würde mancher Abgeordnete jetzt nicht im Reichstag sitzen. Der Verein für das Deutschtum im Auslande ist absolut überparteilich. Wer in seinen Reihen verstanden würde, eine Front gegen bestimmte Volksgruppen zu bilden, würde rüchrichtlos entfernt werden. Hinter dem Wort „Kulturvolkswidmung“ steht kein laibbarer Begriff. Wir verlangen Toleranz und Achtung vor jeder Weltanschauung. Darum wenden wir uns auch gegen den Schulgebühre-Erlaß.

Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.):

Der Streit Thüringen-Reich ist von den beiden letzten Innenministern zur Grateske gemacht worden. Wenn wir die Spernung der Polizeizuschüsse mit derselben Methode erwidern wollten, dann könnten wir die thüringischen Finanzämter anweisen, keine Gelder mehr an das Reich abzuführen. (Lachen links.) Severins Schreiben wegen der Vereinigung „Adler und Falken“ wurde vom thüringischen Gesamtkabinett als ein unzuverlässiger Eingriff in die Landesautonamie betrachtet und behandelt. (Hört! Hört!) Als dann Dr. Wirth Innenminister wurde, überlegte er sich, daß in Thüringen alles in bester Ordnung sei. (Gelächter und Widerspruch.) Beim ersten Ausbruch des Konflikts war in der Thüringer Polizei noch nicht das geringste geändert. (Hört! Hört! bei den Nat.-Soz.) Als dann auf Anordnung der Entente die Kommunalpolizei in den größeren Städten verstaatlicht werden mußte, habe ich bei der Auswahl der leitenden Beamten nicht nach dem Parteibuch gefragt, sondern nach der dienstlichen Befähigung. Weil einer dieser Beamten Nationalsozialist geworden war, wollte man seine Ernennung nicht dulden und iperrie wiederum die Polizeizuschüsse. Es ist nicht wahr, daß die Nationalsozialisten mit Gewalt die Verfassung kürzen wollen. Das wäre nicht nur ein Verbrechen, sondern eine Dummheit. (Rufe links: „Und der Münchener Putsch?“) Bei der nationalen Erhebung vom November 1921 lagen die Verhältnisse ganz anders. Das war die Reaktion auf den Landesverrat von 1920. (Zwischenrufe links und rechts.) Die nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Goebbels und Dreher erhalten mehrere Ordnungsrufe, eben so die sozialdemokratische Abgeordnete Kuhn. — Abg. Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.) wird vom Vizepräsidenten über zur Ordnung gerufen, weil er dessen Verhandlungsföhrung als parteilich bezeichnet.

Ich habe auch die neuen leitenden Polizeibeamten verpflichtet, ihr Amt unparteilich zu verwalten. Es widerspricht allen Grundgesetzen der Verfassung, wenn man erklärt, daß ein Nationalsozialist nicht Minister werden könne. (Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) macht einen Zuruf. — Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.) ruft: „Was hat der Jude da zu sagen?“ — Vizepräsident Effert weist daraufhin den Abg. Dr. Goebbels aus dem Saale.)

Die von mir empfohlenen Schulgebete enthalten keinen Angriff gegen irgend eine Volksgläubigkeit. Ich habe in der Erläuterung gesagt, daß sie sich gegen die aris- und volkfeindlichen Elemente richten und daß zu diesen Elementen in erster Linie die Juden gehören. (Unruhe.) Es handelt sich nicht um Hassgebete, sondern um Freiheitsgebete. (Rufe links.) Es steht fest, daß die Sozialdemokraten im Jahre 1918 Volksverrat und Landesverrat getrieben haben. (Große Unruhe bei den Soz., minutenlang anhaltender Lärm.) Der Innenminister sollte statt gegen diese Gebete lieber gegen die schamlose Abtreibungspropaganda vorgehen, die vom Wafferkopf Berlin ausgeht.

Ich habe die Verfassung des Reiches und des Landes Thüringen beschworen und ich werde diesen Schwur auch halten. Ich habe aber nicht geschworen, in Thüringen Berliner Politik zu machen. Ich führe die Politik in dem neuen Geist von Weimar, wie ich ihn verfolge, im Geiste des Widerstandes gegen Verrat und Unterdrückung. (Beifallsklatschen bei den Nat.-Soz.)

Reichsinnenminister Dr. Wirth:

Der Abgeordnete Dr. Frick hat nicht erwähnt, daß der thüringische Staatsminister Baum sich in sehr scharfer Form von dem Vorgehen von Dr. Frick distanziert hat. Welleicht ist es in Thüringen so, daß der eine Minister nicht liest, was der andere gesagt hat. (Gelächter.) Wenn in den von Dr. Frick empfohlenen Schulgebeten Gottes Strafe für Landesverrat und Volksverrat erlischt wird, so werden die Schüler doch fragen, wie es damit steht. Der gewissenhafte Lehrer wird dann auf die verschiedenen Hochverratsfälle eingehen und vielleicht spricht er auch davon, daß der jetzige Minister Dr. Frick wegen eines Verfalls des Hochverrats zu einem Jahr und drei Monaten Festungshaft verurteilt worden ist. (Hört! Hört!) Solche Streitfragen dürfen überhaupt nicht mit dem Gebet verquickt werden.

Ein evangelischer Theologe erklärt in seinem Gutachten, wenn in Fricks Gebeten die Strafe Gottes für das Unrecht anderer erlischt wird, so sei das nicht evangelisch, sondern setze einen starken Anstoß an die Lehren des alten Testa-



mentis. (Hetzzeit.) Die Zeit, in der die Nationalsozialisten die Disziplin in unserer kleinen Wehrmacht zu untergraben versuchen, in der sie den Reichspräsidenten beschimpfen, in der sie zum gewalttätigen Sturz der Verfassung aufrufen, läßt es unumgänglich erscheinen, einen leitenden Volkspolitiker in die Hände eines Nationalsozialisten zu legen. Darum ist der deutsche Reichsinnenminister verpflichtet, die Vollzugsbefehle an Thüringen zu sperren. (Beifall.)

Frau Wba. Reubner (Sitz.):

Die stützende Haltung in den Großstädten (wird jeder Beschäftigung. Das Angebot der Mädchen ist schon nachmittags so groß, daß sich die Männer durch die Hauptgeschäftsfraktionen nur mit Mühe durchkämpfen können. So kann es nicht bleiben. Im Wesen zum Schutze neuen Geschlechtsfraktionen ist nicht genug Rücksicht genommen auf den stützenden und stützenden Schutz der jugendlichen Mädchen.

Wba. Dr. Reubner (Sitz.):

erklärt, daß Vorgesetzten von Dr. Fried in Thüringen diene in

erher Stütz dem Zweck, die staatlichen Machtmittel in die Hand der schicksalhaften Stelle zu bringen zur Niederhaltung der Arbeiterkraft.

Wba. Crispian (Sitz.):

läßt die Rede darüber, daß die Handlungsbewertung einer Reise der Sozialistischen Kulturverbände in letzter Stunde verboten worden ist. Notwendig sei ein Reichs-Rundfunk-Gesetz, damit der Rundfunk nicht zum Instrument bestimmter Regierungsstellen werde.

Wba. Vogel (Sitz.):

begründet einen Antrag, bestimmte Positionen des Staats zu kürzen und ganz allgemein die Ausgaben beim Haushalt des Reichsinnenministeriums um fünf Prozent herabzusetzen. Schließlich verlangt der Antrag die Aufhebung der Inkultation des Reichsfinanzministeriums.

Reichsinnenminister Dr. Borch

erwidert dem Wba. Crispian, die Maßnahmen für den Rundfunk, auf die sich die Reichsfinanzverwaltung der Reichs-Rundfunk-

tragung stütze, seien 1927 vom Reichsinnenminister von Reubner gemeinsam mit dem preussischen Ministerpräsidenten Braun ausgearbeitet und vom Reichsinnenminister genehmigt worden. Es werde geprüft werden, ob die Bestimmungen für die Übertragung kulturpolitischer Veranstaltungen geändert werden müssen. Es muß den Eltern aber die Gewähr geboten werden, daß ihre Kinder geschützt werden vor der Rundfunk-Beeinflussung durch Ausstrahlungen, die sonst von den Eltern ihnen ferngehalten werden. Der preussische Ministerpräsident hat in den Streit über die Beamtenbeihilagen am Volkshochschulgesetz erklärt, daß es ihm ferngelegen habe, die Autorität des Staatsgerichtshofs herabsetzen zu wollen. Er hat lediglich seine persönliche Rechtsauffassung zum Ausdruck gebracht.

Wba. Schreck-Vielzeid (Sitz.):

beantragt Erhöhung der Mittel zur Förderung des Turn- und Sportwesens um 100 000 Mark. Gegen 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 10 Uhr vertagt.

## Von der Wahlbewegung in Riesa.

### Wahlumgebung der Deutschen Volkspartei Ortsgruppe Riesa.

Die Ortsgruppe Riesa der Deutschen Volkspartei hatte für gestern abend zu einer öffentlichen Wahlumgebung eingeladen, die im Saale der „Eibitzstraße“ stattfand. Leider war auch diese Umgebung nur mäßig besucht.

Nach begrüßenden Worten gab der Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Reichsanwalt Dr. Mäkel, zunächst bekannt, daß der als Referent vorgesehene Herr Abgeordnete Diekmann nicht habe erscheinen können, da er sich einer Operation habe unterziehen müssen. An Stelle des Herrn Diekmann habe Herr Geschäftsführer Schröder, Dresden, das Referat übernommen. Herr Dr. Mäkel gab des weiteren bekannt, daß zur Teilnahme an der Versammlung die Volksnationale Reichsvereinigung und Nationalsozialistische Partei eingeladen worden seien; letztere Partei habe aber ihr Erscheinen abgelehnt, da sie selbst eine Wahlumgebung veranstalte.

Mit dem Namen der Referent, Herr Schröder, das Wort zu seinem Vortrag: „Der Kampf der Deutschen Volkspartei gegen den Radikalismus von links und rechts“. Er leitete seine Ausführungen ein mit dem Hinweis auf die gegenwärtige Stimmung des besetzten Rheinlandes, das über 10 Jahre unter dem Druck fremder Machtpolitik gelitten hat. Mit der endlichen Räumung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes habe sich der einmütige Wille des deutschen Volkes durchgesetzt und die einseitige Abhängigkeit der besetzten Rheinlande nicht wieder zu verlassen, sei gesichert. Dies sei das große Verdienst des einstigen Reichsaussenministers Dr. Stresemann, der es — trotz härtester Anfeindungen — verstanden habe, das Ziel, Deutschland zu befreien, zu verwirklichen. Heute könne man feststellen, daß auch die internationale Presse anerkennt, daß das deutsche Volk in der Welt wieder an Bedeutung gewonnen hat, und dies sei Dr. Stresemanns Verdienst, der es verstanden habe, durch eine zielbewusste Außenpolitik und in kluger Abwägung das deutsche Volk der Befreiung entgegenzuführen. Redner wandte sich dann kurz den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Sachsen zu. Die Deutsche Volkspartei, die härteste bürgerliche Partei, habe eifrig und erfolgreich in sachlicher Weise an der Gestaltung der Dinge in Sachsen mitgearbeitet und treue eine Verwirklichung der Volksgemeinschaft, was von Dr. Stresemann bereits vor langen Jahren verstanden worden sei, an. Leider habe immer wieder gegen die Radikalen von links und rechts angeknüpft werden müssen, so daß Sachsen aus einer Krise in die andere gestürzt wurde. Redner kam dann auf die erfolgreiche Tätigkeit des Radikalen Mäkel zu sprechen, das durch sachliche Arbeit seine Pflichten erledigte, so wie man es vom alten Sachsen gewohnt gewesen sei. Das Radikale Mäkel sei der Ausdruck der Wehrheit des sächsischen Volkes gewesen, ein Radikaler, von dem man leider feststellen müsse, daß es im Grunde gestützt worden sei von der Deutschnationalen Partei, nicht von der Nationalsozialistischen Partei, auch nicht von links. Auf die Situation eingehend, die durch die dem sächsischen Volke aufgezungenen Wahlen geschaffen worden ist, wies Redner darauf hin, daß die Deutschnationalen den Kampf führten unter der Parole: „Mit Bismarck gegen Stresemann“. Dies sei eine merkwürdige Auffassung von Bismarcks Politik. Die Deutschnationalen hätten nicht den geringsten Anspruch darauf, durch Bismarcks Politik gegen Stresemann vorzugehen. Dann beschäftigte sich der Referent mit den übrigen Parteien, die in dem Wahlkampf eine Rolle spielen. Er betonte, daß der härteste Kampf der Deutschen Volkspartei nach wie vor gegen das marxistische System und gegen den Bolschewismus gehe. Die Deutsche Volkspartei sei nicht geneigt, auch nur etwas von ihrem Programm abzulegen. In breiterem Rahmen behandelte er sodann die Politik der Nationalsozialistischen Partei, gegen deren Politik sich die Deutsche Volkspartei zur Wehr setze. Die Deutsche Volkspartei werde von der Nationalsozialistischen Partei bekämpft wegen der Annahme des Young-Planes. Die Deutsche Volkspartei aber habe mit dem vollen Gefühl der Verantwortlichkeit die Frage geprüft und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß in dieser fürchterlichen Krise nichts anderes übrig geblieben sei, als ja zu sagen, weil sonst das Rheinland nicht frei geworden wäre trotz aller Versprechungen und Abmachungen. Die Deutsche Volkspartei stehe auf dem Standpunkte, daß, wenn der Young-Plan beibehalten worden wäre, vor allem nicht die Befreiung der Rheinlande bis zum 30. Juni möglich gewesen wäre und finanziell würden in diesem Jahre viele Millionen mehr an Kriegslasten zu zahlen gewesen sein. Deutschland sei heute wieder frei von jeder Fremdkontrolle; auch dies sei nicht zuletzt das Verdienst der Deutschen Volkspartei. Schließlich zog Redner noch als neue Partei die Volksnationale Reichsvereinigung in den Kreis seiner Betrachtung. Die Volksnationale Reichsvereinigung, gestützt durch den Jungdeutschen Orden, der das parteipolitische System seit 10 Jahren bekämpft habe und jetzt einziehe in die politische Arena, bilde eine Splitterpartei mehr. Redner erörterte die Forderungen und Wünsche der Volksnationalen Reichsvereinigung, die in einer hier veranfalteten Wahlumgebung erörtert worden sind. Mit der Bitte an die anwesenden Vertreter der Volksnationalen Reichsvereinigung, die Forderungen ihrer Partei den Redner in der Diskussion darzulegen, schloß der Referent seine Ausführungen, denen nach kurzer Pause freie Aussprache folgte.

Als erster Debatteredner erhielt Herr Lehrer Richter (Pochra) als Vertreter der Volksnationalen Reichsvereinigung das Wort. Er richtete zunächst an den Vortragenden die Frage, wo und zu welcher Zeit die Deutsche Volkspartei den Gedanken der Volksgemeinschaft vertreten habe. Die Volksnationale Reichsvereinigung erziehe, den Gedanken der Volksgemeinschaft lebendig werden zu lassen in der Tat. Herr Richter stellte verschiedene Fragen an den Referenten und erklärte, daß Jungdeutscher Orden und

Volksnationale Reichsvereinigung nicht ein und dasselbe seien. Der Jungdeutsche Orden habe sich allerdings der Volksnationalen Reichsvereinigung, welcher sehr viele angehöre, die früher nicht im Jungdeutschen Orden gewesen seien, zur Verfügung gestellt. Zu den Anregungen der Volksnationalen Reichsvereinigung erklärte Redner, daß eine Bewegung zunächst nicht mehr tun könne, als Anregungen zu geben. Zur Vinderung der großen Arbeitslosigkeit rege die Vereinigung die Einführung der Arbeitsdienstpflicht an. Noch keine Partei habe zu dieser Frage mit Erfolg Stellung genommen; es sei immer beim Anfang geblieben. Zur Frage der Errichtung von Frauenkammern bemerkte Herr Richter, daß in nächster Zeit die neue Verfassung des Jungdeutschen Ordens erscheinen werde. Nach Erscheinen dieser neuen Verfassung könne über die Frage der Errichtung von Frauenkammern weiter diskutiert werden.

Als 2. Debatteredner wies Herr Schönfeld (Nat.-Soz.) die Anschuldigung, die von der Deutschen Volkspartei gegen den General Bismarck zur Frage des Fehmerdeutes erhoben worden ist, als Verleumdung zurück. In fast 40-jährigen Darlegungen befahte er sich anschließend mit der politischen Lage, in der seiner Meinung nach auch die Deutsche Volkspartei, die frühere Nationalliberale Partei, bisher nicht beschreiben konnte und auch heute nicht sei. Dann wandte er sich der Person des Reichspräsidenten und des General Ludendorff zu, um in einer geschichtlichen Abhandlung Vergleiche zwischen beiden Männern zu ziehen.

In seinem Schlusswort ging der Referent kurz auf die Ausführungen der beiden Debatteredner ein. Er widersprach dem General Bismarck und Reichspräsidenten v. Hindenburg als dem deutschen Mann, der in hohem Verantwortungsbewusstsein und in glühender Vaterlandsliebe sich trotz seines Greisenalters bereitgefunden habe, die Reichspräsidentenschaft zu übernehmen. Auch General Bismarck habe hervorragendes geleistet; das aber könne die Deutsche Volkspartei nicht hindern, in dem Augenblick von ihm abzurücken, wo er nach dem Fehmerdeute rufe. Die Deutsche Volkspartei stehe nicht hinter, sondern vor dem Reichspräsidenten, der mit Erfolg versucht habe, im deutschen Volke jene Verbindung herzustellen, ohne die ein Volk nicht existieren könne. Der Herr Referent behauptete des weiteren, daß die Nationalsozialistische Partei eine durchaus revolutionäre Partei sei. Zu den Ausführungen des Herrn Richter bem. te er, daß es eine ganze Reihe von Fragen gebe, welche die Volksnationale Reichsvereinigung und die Deutsche Volkspartei gemeinsam behandeln könnten. Aber die Probleme die die Volksnationale Reichsvereinigung vorschlägt, müßten von sehr hoher Warte aus geprüft werden. Mit dem Blick auf das Ausland müßte das deutsche Volk im Sinne Bismarcks seine Politik treiben. Der Gedanke der Volksgemeinschaft könne nicht von einer Partei durchgeführt werden. Die Deutsche Volkspartei sei bereit, Aufbaubarkeit zu leisten zum Nutzen unseres Vaterlandes. Deshalb müßte am Wahltage die Parole lauten: „Wählt Ihre ? — Deutsche Volkspartei!“ — Mit Dankesworten an den Referenten, an die Debatteredner und an alle übrigen Erscheinenden schloß Herr Reichsanwalt Dr. Mäkel gegen 11 Uhr die ohne Störung verlaufene Rundgebung.

### Wahlversammlung der Nationalsozialisten.

Die hiesige Ortsgruppe der NSDAP. hatte gestern zu ihrer zweiten Wahlversammlung den bekannten Führer der Bewegung, Herrn Farzer a. D. Münchmeyer aus Vorkum, als Redner gewonnen. Der Saal des Hotel Höpner war gut besucht. Auch die beiden kommunistischen Parteien hatten Anhänger entsandt, die zeitweise eine etwas erregte Stimmung in die Versammlung brachten. Glücklicherweise ist es aber, außer kleineren Wortgefechten, zu keinen Ausschreitungen gekommen.

Herr Farzer als Vorsitzender der Riesaer Ortsgruppe der NSDAP. eröffnete die Versammlung, begrüßte die Erscheinenden und erzielte dann dem Redner, Herrn Münchmeyer, das Wort zu seinem Vortrag über das Thema: „Deutschlands Freiheitskampf“, das er in drei Stunden erschöpfend behandelte. Der Redner betonte zunächst, daß er nicht gekommen sei, um Stimmen zu fangen oder irgendwelche Wahlversprechungen zu machen, wie es die anderen Parteien tun würden. Das große Unglück des deutschen Volkes seien die vielen Parteien. Wir hätten es nun glücklich auf 30 gebracht. Selbst bei kleinen Landtagswahlen, wie in Sachsen, habe man 18 Parteien aufgestellt. Das setze am besten, wie unrettbar das deutsche Volk geworden sei. Die deutsche Einheit sei völlig untergraben. Die NSDAP. würde, wie schon erwähnt, gar nichts versprechen, sie würde mit leeren Händen kommen, sie hätte gar nichts zu bieten, sie würden nur das eine sagen: ehrlich und rücksichtslos in den Kampf zu gehen. Sie wollten einen Kampf für Freiheit und Brot. Die besten Männer und Frauen müßten unter diesem Gesichtspunkt zusammengedrängt werden. Das Parlament sei ein Verbrechen am Volke. Nur ein gewaltiger Führer an der Spitze des Volkes könne, wie es deutlich die Weltgeschichte zeige, die Rettung bringen. Nicht die Masse sei geeignet, große Probleme zu entscheiden. — Hierbei kam es zu einem kleinen Zusammenstoß mit einem Kommunisten, als dieser mitten in der Rede zum Rednerpodium schritt, um seine Redebeiträge zur Diskussion abzugeben. Herr Münchmeyer geisterte mit scharfen Worten das Verhalten dieses Versammlungsbesuchers. — Sodann fuhr der Redner mit seinen Ausführungen fort. Es sei fast hoffnungslos, daß das deutsche Volk aus seiner jetzigen Tiefe wieder emporsteige. Der Nationalsozialismus müsse erst den Weg zur Freiheit zeigen. Das deutsche Volk sei 15 Jahre lang geknechtet worden und habe sich in dieser Zeit etwas vormachen lassen. Ein deutsches Merkmal dafür sei, daß der nationalsozialistische Gedanke marшиerte, daß in den Großstädten keine Töne mehr aufzufinden wären, die die Versammlungen der NSDAP. zu fassen vermögen. 400 000 Personen bestimme die Partei als einseitige Mitglieder. Auch in Sachsen werde die NSDAP. am 22. Juni eine Stärke finden.

Die Reichstagswahlen, mit denen man im September oder Oktober rechnen würde, würden ebenfalls für Überraschung sorgen. Sie würden jedoch nicht die Massen hinter sich haben, sondern nur die Qualität. Auch für die Nationalsozialisten werde die Zeit kommen, in der der Zutritt zur Partei gesperrt werde, ähnlich wie in Italien, wo Mussolini nach seinem Marsch nach Rom keine Mitglieder mehr bei seinen Schwarzhemden aufgenommen habe. Die NSDAP. habe nur das eine Ziel vor Augen: Die kann dem deutschen Volk geholfen werden? Alle Parteien, von rechts bis links, würden den richtigen Weg beanspruchen. Doch wolle er nur an dem einen Beispiel beweisen, daß dem nicht so sei. Und das sei der Young-Plan. Jetzt schon zeige sich, daß dieser neue Plan mit seinen gewaltigen Forderungen unhaltbar sei. Selbst die Deutsche Volkspartei gebe das zu und Reichsminister Woldenbauer sehe sich als eifriger Förderer derselben schon ohne Befehl. Statt einer Besserung der allgemeinen Lage sei diese durch den Young-Plan schlechter denn je. Redner kritisierte dann eingehend die Berliner Skandale Barmat, Klarer, Böck etc. und kam in diesem Zusammenhang auf das internationale Börsenkapital zu sprechen. Weltkrieg und alle Tributpläne seien ein Werk dieses Börsenkapitals, das in den Händen des Weltjudentums liege. Nach Berechnung würde Deutschland noch ein halbes bis dreiviertel Jahr die enormen Ausgaben erbringen können, dann komme aber eine Finanz- und Wirtschaftskrise, die alles bisher Erlebte übertreffen werde. Das Reich besitze heute bereits nicht nur 500-600 Millionen Schulden, sondern über 2 Milliarden Verluste, was bis jetzt verheerend war. In Wirklichkeit habe man nach dem Young-Plan 3500 Millionen, nach dem Dawesplan 2500 Millionen zu zahlen. Sodann kam der Referent auf die Abfrage der Deutschen Volkspartei an die Nationalsozialisten, welcher Rufus in den letzten Tagen in der Presse veröffentlicht worden sei, zu sprechen. Dann kritisierte er die Unterzeichnung des Young-Planes durch den Reichspräsidenten als größte Enttäuschung während seiner Amtszeit. Längere Zeit beschäftigte er sich mit den Zielen der Kommunisten. Zu den verschiedenen Angriffen, die dem Redner wegen seiner Person gemacht wurden, teilte er mit, daß er sein Amt nur niedergelegt habe, um besser für die nationalsozialistische Idee wirken zu können. Zum Schluß der Aussprache legte Herr Münchmeyer nochmals dem Sinn des nationalen Sozialismus auseinander, der in dem Appell gipfelte, daß man lernen möge, sich gegenseitig zu achten, den Arbeiter der Faust und der Stirn, beide gehören zusammen. Dann sei die Zeit reif zum Freiheitskampf für Arbeit und Brot.

Da es mittlerweile fast 12 Uhr geworden war, wurde den beiden Diskussionsrednern nur beschränkte Redezeit genehmigt. Als erster sprach Herr Max K. D. H. Berlin, von der kommunistischen Opposition. Das Wort wurde ihm erst erteilt, als er sich nicht als Verlehdter der ausgegebenen Parole der Kommunisten: „Schlagt den Faschismus tot!“ bekannte. Sodann legte er in ruhiger Weise dem Hauptredner einige Fragen vor. — Anders war die Sache, als Herr Pleier von der NSDAP. sprechen wollte. Als er keine befriedigende Auskunft geben konnte, ob er sich der obigen kommunistischen Parole anschließe, entzog man ihm das Wort, da die NSDAP. nicht mit derartigen Worten diskutieren wolle. Dadurch schloß es zu einem kleinen Skandal zu kommen. Die kommunistischen Anhänger sprangen erregt auf und nahmen teilweise drohende Haltung ein. Die Ruhe ward jedoch bald wiederhergestellt, nachdem auch der größte Teil der Kommunisten den Saal verlassen hatte.

In seinem Schlusswort ging Herr Münchmeyer auf die Fragen der Kommunisten ab. Erst nach 1 Uhr fand die Versammlung ihr Ende.

### Aus dem Wahlkampf

#### Gegen die Junkpropaganda

Dresden. Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird mitgeteilt: Trotz der unerhöhten Vorgänge in Egitra will die sächsische Regierung, wenn irgend möglich, während der Dauer des Wahlkampfes von allgemeinen politischen Verboten absehen, damit jeder Anschein vermieden wird, als ob von Seiten der Regierung nicht eine gleiche Neutralität beobachtet werde. Sie hat aber ihre Polizeikräfte angewiesen, gegen solche Leute, die die Ruhe und Ordnung stören und Gut und Leben anderer angreifen und verletzen, mit rücksichtsloser Strenge vorzugehen. Sie hofft, daß der gesunde Sinn der überwältigenden Mehrheit des sächsischen Volkes sich allen Gewalttätigkeiten im Wahlkampf, der ein Kampf der Geister und Meinungen, nicht aber ein solcher mit Säufen und Knütteln sein soll und darf, abgeneigt zeigen und solche gewalttätige Methoden nicht zu beurteilen wissen wird.

### Certliches und Sächsisches.

Riesa, den 18. Juni 1930.

Wetter-Vorherage für den 19. Juni. Mitgeteilt von der Sächsl. Landeswetterwarte zu Dresden. Teilweise aufziehende Wolke, vorzugsweise aus südwestlichen Richtungen, Bewölkungsabnahme, vorübergehend auch härter bewölkt. Tagsüber etwas schwächere Erwärmung. Bewitterung, sonst nachts vorübergehende unerhebliche Niederschläge.

Daten für den 19. Juni 1930. Sonnenaufgang 3.43 Uhr. Sonnenuntergang 20.19 Uhr. Mondaufgang 0.22 Uhr. Monduntergang 11.57 Uhr.

1884: Der Vater Ludwig Richter in Dresden gestorben (geboren 1808).

Zur Landtagswahl am Sonntag, den 22. Juni 1930, veröffentlicht das sächsische Wahlamt im amtlichen Teile der vorliegenden Tagesblatt-Ausgabe die Einteilung der Wahlbezirke und die Wahllokale. Zur Durchführung der Wahl ist die Stadt Riesa wiederum in 18 Wahlbezirke eingeteilt. — Es wird auch an dieser Stelle besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Entgegennahme von Anträgen auf Ausstellung von Stimmzettel nur bis zum Freitag, 20. Juni, nachmittags 5 Uhr erfolgt.



**Wasserwahl.** Die Stadtgemeindeverwaltung wählte in ihrer Sitzung am Montagabend auf Vorschlag des Patronats der bisherigen 2. Weiskirche unserer Gemeinde, Herrn Pfarzer Schroeter, an Stelle des zum Ersten Weiskirchen gewählten Herrn Pfarzer Bed zum Zweiten Pfarzer der Niesauer Trinitatisgemeinde. — Möchte es Herrn Pfarzer Schroeter vergönnt sein, noch viele Jahre in ungetrübter Gesundheit zum Segen der Gemeinde wirken zu können.

**Der Sängerbund „Niesaland“**, bekanntlich eine Vereinigung von 17 ländlichen Gesangsvereinen der Umgegend von Niesau, feiert in diesem Jahre sein 25jähriges Bestehen. Er veranstaltet aus diesem Grunde unter anderem am 22. Juni nachmittags 4 Uhr ein Konzert in der als eine der schönsten Dorfkirchen Sachsens bekannten Kirche zu Frauß. Der Beisitz von gemischten und Männerchören und Einzelstimmigen der Vereine und Solisten wird die Vortragssfolge desselben bereichern. Das Nähere über Eintrittspreise usw. ist aus der Anzeige in der Freilage ersichtlichen. Dieses Mal soll es ergehen. — Vor dem Konzert ehrt der Bund seinen Gründer, Herrn Rauler Barck, durch Gesänge an dessen Grabe. — Der Reinertrag der Veranstaltung soll einen Geldbetrag für die Fraußiger Kirchenorgel schaffen helfen.

**Wahlversammlung der Volkrechtspartei.** Wir verweisen nochmals auf die Wahlversammlung der Volkrechtspartei (VWP) Ortsgruppe Niesau am Donnerstag, den 18. Juni, abends 8 Uhr, in der „Elbterrasse“. Herr Pohl (Major a. D.)-Düßeldorf ist als preussischer Landtagsabgeordneter der VWP, neben Graf Posa, ebenfalls dort Mitglied der Deutschen Fraktion und ebenso in allen wichtigen Ausschüssen tätig. Trotz dringender Ausschussarbeiten hat Herr Pohl sein Erscheinen zugesagt. Als Vertreter der älteren Generation ist er als warmherziger Redner und eifriger Förderer innerhalb der Volkrechtspartei-Organisation bekannt und geschätzt.

**Abendbläser.** Freitag, den 20. Juni, von abends 7½ Uhr auf dem Vuhersplatz vor der Trinitatis-Kirche. Abendbläser des Missions-Vereins. Solosolisten: H. Niesau. Engagementskomitee wird hierzu die Kirchenverwaltung durch Aufstellen von Bänken und Stühlen Stuhlgelände für die Abendenente schaffen. — Vortragssfolge wird morgen bekanntgegeben.

**Turnplatzweide in Orbs.** Die Einwohner-Schaft Orbs hat den Turnverein, durch Schmutz und ungeheure Beteiligung das Fest zu verschimmern. Der Festzug behält folgende Straßen: Neugraben, Altkirchstraße, Weststraße, Rauschammerstraße bis zur Brücke, Kirchstraße, Damuweg, Steinstraße, Oststraße, Strehlerstraße, Altkirchstraße, Rosenstraße, Altkirchstraße, Gatenstraße, Döberer Str., Uhlmannstraße, Weg.

**Gutsbezirk Zettlitz.** Eine seltene Familienfeier konnte der Rangierarbeiter in Niesau-Hafen Herr Max Piech hier, Offiziersbarade 10, und seine Ehefrau Helene geb. Steinborn aus Neppitz bei Orbs am vergangenen Sonntag besuchen. Bei der Taufe von drei Knaben ehrte der Herr Reichspräsident die achtbaren Eltern durch Uebernahme der Ehrenpatenschaft beim zehnten Kinde, dem achten, das sich am Leben befindet. Möchten sich die bei der Einsegnung ihrer kräftigen Tausfinder durch Herrn Pfarzer Winster anwesenden glücklichen Eltern immer an deren Gesundheit und Wohlbefinden erfreuen können.

**DBV-Feierabend.** Schon lange hatten sich die Kinder der Mitglieder des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Vereins, Ortsgruppe Niesau, auf das alljährlich stattfindende Kinderfest geteilt. Endlich war der Tag da. Am vergangenen Sonntag wurde daselbst im schön gelegenen Garten des Gasthofes zu Bauß abgehalten. Um 14 Uhr legte sich der bunt geschmückte Zug unter Begleitung einer Musiktruppe vom Rosenplatz aus in Bewegung. Für die Kleinsten stand ein Festwagen zur Verfügung. Nach der Ankunft im Garten des Gasthofes zu Bauß wurden die Kinder durch Kaffee und Kuchen gestärkt. Die Führerinnen und Führer der in Altersgruppen angeordneten Kinder unterhielten durch schöne Spiele die muntere Schar. Die Jungen zeigten durch ihr turnerisches Können, daß sie durch Erlernen einer Kletterstange von dem an der Spitze befindlichen Wabering ihre willkommene Beiste herunterziehen konnten. Die älteren Jungen wußten sich im Ambrustischen Herwurzeln, den besten Schützen wählten auch hier entsprechende Beiste. Die kleinen Wädel bemühten sich mit Erfolg, mit einem Steckvogel einen Stern abzuschleichen. So wurde die lebhafte Kinderstunde durch allerlei Spiel und Uebungen dauernd auf dem Laufenden gehalten. Der DBV besitzt ein eigenes Kasperl-Theater, das mit seiner fachmännischen Leitung die Kisten besonders in Spannung hielt und starke Lacherfolge und großen Beifall hervorrief. Es war eine Lust, an den heiteren Kindergeheimnissen die frohe Laune und Zufriedenheit abzulesen. Zum Abschluß des wohlgegangenen Kinderfestes wurde jedes einzelne Kind noch mit einem Spielzeug usw. bedacht. Für die Unterhaltung der Erwachsenen war bestens gesorgt. So ludte die reichhaltige gefüllte Haushaltdube viele mehrmals hin. Wachen Tragen bereitete das Ringwerfen und Fliegen-Angeln. Auch das Scherenschießen und Kegeln, letzteres für Damen und Herren, wurde eifrig gepflegt. „Märkel-Hubert“ ludete zu manchen guten Witz ein. Sogar das Schokoladenhändchen war wieder vertreten. Von 15-17 Uhr tonierte die eigene DBV-Musikgruppe, welche aus jugendlichen Mitgliedern besteht, unter Leitung des Herrn Schröter. Sie erkentten reichen Beifall. Einem in den Abendstunden hochgehenden Kiefern-Wappelballspiel mit angehängter Anstichstange wurde große Aufmerksamkeit geschenkt. Mit Lampenspielen verlebte wurde dann die kleine Schar wieder nach Hause geleitet. Der DBV hat durch schöne angenehme Gesellschaft wieder einmal seine Mitglieder zum Zusammenrücken, und der Geselligkeitsausflug unter Führung seines Obmannes, Herrn Kieber, kann einen vollen Erfolg für sich buchen.

**Die Hauptgewinne der 24. Sächsl. Landeswahlen.** Die Hauptgewinne bei der am Sonntag und Montag gezogenen 24. Sächsl. Landeswahlen-Geldlotterie fielen auf folgende Nummern: 128 178 Prämie 7000 Mark, 128 861 1. Hauptgewinn 5000 Mark; 137 306 2. Hauptgewinn 2000 Mark; 121 573 3. Hauptgewinn 1000 Mark; 50 429 1. Gewinn 500 Mark; 134 757 1. Gewinn 500 Mark.

**Der Bäderverbandstag in Hausen.** Im weiteren Verlauf der 46. Verbandstagung der Sächsischen Bäderinnungen am Montag wurde eine Entschliessung angenommen, in der der Antrag der deutschen nationalen Reichstagsfraktion, den Roggenverbrauch zu heben, als der einzige gangbare Weg bezeichnet wird, der landwirtschaftlich wirksam zu helfen, ohne das Bädergewerbe unerschütterlich zu schädigen. Mit aller Schärfe müsse jedweder beim Abklärungszwang von Roggen zum Weizenmehl abgelehnt werden. Der Bäderverband Deutscher Bäder-Innungen „Germania“ wird beauftragt, in diesem Sinne für den deutschen nationalen Antrag einzutreten. — Die Wahlen für den Vorstand ergaben die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Als Ort der nächstjährigen Verbandstagung wurde Leipzig bestimmt. Am Dienstag beschloß ein Ausflug nach dem Lössneuberg und nach Döblich die Tagung.

**Für die Besucher von Rorbura.** Während des Aufenthaltes von Mitgliedern des vormaligen Königsbaues wird der Schlossgarten vom 1. Juli an

für den öffentlichen Verkehr geschlossen. Führungen finden von diesem Tage an zu folgenden Zeiten statt: a) Bodentags von 10 bis 12 Uhr für Vereine und Schulen und nachmittags von 2 bis 5 Uhr für den allgemeinen Besuch, b) Sonntags von 11 bis 12 Uhr und 2 bis 5 Uhr nachmittags für Kinder. Das Palanenschloßchen, ebenso wie die Bildergalerie, werden von diesen Maßnahmen nicht getroffen. Sie können in der bisherigen üblichen Weise besucht werden.

**Strehla.** Aus der Stadtverordneten-Sitzung. Wie schon in der vorletzten Sitzung der Stadtverordneten vom Bürgermeister mitgeteilt wurde, ist der Stadt Strehla auf Grund eines besonderen Gesuches an das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium und in Anbetracht der hohen Wohnmieten ausnahmsweise eine Sonderbeihilfe in Höhe von 14 000 Mark bewilligt worden. Das Kollegium erteilte sich nunmehr mit der Aufnahme dieses günstigen Darlehens, das zur Finanzierung des neu zu errichtenden 6-familien-Wohnhauses Verwendung finden soll, einverstanden. — Ein Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung, Grund- und Gewerbesteuerzuschlag betreffend, sieht einen Gemeindezuschlag von 125 Proz. vor, wie er bisher auf Grund der Umstellung der Aufschlagsbehalte erhoben wurde. Eine ortsgelebliche Regelung hat nach den einschlägigen Bestimmungen zu erfolgen und ist nur dann nicht nötig, wenn der Mindestsatz von 100 Prozent erhoben oder wenn die Bemessung des Gemeindezuschlags von der Aufschlagsbehalte entfallen wird. Die Einführung dieses Nachtrages ist in Rücksicht darauf erfolgt, weil der Stadtrat zweimal bei der Aufschlagsbehalte beantragt hatte, einen Zuschlag von 150 Prozent anzusetzen und beidemals nur 125 Proz. als angemessen erachtet worden sind. Nun will man von selbst auf diesen Satz zurückkommen. Nach längerer Debatte gelangt der Nachtrag zur Annahme. — Zur Behandlung kommt sodann ein Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion: Beratung von Maßnahmen zur Beseitigung der Not der Erwerbslosen. In dem Antrag wird der im Kapitel „Wirtschaftsbeihilfen“ des Haushaltsplanes vorgesehene Betrag von 3000 Mark als zu niedrig erachtet und man wünscht die Einsetzung von mindestens 6000 Mk. Zur Deckung wird eine vorübergehende Erhöhung des Wasserzinses vorgeschlagen. Ein Komm. begründete diesen Antrag und gab eingehend bekannt, daß diese Fraktion wegen der Deckungsfrage hinsichtlich anderer Leistungen geworden sei. Eine Wasserzins-Erhöhung habe auf mancherlei Schwierigkeiten. Man habe deshalb neuerdings den Plan gefaßt, auf eine vorübergehende Wasserzins-Erhöhung zurückzukommen, wie sie wohl auch in Otschka zur Einführung gelangt. Eine andere Hilfsquelle siehe leider nicht zur Verfügung. Es handle sich um eine Notmaßnahme, um die Mittel zu beschaffen, die notwendigweise im kommenden Winter gebraucht werden. Als Grundlage für die Bemessung der Höhe dieser Abgabe solle der Friedensmietpreis der einzelnen Wohnungen dienen, womit einer unsozialen Auswirkung der Steuer begegnet wird. Schließlich erbat man sich grundsätzlich dahin, den Antrag zur weiteren Erörterung an den Rechnungsausschuss zu verweisen, der beauftragt arbeiten soll.

**Otschka.** Eine Studienkommission in Otschka. Am Dienstagabend trat eine Abordnung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper in der Tischkollonade in Otschka ein, um heute auf dem Otschker Rathaus die Neuerrichtung der Registratur, sowie die neugebildeten Altersführer zu studieren, die in Otschka nach den Empfehlungen des Sächsischen Gemeindefestages als Einheitsform für einen großen Teil eingeführt ist. Die Abordnung weilt in dem gleichen Zweck bereits in Dresden und Grimnitzau, wo die Neuerrichtung ebenfalls eingeführt ist. Auf Grund der in Sachen gemachten Erfahrungen will sich der Verband über die Einführung des neuen Systems schlüssig machen.

**Otschka.** Der Tod im Beruf. Auf der Fahrt nach Leipzig stürzte am Dienstagabend gegen 7 Uhr der diensttunende Schaffner M. der Staatlichen Kraftwagenverwaltung in Otschka aus dem Auto und blieb bewußtlos liegen. Der Verunglückte hatte sich anheimelnd an die Wagentüre gelehnt und war hinausgefallen. Er fand Aufnahme im Krankenhaus Otschka, wo er, ohne das Bewußtsein wieder zu erlangen, verschied. Der Verunglückte war verheiratet und in Dresden wohnhaft.

**Großenhain.** Ein Wagnerschen von Großenhain, die einmale Doppel an der Böhmerstraße, nahe der Einmündung der Weinbrunnstraße, scheint die Unterzange gemischt zu sein. Sie hat offenbar neben den Einwirkungen des Jahres der Zeit auch unter der Ralte des vorletzten strengen Winters sehr zu leiden gehabt, so daß sie jetzt nur noch in der unteren Hälfte grünt. Der obere Teil bietet mit seinem kalten Aussehen keinen schönen Anblick mehr und es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, daß auch dieser stolze Riese aus dem Stadtbilde verschwinden muß, auf dessen Spitze regelmäßig im Frühjahr die ersten Stare ihr Nest stiften.

**Strehla.** Unfall. Am Montag früh wurde die beim Galtwitz Wehner in Stellung stehende landwirtschaftliche Arbeiterin B. beim Füttern von einer Kuh mit den Hörnern in den Magen gestoßen. Die B. erlitt dadurch innere Verletzungen und mußte nach ärztlicher Anordnung mittels Sanitätsautos vom Roten Kreuz in das Stadt-Krankenhaus Großenhain eingeliefert werden.

**Wislowitz b. Lommatzsch.** Schulfest. Unter den wertigen Freunden des Landkinder ist das Schulfest die größte. Aus eigener Kindheit weiß man das, und diese Lust hat es wohl, die den Erwachsenen, hier die Lehrer und Elternschaft, veranlaßt, Opfer zu bringen und den Kleinen ihr Fest zu ermöglichen. Die Schule zu Wislowitz, wozu die Gemeinden Scheibitz und Jochwitz gehören, veranstaltete am vergangenen Sonntag ein Schulfest. Die Vorbereitung ist doch die reinste und die Kleinen waren mit Begeisterung bei der Einübung der Spiele. Lehrer Dost und ein in Scheibitz beschäftigter Schullehrer hatten die kleine Schar gut auf das Fest vorbereitet. Die Dörfer, durch die der Festzug sich bewegte, waren festlich geschmückt. Der garteste Reizgefrühling marschierte auf. Die Kapelle des „Adler“, Behren, bestrahlte die Musik. Die Kinder dolmetschten sich beim Spiel, ein Vogel und zwei Sterne wurden abgeholfen. Der grüne Festplatz war angefüllt mit den Festgästen der Kinder, und erst nach Sonnenuntergang wurde es stiller. Das prächtige Wetter ließ die Freunde gründlich auskosten. Auch für die erwachsene Jugend war gesorgt. Ein kleiner „Lampolast“ war geschaffen, der die Tanzlustigen nicht zu lassen vermochte. Der Schulfest wird den Kindern keine Sorge machen, sie müssen dankbar sein für die gebotenen Freuden und Genüsse.

**Plantenfest.** Opfer der Nähmaschine. Palanen und Reibungsgelege sollen alljährlich den Weibern der Nähmaschinen zum Opfer, ebenso Junghäsen. Auf den Wiesen des Triebischpales zwischen Plantenfest und Lanneberg sind im Laufe der verfloßenen Woche nicht weniger als sieben Reibmaschinen beim Gummieren getötet worden trotz aller Vorsicht. Die Tierchen sind in dem hohen Gras nicht zu sehen und bleiben auch beim Rasen der rasenden Maschine ruhig liegen. Nur planmäßiges Abjagen der Wiesen mit einem guten Jagdhund kann in solchen Fällen Abhilfe schaffen.

**Freiberg.** Ein ungeheurer Bürgermeister verurteilt. Das Schwurgericht Freiberg verurteilte den früheren Bürgermeister von Gohlens Karl Erich Grundmann wegen schwerer Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung zu einem Jahr acht Monaten und einer Woche Gefängnis. Grundmann

hat von 1925 bis 1929 als Geschäftsführer der Gemeindealtpflege mindestens 13 500 Mark unterschlagen und deswegen die Kassenbücher unrichtig geführt.

**Dresden.** Todessturz eines Kaufmanns. Gestern Abend wurde auf der Straßenbahnstraße der Kellerhändler vom Rittergut Braunsdorf, der mit seinem Rade die Straße überqueren wollte, von einem Auto überfahren und ein Stück mitgeschleift. Der Verunglückte trug schwere innere Verletzungen davon, denen er bereits auf dem Transport nach dem Krankenhaus erlag.

**Dresden.** Der Tod durch Gas. In ihrer Wohnung auf der Giesendstraße wurde gestern früh eine 33 Jahre alte Witwe gasvergiftet aufgefunden. Es lag Unfall vor. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos, da der Tod bereits eingetreten war. — In der Nacht zum Dienstag verlor ein 21 Jahre alter Mann in ihrer Wohnung auf der Ritterstraße durch Einatmen von Leuchtgas aus dem Leben zu scheiden. Die Leichenhalle wurde nach erfolgloser Anwendung des Sauerstoffapparates der Heil- und Pflegeanstalt zugewiesen.

**Dresden.** Vom Ertrinken gerettet. Unterhalb des Marienbrüdes wurde am Montag ein junger Mann beim Baden in der Elbe von Krämpfen befallen und war dem Ertrinken nahe. Er konnte von Schwimmern mit Hilfe eines Rettungsbootes gerettet werden. — In der Ritterstraße erlitt ein blonder junger Mann einen schmerzhaften Krampf, der beim Baden untergegangen war, vom Tode des Ertrinkens.

**Dresden.** Blutige Auseinandersetzung in der Martin-Luther-Straße. Vor einigen Tagen traf hier ein Nordmahrer aus Hannover, dessen Ehe geschieden ist, zum Besuch seiner Kinder ein. Bei dieser Gelegenheit geriet er mit seiner früheren Ehefrau und deren letzten Liebhaber in eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf er mit einem Hammer auf den Liebhaber einschlug. Derselbe verließ die Wohnung, wurde aber von Hausbesitzern, die ihm nachgegangen waren, am Albert-Weg einem Polizeibeamten übergeben. Wegen seichtiger Defekte war er früher bereits in einer Anstalt untergebracht. Der Rißhandelt erlitt an Kopf und Oberarm erhebliche, aber nicht lebensgefährliche Verletzungen.

**Leipzig.** Ein Leipziger Auto bei Langenberg i. T. verbrannt. Am Sonntagmittag ereignete sich am sogenannten Bergpannberg ein Autounfall. Ein Leipziger Kraftwagen kam in vorchriftsmäßigem Tempo den Berg herab. Blöcklich fuhr der Wagen gegen die Mauer einer Villa. Durch den Anprall kam der Wagen aus dem Gleichgewicht und kippte um. Der Fahrer und Führer des Wagens erlitt dabei eine Brustquetschung und Hautabschürfungen im Gesicht. Seine beiden Söhne, die sich mit im Wagen befanden, trugen ebenfalls Verletzungen davon. Die Verletzten wurden durch hinzukommende Personen aus ihrer unglücklichen Lage befreit. Inzwischen waren Samariter aus Langenberg angekommen, die für den Abtransport der Verletzten sorgten und sie mit Notverbänden versahen. Blöcklich lag der Kraftwagen Feuer, das den Wagen bis auf das Gestell vernichtete.

**Leipzig.** Noch keine Spur der Autokindten. Auf die Aufforderung an das Substitut am Richterhof zur Ermittlung der Autokindten, die am vergangenen Mittwoch einen Kassenkasten überfallen und niedergelassen haben, sind beim Kriminalamt eine große Anzahl Anzeigen eingegangen, die sich bei Nachforschung zum Teil als halbes erwiesen, zum Teil jedoch auch wertvolle Hinweise ergaben. So hat ein Beobachter der Vorgänge in der Vöhrstraße angegeben, daß der Führer des Kassenautos, dessen Beschreibung bisher nicht näher angegeben werden konnte, verionengleich sei mit einem Wanne, der am Tage vor der Tat, kurz nach 9 Uhr vormittags, im Fahrstuhl eines in der Marktgrabenstraße befindlichen Kraftwagens gesehen habe. In diesem Kraftwagen, der vermutlich mit dem Kassenauto identisch ist, befand sich außer dem Fahrer noch ein Mann, der unablässig den Eingang der gegenüberliegenden Reichsbank beobachtete. Hieraus kann geschlossen werden, daß die Küber mit dem am 1. Pfingstfestabend gegen 8 Uhr in Berlin geflohenen Kraftwagen bereits am Dienstag, den 10. Juni vormittags, in Leipzig eingetroffen waren.

**Hoyerswerda.** Neuer Waldbrand. Nachdem erst am letzten Donnerstag im staatlichen Forst in der Nähe von Bernsdorf ein Waldbrand ausgebrochen war, der sich in kurzer Zeit auf ein Gebiet von etwa 80 Hektar ausbreitete, später in Moorbrand überging und heute noch brennt, entstand am Montag nachmittags im Gebiet der Oberförsterei Hoyerswerda ein neuer Brand, der sich bald auf einen Waldkomplex von 40 Hektar ausdehnte. Zahlreiche Feuerwehren aus den umliegenden Ortschaften waren bald zur Stelle. Der Brand wurde von etwa 300 Personen bekämpft, denen es schließlich gelang, durch Grabenlegen und Fällen von Bäumen in den Abendstunden das Feuer zum Stillstand zu bringen. Der angerichtete Schaden ist noch nicht zu übersehen. Als Brandursache wird in beiden Fällen Brandstiftung vermutet.

**Falkenberg.** Die an der Viehwehler Straße stehende Mühle des Besitzers Kammichat wurde durch Feuer vollständig zerstört. Die Mühle, die ein beträchtliches Alter aufzuweisen hatte, war früher eine Windmühle; später wurde sie elektrisch betrieben. Da sie ganz aus Holz bestand, fanden die Flammen reichliche Nahrung.

**Gera.** Ein Kind in der Abortrube. Im Hause Duthersstraße 14 hörte eine Bewohnerin aus einer Abortrube leises Wimmern. Nach Ueberwindung größerer Schwierigkeiten konnte ein neugeborenes Kind weiblichen Geschlechts noch lebend geborgen werden. Die leibgeborene wurde, wie im Hause befindliches 20 jähriges Dienstmädchen von der Geburt überrascht worden, was sie verheimlichte. Mutter und Kind sind dem Stadt-Krankenhaus angeführt worden. Das Kind ist verstorben.

**Graslig (Böhmen).** Tödlicher Unfall durch eine Dampfmaschine. Beim Transport einer Dampfmaschinenmaße mittels Lastautos löste sich plötzlich die Kupplung. Die Waage rollte auf dem Bürgersteig. Hierbei wurde eine Frau, die ein Kind auf dem Arme trug, zu Boden gerissen, während das Kind zur Seite geschleudert wurde. Die Frau erlitt schwere Verletzungen, die den sofortigen Tod zur Folge hatten. Das Kind wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht.

**Görlitz.** Verhaftung eines kühnen Defraudanten. Wie aus Friedberg gemeldet wird, ist der seit dem 30. Mai kühnliche Buchhalter Rull von der Hauptverwaltung des DBV, Hamburg, der eine große Summe unterschlagen hatte, gestern in Antonia-Bad im Herzogtüme verhaftet worden, wo er sich unter dem falschen Namen Köhnenberg aufhielt. Er hatte sich durch große Selbstaufgaben verdächtig gemacht. Es wurden bei ihm nur noch 18 000 Mark vorgefunden. Der Verhaftete wurde in das Untersuchungsgefängnis Stralsberg eingeliefert.

...immer lockeres Haar!  
Schwarzkopf Schaumpom 203  
(Licht mit Haarglanz-Pulver 303)



**Mitteilungen.**

**Donnerstag, den 19. Juni, vorm. 9 Uhr**, sollen im Versteigerungsraum 1 Schreibtisch, 1 Warenauftrag, 2 Ledertafeln, 1 Kleiderkasten, 1 Vertiko, 1 Sofa, ca. 34 Herren- und 7 Kinderwesten und verschiedene mehr; 10 Uhr in Gröbba, Gasthof Lina Gasthof, ein großer Kullboga, 1 paar Kolleräder mit Reifen; 10 Uhr in Gröbba, Gasthof Anker, 1 größerer Handwagen versteigert werden. **Freitag, am 18. Juni 1930.**  
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

**Landtagswahl betr.**

Die Landtagswahl findet **Sonntag, den 22. Juni 1930** vormittags 8 Uhr bis nachmittags 5 Uhr in den nachstehend angeführten Wahllokalen statt. Zur Durchführung der Wahl ist die Stadt Riesa in folgende 13 Wahlbezirke eingeteilt. Den Patienten des Stadtkrankenbaues ist an diesem Tage in der Zeit von 10-12 Uhr vormittags Gelegenheit gegeben, ihre Stimme im Stadtkrankenbaue „Wartezimmer“ abzugeben, sofern sie im Besitze eines Stimmzettel sind. Wahlort ist Herr Geschäftsführer Wilkomm. Sein Stellvertreter ist Herr Verwaltungsinpektor Richter. Die Wahlbezirke sind:

**Altross.**

**1. Wahlbezirk:**  
Wahllokal: Hotel „Stern“, Großenhainer Str. 43. Herr Kaufmann König, Vorsteher, Herr Schneidermeister Pflaen, Stellvert. Altmarkt, Bruchgasse, Feldstraße, Felgenbauerstraße, Großenhainer Straße Nr. 21, 23, 25, 27-54, Grimweg, Marktstraße, Wehner Straße, Poppitzer Landstraße, Poppitzer Platz, Poppitzer Straße, Quergasse, Rittergut, Wasserwerk, ehem. Siegelgebäude.

**2. Wahlbezirk:**  
Wahllokal: Hotel „Kronprinz“, Hauptstraße 7. Herr Stadtrat Röhrborn, Vorsteher, Herr Kaufm. Wurmitz, Stellvertreter. Brauhausstraße, Großenhainer Straße Nr. 1-20, 22, 24 und 26, Hauptstraße Nr. 1-53, 55, 57, 59 und 61, Klosterstraße, Rathausplatz, Schützenstraße, Standfeststraße, Stegerstraße.

**3. Wahlbezirk:**  
Wahllokal: Hotel „Höfner“, Bismarckstraße 18. Herr Stadtrat H. Schumann, Vorsteher, Herr Verforbeiminspektor Thümmel, Stellvertreter. Am Hundteufel, Am Technikum, Elbberga, Elbstraße, Käferberga, Käferneustraße, Parkstraße, Schillerstraße, Schloßstraße, Schulstraße, Schützenhaus, Verforbeim, Weinbergstraße.

**4. Wahlbezirk:**  
Wahllokal: Hotel „Wettiner Hof“, Hauptstraße 65. Herr Gewerkschaftsbeamter Eichler, Vorsteher, Herr Kaufm. Mittag, Stellvertreter. An der Gasanstalt, Freilagstraße, Hauptstraße 54, 56, 58, 60, 62, 63-101, Dobe Straße, Ruffenhaus, Lindenstraße, Lutherplatz, Niederlagstraße, Baufiger Straße, Pestalozzistraße, Süßstraße.

**5. Wahlbezirk:**  
Wahllokal: Restaurant „Elbterrasse“, Hauptstraße 52. Herr Stadtdienermann Schönsfeld, Vorsteher, Herr Lehrer R. Richter, Stellvertreter. Bismarckstraße Nr. 2-52, Goethestraße Nr. 1-82.

**6. Wahlbezirk:**  
Wahllokal: Restaurant „Dampfbad“, Vestingstraße 2. Herr Bürovorsteher Schinzel, Vorsteher, Herr Gewerkschaftsangehörter Walter, Stellvertreter. Beethovenstraße, Bismarckstraße 53-72, Breitelstraße, Goethestraße Nr. 83-104, Köpferstraße, Leisungstraße, Kolenplatz, Siedlung „Neue Hoffnung“.

**7. Wahlbezirk:**  
Wahllokal: Hotel „Sächsischer Hof“, Bahnhofstr. 27/29. Herr Bahnhofswirt A. Müller, Vorsteher, Herr Geschäftsführer Hanneß, Stellvert. Am Kolhof, Bahnhofstraße, Bahnhofsgebäude, Bismarckstraße Nr. 75, 79, 81, 82, 84 und 86, Chemikerstraße, Elbweg 1-5a, Friedrich-List-Straße, Zahnstraße, Laubhammerstraße Nr. 2, 3, 4, 6, 8, 10, 12 und 14, Lommatzker Straße, Speicherstraße.

**Stadtteil Gröbba.**

**8. Wahlbezirk:**  
Wahllokal: Gasthaus „Zum Anker“, Kirchstraße 3. Herr Bürgermeister Hans, Vorsteher, Herr Lehrer Köhler, Stellvertreter. Dammweg, Flurenstraße, Friedrich-Wert-Platz, Gartenweg, Kirchstraße, Laubhammerstraße Nr. 9, 11, 13, 15, 17, 19, 21, 23-44, Steinstraße.

**9. Wahlbezirk:**  
Wahllokal: Gasthof Große, Streblauer Straße 5. Herr Expedient Spindler, Vorsteher, Herr Stellmachermeister Schwarz, Stellv. Alleestraße, Bachstraße, Merzdorfer Straße, Mozartstraße, Mühlweg, Oberreihen, Oststraße, Kolenstraße, Streblauer Straße, Wagnerstraße, Wasserweg.

**10. Wahlbezirk:**  
Wahllokal: Zentralschule - Haupteingang - Friedr.-Ebert-Platz 6a. Herr Kassendirektor Schönsfeld, Vorst., Herr Lehrer Weigner, Stellvertreter. Alrodstraße, Am Guckli, An der Ueberlandzentrale, Elbweg 6-10, Georg-Wilhelm-Straße, Dafenstraße, Damburger Straße, Deitstraße, Kastanienstraße, Döbber Straße, Nittergutsstraße, Spinnereistraße, Uhlenmannstraße, Wehstraße.

**Stadtteil Weida.**

**11. Wahlbezirk:**  
Wahllokal: Gasthof Seydewitz, Am Anker 2. Herr Verwaltungsobersekretär Fuß, Vorsteher, Herr Monteur A. Michall, Stellvert. Am Anker, Berggasse, Dimmelastraße, Döbber Straße, Wauziger Straße, Heidebergstraße, Kreuzstraße, Lange Straße Nr. 115 und 117, Waldstraße, Windmühlstraße.

**12. Wahlbezirk:**  
Wahllokal: Café „Eckstein“, Grenzstraße 1. Herr Stadtrat Führer, Vorsteher, Herr Holzbildhauermeister Neubert, Stellvertreter. Am Fintenberg, Bismarckstraße Nr. 92, 95, Brückenstraße, Kolonie, Damaststraße, Fabrikstraße, Gartenstraße, Grenzstraße, Grüner Winkel, Gucklistraße, Guttenbergstraße, Heinestraße, Körnerstraße, Kurze Straße, Lange Straße Nr. 1-43, Maschinen-

hausstraße, Maschinenhaus, Neue Straße, Nordstraße, Stiller Winkel.

**Stadtteil Merzdorf.**

**13. Wahlbezirk:**  
Wahllokal: Gasthof „Zum Schwan“, Canischer Str. 19. Herr Vinatus Naundorf, Vorsteher, Herr Vorarbeiter Dänfel, Stellvertreter. Am Bahndamm, Am Krautgarten, An der Döbber, An der Papiermühle, Blumenstraße, Canischer Straße, Dörfgarten, Neuhener Straße, Teichweg, Weidauer Straße, Wiesenstraße.

Gemäß § 47 der Landeswahlordnung geben wir bekannt, daß die Stimmzettel amtlich herzustellen sind und am Wahltag im Wahlraum den Stimmberechtigten auszubändigen werden. Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte durch ein auf den Stimmzettel gelegtes Kreuz oder auf andere Weise kenntlich macht, welchem Wahlvorlage er seine Stimme geben will.

Weiter geben wir noch bekannt, daß die Entgegennahme von Anträgen auf Aufstellung von Stimmzettel bis zum Freitag, den 20. Juni 1930, nachmittags 5 Uhr, erfolgt.

Riesa, am 17. Juni 1930.  
Der Rat der Stadt Riesa - Wahlamt. - Schmn.

**Gegen Paragraphenwust und Unrecht!**



**Gegen Ueberkapitalismus!**

**Landwirtschaftl. Verein Riesa.**

**Verammlung**  
Somabend, den 21. d. Mts., 5 Uhr „Elbterrasse“. Vespereung über Feldbesichtigung per Auto über Mühlberg-Lorau-Idsch. Meldungen hierzu, welche bindend sind, da Omnibus entsprechend der Teilnehmerzahl bestellt wird. Festlegung des Tages. Geyde, Vorligender.

**Gröbba.**

**An die Einwohnerschaft Gröbbas**

richten wir die beraliche Bitte, anlässlich der Planweise am Sonntag die Häuser feilich zu säubern und zu bekragen. **Eichenlaub** wird unentgeltlich bis Sonnabend im Gasthaus zum Anker abgegeben.

**Turnverein Gröbba (DT).**

Für die uns anlässlich unserer **Bermählung** erwiesenen Aufmerksamkeit danken nur hierdurch herzlich. **Riesa, Hauptstr. 41, Juni 1930.**  
Ray Werner  
Wilda Werner geb. Damm.

**Nachruf.**

Aufs tiefste erschüttert haben wir in diesen Tagen an der Bahre unseres **Alfred Fischer** gekannt. Wir betauern in ihm einen lieben Jugendfreund und werden sein Andenken allezeit in Ehren halten. **18. 6. 1930. Die Jugend zu Leutewitz.**

Nach kurzer Krankheit verschied gestern abend 1/10 Uhr unser lieber Vater **Herr Stellmachermeister Wilhelm Lehmann** im 80. Lebensjahre. In tiefer Trauer **Ray Lehmann** nebst Angehörigen. **Glaubich, den 18. Juni 1930.**  
Beerdigung Sonnabend 2 Uhr.

Wir gehen hiermit bekannt, daß von uns als **Bezirksvorsteher** für den XI. Bezirk Herr Hermann Schulze, Denkmaler, Dimmelastraße 2 und als **Stellv. Bezirksvorsteher** für den X. Bezirk Herr Ernst Ritter, Postassistent i. R., Körnerstraße 12 und für den XI. Bezirk Herr Gustav Schönert, Maurerpoller, Wauziger Straße 7 auf die Dauer von 3 Jahren in Pflicht genommen worden sind. **Der Rat der Stadt Riesa, am 16. Juni 1930.**

**Wohnung in Dschag.**

Dem Wohnungsamt Riesa stehen in Dschag 2 Räume im Austauschwege zur Verfügung. Interessenten, die beim Wohnungsamt Riesa als Wohnungsluchende vorgemerkt sind oder bereits eine Wohnung inne haben, können sich bis zum 21. Juni 1930 im Rathaus Riesa, Wohnungsamt, Zimmer No. 19, melden. **Der Rat der Stadt Riesa, am 18. Juni 1930**  
- Wohnungsamt. -

**Volksrecht** Liste **9**

**Oeffentliche Wahlversammlung**

am Donnerstag, den 19. Juni, abends 8 Uhr in Riesa in der „Elbterrasse“. Es spricht Major a. D. **V. o. h. I.** Düsseldorf Mitglied des Preussischen Landtags.

**Die vom internationalen Finanzkapital unabhängige Partei der Mitte!**

Hierzu ladet ein **Reichspartei für Volksrecht** und Aufwertung Ortsgruppe Riesa u. Umgög.



**K. Wiederhold, Niederlagstr. 2.**

**Donnerstag, Freitag, Sonnabend**  
finden in einem unserer Schaufenster **prakt. Vorführungen**

zur Pflege feinfarbiger Schuhe mit **Eri-Schuhpflegemitteln**

statt. Bringen Sie bitte Ihre Schuhe zu uns. Sie bekommen dieselben an diesen Tagen

**kostenlos gereinigt!**

Schuhhaus **Paul Großmann**  
Hauptstr. 54 Telefon 272.



**Musikhaus Werner**  
Goethestraße 37.

**Freitag, 20. Juni, findet wieder**  
von vormittags 9 bis nachmittags 7 Uhr im **Hotel Stern, Riesa**

am Altmarkt, ein **Sauberverkaufstag von la Bettfedern**

der bekannten ältesten Bettfedernfirma des Oberbruges statt. **J. Graupe, Neutredbin, gegr. 1841.** Garantie: Alle Federn sind doppelt gewaschen, staub, geruch-, fett- und feuchtfrei. Reine Federn von 3,50 Mk. ab das Pfund.

**Koffer Koffer Koffer Koffer**

alle Größen, Qualitäten und Preislagen. Riesige Auswahl, billige Preise mit Rabatmarken im **Lederwarenhaus Mittag** am Capitol.

**Zur Zahnpflege!**

Chlorodont-Pasta  
Vio.-Mitra.  
Cbol.  
Vebeo.  
Moufon.  
Kofodont.  
Kalkifora.  
Zahnteife, Zahnpulver, Zahnbürsten. **Gratis bei Kalkifora** ein Mundspülglas solange der Vorrat reicht. **F. B. Thomas & Sohn** Verkauf an Händler.

**1200er Harley Davidson**

mit Original-Seitenwagen, gut erhalten, sofort preiswert zu verkaufen. **Mag Otto, Hotel z. Stern.**

**Motorrad**

Marke Arbia, 750 ccm, vollständig neu überholt, mit allen Schikanen, billig zu verkaufen. **Werner Große, Dafenstraße, Gröbba.**

**2,25 Rhodeländer**  
Junatiere, 4 Mon., gibt ab **Wolst, Seerhauen**, am Bahnhof.

**Abfahstohlen**  
Odenburger 14 Wochen alt, verkauft **Zenker, Mehltheuer.**

**1 Sofa billig zu verk.**  
Bismarckstraße 37.

**Echte Kieler Bücklinge**  
heute frisch. **Alois Stelzer.**

**Magenleidend?**

Bei Magenleiden jeder Art, wie Magenkrampf, Magenschmerzen und deren Folgen, so Unverdaulichkeit, Appetitlosigkeit, nervösem Magen, Erbrechen, Entkräftigung, Gemütsleiden wirkt der über 80 Jahre bewährte **Subert Ulrich'sche Kräuterwein** infolge der eigenartigen, glücklichen Zusammenlegung auf die Magensaft und den Gesamtsstoffwechsel. Zu haben in Flaschen zu 2,75 RM. und 4 RM., 1 Liter zu 7,50 RM. in allen Apotheken, wenn nicht, Versand direkt gegen Nachnahme durch **Subert Ulrich** Inb. Dr. Engel, Revisio, Weststr. 82.

Die heutige Nr. umfasst 12 Seiten.



### Neue Anträge im Reichstag.

Oba. Berlin. Dem Reichstag ist eine Uebersicht über die während des Rechnungsjahres 1929 im Reich vorgenommenen Buch- und Betriebsprüfungen zugegangen. Die Zahl der geprüften Fälle betrug insgesamt 57 820. Das Ergebnis der Prüfungen war, daß rund 150 Millionen an Landessteuern mehr festgesetzt wurden, ferner rund 24 Millionen an Landes-, Kirchen- und anderen Steuern und 3 Millionen an Geldstrafen. Die Ergebniszahlen der Buch- und Betriebsprüfung der vergangenen 6 Jahre zeigen eine dauernd steigende Tendenz. Die Mehrerträge an Steuern sind im Rechnungsjahr 1924/25 um 11,42 Prozent, im Jahre 1925/26 um 11,39 Prozent, im Jahre 1926/27 um 11,67 Prozent, im Jahre 1927/28 um 16,61 Prozent und im Jahre 1928/29 um 22,03 Prozent gestiegen.

Zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums hat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei eine Entschließung eingebracht, wonach zur Nachprüfung des finanziellen Status und der künftigen finanziellen Entwicklung der Invalidenversicherung ein unabhängiger Sachverständigenausschuß eingesetzt werden soll.

Die Demokraten beantragen in einer Entschließung, unbeschadet des Vorliegens des Entwurfes eines Arbeitsschutzgesetzes, baldmöglichst einen Sonder-Geheimturm vorzulassen, durch den der übertriebene Warenhandel nach Baden, Schwaben und an anderen Orten, wie er sich außerhalb der Sperre auf Bahnhöfen, in Schenkwirtschaften, Trinkstuben und an anderen Stellen zeigt, eine Regelung erfährt, im Sinne der konsequenten Anwendung der Warenverkehrsbeschränkungen, wie sie für Gewerbetreibende gelten, die Warenverkehrsbeschränkungen unterhalten.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei erucht die Reichsregierung in einem Antrag, umgehend einen Geheimturm vorzulassen, der bestimmt, daß das Reich berechtigt ist, einen Teil der Zuschüsse an die Arbeitslosenfürsorge in Gutscheinen auf Lebensmittel, in erster Linie auf Roggenbrot auszulösen.

### Kabinettsführung mit Wirtschaftsminister Dietrich.

Oba. Berlin. Am Dienstag abend hielt das Reichskabinettsamt im Reichstage eine Sitzung ab, über die folgende amtliche Mitteilung auszugehen wurde:

Bei Beginn der heutigen Kabinettsführung bearbeitete der Reichskanzler Dr. Brüning den Vizekanzler und Reichswirtschaftsminister Dietrich, der nach Wiederherstellung von seiner Erkrankung wieder an den Arbeiten des Kabinetts teilnahm.

Die Sitzung selber diente der Erledigung laufender Angelegenheiten.

Unter diesen laufenden Angelegenheiten befand sich, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hört, auch eine Kundgebung der Reichsregierung, aus Anlaß der Nennung der Rheinlande, die in nächster Zeit veröffentlicht werden soll. Die wichtigsten politischen Fragen, die zurzeit die Gemüter bewegen, namentlich die Deckungsfragen und die Sanierung der Arbeitslosen-Versicherung, spielen in der Kabinettsführung nur eine untergeordnete Rolle. Die angekündigten Anträge Breußens für die Beratung der Deckungsfragen im Reichsrat lagen der Reichsregierung noch nicht vor und konnten deshalb von ihr auch noch nicht behandelt werden. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, besteht bei der Reichsregierung überhaupt nicht die Absicht, vor den nächsten Wahlen noch irgendwelche Verträge zur Klärung der Finanzfragen zu unternehmen. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Regierungsvertreter sich im Reichsrat an der Beratung der Angelegenheiten tatkräftig beteiligen werden. Wie wir hören, wird sich die Reichsregierung im Reichsrat für ihre Vorlagen in der gegenwärtigen Form einsetzen. Erst wenn die Stellungnahme des Reichsrats vorliegt und der Wahlkampf in Sachien abgeschlossen ist, dürfte die Regierung Verhandlungen mit den Parteiführern im Reichstage aufnehmen.

### Noch keine Entscheidung der Sozialdemokraten.

Oba. Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist auch am Dienstag abend noch nicht zu einer abschließenden Stellungnahme zur politischen Lage und insbesondere zur Frage des Deckungs-Programms der Reichsregierung gekommen. Sie hat ihre Sitzung auf Mittwoch vormittag verlegt. Am Mittwoch soll dann eine ins einzelne gehende Entschließung zur Frage des Notopfers formuliert werden.

### Gegen das politische Raufboldtum.

Oba. Berlin. Wie verlautet, hat Reichsjustizminister Dr. Brüning ein Schreiben an alle Landesjustizverwaltungen geschickt und sie aufgefordert, den Staatsanwaltschaften ein unumschriebenes Vorgehen gegen das politische Raufboldtum zur Pflicht zu machen.

### Ein Brief der Wirtschaftspartei an den Reichstanzler.

Oba. Berlin. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat an den Reichskanzler Dr. Brüning ein Schreiben gerichtet, in dem der Standpunkt der Wirtschaftspartei zu den aktuellen politischen Fragen zum Ausdruck gebracht wird. Die Wirtschaftspartei fordert darin, daß Neuauflagen für die Erwerbslosenversicherung neben einer grundlegenden Reform durch Abstriche an anderen Stellen des Etats, nicht aber durch Erhöhung der steuerlichen Belastungen aufgebracht werden müssen. Weiter wird ein Antrag auf eine 5-prozentige Senkung der Gesamtausgaben angekündigt. Einer Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung könne die Wirtschaftspartei nur zustimmen, wenn durch Reduzierung der Beiträge zur Krankenversicherung die Gesamtlasten nicht erhöht werden. Die Belastung der Angestelltenklasse wird für außerordentlich bedenklich bezeichnet, dagegen hält die Wirtschaftspartei eine Umänderung der Besoldungsordnung in Reich, Ländern und Gemeinden grundsätzlich für notwendig, wobei jedoch die Familien- und Kinderzulagen aus sozialen Gründen unangetastet bleiben sollen. Die Zuschüsse zur Arbeitslosenfürsorge sollen in Naturalien, im besonderen in Gutscheinen auf Roggenbrot gegeben werden. Ueber die Frage der Arbeitsdienstpflicht werde die Partei demnächst eine besondere Vorlage einreichen. Schließlich wendet sich das Schreiben dagegen, daß ein eotl. abudeckendes Defizit durch neue, die Wirtschaft schädigende Steuern oder durch die Erhöhung bestehender Steuern beiligt wird.

## Der Reichsstädtebund tagt in Leipzig.

Leipzig. Der Reichsstädtebund, dem etwa 1500 Städte mit nahezu 10 Millionen Einwohnern angehören, hat in diesem Jahr aus Sparmaßregeln davon abgesehen, eine Mitgliederversammlung einzuberufen. Dafür sind Gesamtvorstand und Hauptauschuß am Montag und Dienstag zu einer Tagung in Leipzig zusammengetreten. Nachdem am Montag abend die Teilnehmer vom Rat der Stadt Leipzig in den Räumlichkeiten des Neuen Rathauses zu einem Begrüßungsabend empfangen worden waren, fand am Dienstag die eigentliche Tagung statt.

Oberbürgermeister Dr. Bellan eröffnete die Sitzung mit Begrüßungsworten an die zahlreich erschienenen Vertreter der Regierungen des Reichs und der Länder, der Stadt Leipzig, der Parlamente und sonstiger Behörden und Organisationen. Er führte dann u. a. aus:

Die kleinen und mittleren Städte haben gleich den größeren Schwesterstädten das Vertrauen, das vor hundert Jahren der Freiherr v. Stein ihnen durch Verleihung der Städteordnung geschenkt hat, in 120-jähriger Arbeit zu rechtfertigen gewußt. Sie hoffen zuversichtlich, daß auch die jetzigen Regierungen und Parlamente ihnen durch Berücksichtigung der Wünsche, die sie zur Verwaltungsreform vorzutragen haben, einen Beweis des Vertrauens geben und vor allem jede Minderung der bisherigen städtischen Rechtsstellung ablehnen werden. Bei der Neuordnung der kommunalen Gesetzgebung im 21. Jahrhundert müssen alle Städte ohne Ausnahme eher auf eine Erweiterung ihrer Selbstverwaltungsrechte als auf eine capitis diminution rechnen dürfen. Gleiche Rechte, gleiche Pflichten, gleiche Aufsichtsinstanzen für alle Städte, das war der Grundsatz, auf dem sich die Steinische Städteordnung aufbaute, der sich in über hundertjähriger Praxis glänzend bewährt hat. Wir hoffen, daß jede moderne Regierung ein Rückwärtsdrehen des Rades ablehnen wird. Der Redner gedachte sodann der Befreiung des Rheins und übermittelte den Schwesterstädten aus dem bisher besetzten Gebiet die herzlichsten und aufrichtigsten Glückwünsche zu ihrer Befreiung. Was die Städte des besetzten Gebietes für das ganze deutsche Volk gelitten und ertragen haben, könne nur erweisen, wer häufig Gelegenheit gehabt habe, sich mit eigenen Augen von den dortigen Verhältnissen zu überzeugen. Der Reichsstädtebund sei stolz auf die geradezu vorbildliche vaterländische Haltung, die die Schwesterstädte in schwerster Zeit bewiesen haben. Er danke ihnen namens der 1550 Mitgliederstädte dafür aufs herzlichste und rufe ihnen für einen baldigen Wiederaufstieg ein „Glück auf“ zu. Dr. Bellan schloß mit dem Wunsch, daß auch das Saargebiet, das deutsch war, deutsch ist und deutsch bleiben wird, bald ins Vaterland zurückkehren werde. Dem ganzen deutschen Volke aber wünsche der Reichsstädtebund die Ueberwindung der schweren Finanzkrise und im Zusammenhang damit einen wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg, wie es ihn im vorigen Jahrhundert nach Jahren schwerster Erniedrigung hauptsächlich durch die Mitarbeit seiner Städte erlebte.

Anschließend sprach Ministerialdirektor Dr. von Leyden, Berlin, über

### „Der künftige Finanz- und Lastenausgleich“.

Er führte u. a. aus: Das Gesamtproblem eines Finanz- und Lastenausgleichs bedeutet eine richtige Verteilung der Ausgaben und Einnahmen zwischen den verschiedenen Trägern der öffentlichen Verwaltung. Die Verteilung der vom Reich zentral verwalteten Ueberweisungsmittel ist nur ein Teil dieses Problems. Es steht aber seit langem im Vordergrund des Interesses, weil die Aufgabenteilung im wesentlichen als beendet angesehen wird und weil auch die übrigen Einnahmen wenigstens der Länder und Gemeinden im allgemeinen als feststehend angesehen werden. Der Finanzbedarf der öffentlichen Hand ist durch die Reichsfinanzstatistik bekannt und nachgewiesen. Von echten Ersparnissen auf der Ausgabe Seite kann wenigstens in nennenswertem Umlange keine Rede sein. Der Bedarf wird bestimmt durch die unbedingt gebotenen Ausgaben, ohne daß die Berechtigung dieses Bedarfs durch einen Vergleich mit früher erhärtet werden müßte oder könnte. Ein Versuch, wie er auch in dem finanziellen Ueberblick über den Reichshaushalt 1930 angestellt wird, die Vergleichbarkeit des Ausgabenbedarfs von Reich, Ländern und Gemeinden zu verstärken durch Eliminierung bestimmter Ausgaben für Kriegslasten, Wohlfahrtswesen und Wohnungswesen, führt deshalb leicht zu falschen Schlüssen, denn maßgebend für den Etat und seine Deckung bleibt eben der wirklich notwendige Finanzbedarf. Ein klares Bild über die Entwicklung des jetzigen Zustandes aus dem früheren ist ohnehin schwer zu gewinnen. Wie leicht jede Schematisierung irreführen kann, zeigt z. B. die Tatsache, daß in der Denkschrift des Reichs die Ersparnis von über 1 Milliarde überhaupt nicht berücksichtigt worden ist, die der Reichsetat gegenüber der Vorkriegszeit in bezug auf die Ausgaben für die Wehrmacht und Marine zeigt.

Ein Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen in den Etats der Gemeinden ist mindestens seit 1929 nicht mehr vorhanden. Während im Rechnungsjahr 1926/27 nach der Reichsfinanzstatistik die ungedeckten Fehlbeträge im Gesamthalt so gut wie keine Rolle spielten, hatte sich das Bild schon für das Rechnungsjahr 1929 wesentlich verschlechtert. Einer Aufkommensteigerung bei den Steuern von 808 Millionen (für Preußen) standen Mehrausgaben von rund 550 Millionen gegenüber außer den Wohlfahrtslasten. Diese sind nach der Färsorgestatistik für 1928 um 150 Millionen gestiegen. Für 1929 wird allein der Ausgabenbedarf für die Wohlfahrtsberwerblosen rund 100 Millionen betragen. Wie hoch er in diesem Jahre bei der katastrophalen Kurve steigen wird, die die Zunahme der Wohlfahrtsberwerblosen kennzeichnet, ist noch nicht zu übersehen. Eine Regelung auch dieses Teils der finanziellen Folgen der Arbeitslosigkeit ist unbedingte Voraussetzung jedes Finanz- und Lastenausgleichs, sei es durch Uebernahme der Last dahin, wozu sie gehört: auf das Reich, sei es durch eine ausreichende Dotierung der jetzigen Träger.

Der vorläufige Finanzausgleich für 1930 in Preußen ist unter diesen Umständen nur ein vorübergehender Notbehelf, bei dem die beiden Voraussetzungen einer befriedigenden Aufgabenteilung und einer Herstellung des Gleichgewichts zwischen Ausgaben und Einnahmen unerfüllt geblieben sind. Der zukünftige Finanzausgleich würde unter der Voraussetzung, daß das Problem der Wohlfahrtsberwerblosen und damit der Ausgleichsmöglichkeit der Etats überhaupt vorweg gelöst wäre, eine Verteilung der Einnahmen- und Körperschaftsteuer zu finden haben, die der Aufgabenteilung und den übrigen Einnahmen entspricht. In dieser Richtung zeigte der Vortragende neues statistisches Material mit dem Ziel, in der Zusammenfassung eines bestimmten Teils der gemeindlichen Ausgaben einen geeigneten Maßstab für die Verteilung zu finden. Als solche Ausgaben sind berechnet und zusammenge stellt worden die persönlichen Ausgaben für Volksschulen, Mittelschulen, höhere Schulen, für kommunale Polizei, für staatliche Polizei und die Wohlfahrtsausgaben nach einem bestimmten Index. Voraussetzungen für ein tragbares und

befriedigendes Ergebnis ist, daß möglichst viele dieser Ausgaben und alle in möglichst starkem Maße als Strukturmerkmal berücksichtigt werden können. Das ist bei dem vorhandenen Aufkommen von Einnahmen- und Körperschaftsteuer nicht möglich. Die praktische Durchführbarkeit wird gezeigt bei einem Plus von einmal 137 und im zweiten Fall von 270 Millionen neuer Einnahmen von außen. Dann ließe sich eine solche Verteilung durchführen mit einem befriedigenden Ergebnis nicht nur im Verhältnis der einzelnen Gemeindegroßengruppen zueinander, sondern auch deshalb, weil eine so weitgehende Berücksichtigung eines großen Teils der Ausgaben, die in jeder Gemeinde wiederkehren, die beste Sicherheit dafür enthält, daß jede Gemeinde aus diesen Ueberweisungsmitteln ein ihrem Aufgabenstandard entsprechendes relativ hohes Existenzminimum erhält.

Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen Dr. von Leydens ergriß der Geschäftsführende Präsident des Reichsstädtebundes, Dr. Gaeckel, Berlin, das Wort zu einem Vortrag über

### „Die Reform der Verwaltungspraxis“.

Einleitend betonte er die Notwendigkeit einer Angleichung des kommunalen Verfassungsrechts in allen deutschen Ländern und eine Vereinfachung in Preußen, um dem Zustand der Rechtsungleichheit ein Ende zu machen. Die einheitliche Einführung des Einbürgerrechts sei empfehlenswert, da der in früherer Zeit bewährte Magistrat infolge der Wahl nach politischen Gesichtspunkten in den meisten Städten nur ein Spiegelbild der Stadtverordnetenversammlung geworden sei. Der Vorsitz des Bürgermeisters in der Stadtvertretung sichere eine organische Verbundenheit zwischen Stadtvertretung und Stadtverwaltung. Der einheitlichen Verantwortlichkeit der Stadtvertretung für die Willensbildung entspreche die einheitliche Verantwortlichkeit des Bürgermeisters für die Stadtverwaltung. Die Rechte des Bürgermeisters neben der Stadtvertretung widersprächen in keiner Weise den Grundgedanken einer echten Demokratie. Die Aufrechterhaltung einer freien Wahl der Städte zwischen Ein- und Zweikörpersystem würde unnötige neue Kämpfe um die Verwaltungsreform herausfordern, die im Interesse des kommunalen Friedens vermieden werden müssen. Die Staatsaufsicht dürfe sich lediglich auf die Ueberwachung der Befähigung beschränken. Mit besonderem Nachdruck lehnte der Redner für Preußen den Gedanken einer Uebertragung der Staatsaufsicht über die Städte unter 10 000 Einwohnern auf den Landrat ab, da der Landrat mit Rücksicht auf die vielfachen Interessengänge zwischen Landkreis und kreisangehörigen Städten zur Ausübung einer unparteilichen Staatsaufsicht ungeeignet sei. Gefehlliche Schranken für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden seien nicht erforderlich. In den mittleren und kleinen Städten habe sich eine vernünftige Grenzlinie bereits durchgesetzt. Eine Reichsfinanzkontrolle des gemeindlichen Raßens- und Rechnungswesens sei als zu kostspielig und unvorteilhaft abzulehnen. Die Schaffung einer unabhängigen Revisionsinstitution sei von den kommunalen Spitzenverbänden im eigenen Interesse der Gemeinden in Angriff genommen. Die gefehlliche Festlegung des Grundlages: Keine Ausgabe ohne Deckung! sei zu begründen, da jedes Defizit die Gefahr in sich trage, Krebsart zu wachsen. Bei der Eingemeindung sei die Einfiichtung eines unabhängigen Staatsauschusses erforderlich. Die für Preußen vorgesehene Bestimmung, daß Städte gegen ihren Willen durch Beschluß des Staatsministeriums zu Landgemeinden erklärt werden können, sei unerträglich. Eine weitere Ausdehnung der örtlichen Selbstverwaltung durch zwanngsmäßige Bildung von Zweckverbänden für die Erfüllung freiwilliger Aufgaben müsse bekämpft werden. Die staatspolitische Aufgabe der Selbstverwaltung, die Erziehung des Einwohners zum Stadt- und Staatsbürger, sei noch keineswegs vollendet. Auch im demokratischen Staat sei daher die Selbstverwaltung als unmittelbare Selbstherrschafft unentbehrlich. Ihrem Recht zur Selbstbestimmung entspreche aber auch die Verpflichtung zur Selbstdisziplin und Selbstverantwortung.

Nach einem eingehenden Vortrag des geschäftsführenden Präsidenten Dr. Gaeckel-Berlin über „Die Reform der Verwaltungspraxis“ wurde zum Referat über den Finanz- und Lastenausgleich folgende Entschließung angenommen.

„Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes nimmt mit Genugtuung Kenntnis von den Entlastungsmaßnahmen, welche die Verlängerung des Preussischen Finanzausgleichs zu Gunsten der Gemeinden, insbesondere durch die endliche Durchführung des Volksschuldenausgleichs vorzieht. Besonders begrüßt wird die zur Verfügungstellung von Mitteln zur Behebung der Arbeitslosigkeit durch das Reichskabinettsamt. Zugleich wird aber mit Nachdruck verwiesen auf die noch immer steigende Belastung der Gemeinden durch die Wohlfahrtsberwerblosen. Als Folge der allgemeinen Wirtschaftsdpression sind diese Lasten überörtlicher Natur und ihre unersättliche Uebernahme auf das Reich ist unerlässlich, wenn der finanzielle Zusammenbruch der meisten Gemeinden vermieden werden soll.“

In Erkenntnis der gemeinsamen großen Not von Reich, Ländern und Gemeinden ist der Reichsstädtebund zur tatkräftigen, opferbereiten Mitarbeit an der planmäßigen Ausgabenlenkung der öffentlichen Körperschaften bereit, soweit eine solche die Erfüllung der im Interesse von Volk und Staat unentbehrlichen gemeindlichen Aufgaben nicht gefährdet. Die Mitarbeit an der Ausgestaltung des kommunalen Revisionswesens als Aufgabe der Selbstverwaltung hat der Reichsstädtebund bereits in Angriff genommen.“

Die Aussprache zur Verwaltungsreform drehte sich namentlich um die Frage der Magistrats- oder Einbürgerverfassung. Ministerialdirektor Dr. von Leyden führte dazu aus, daß die Vereinfachung des Städterechts nicht eine absolut gleiche schematische Behandlung bedeuten müsse. Die Magistratsverfassung lasse sich nicht mehr rechtfertigen. Der Reformentwurf sehe eine Mischung zwischen dem rheinischen Bürgermeister- und dem süddeutschen Stadtratsystem vor. Das Wesentliche sei, daß ein Körper gleichzeitig Beschluß- und Verwaltungsorgan, Parlament und Regierung verkörpere. Die Tendenz, die Verantwortlichkeit wieder herzustellen und zu heben, sei auf das entschiedenste zu unterstützen. In der Magistratsverfassung aber müßte man in ihrer eigenartigen Gestaltung infolge der Verhältnismäßigkeit die denkbar größte Gefahr für die Verantwortung der städtischen Verwaltung überhaupt erblicken. Innerhalb der Magistratsverfassung selbst liege diese Gefahr zu beseitigen, gebe es kein Mittel, es sei nur eine Verfassung möglich, die dem Grundprinzip der Selbstverwaltung, der Selbstverantwortung, entspreche.

Im Anschluß an die Tagung beluchten die Teilnehmer die Internationale Weisachausstellung.



# Finanzminister Moldenhauer über die Deckungsvorlagen.

Berlin. (Funkdruck.) Der Reichsfinanzminister begann heute mit der Generaldebatte über den Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Arbeitslosenversicherung und die Deckungsvorlagen der Reichsregierung. Der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer nahm zu Beginn der Sitzung das Wort zu einer kurzen Begründung der Deckungsvorlagen. Er wies daraufhin, daß die Durchführung einer geordneten Finanzpolitik die Abdeckung des erkennbaren Defizites unbedingt verlange, wenn der Kredit Deutschlands nicht schweren Schäden leiden solle. Eine Erhöhung der indirekten Steuern oder eine Neueinführung solcher sei, wenn überhaupt, nur im bescheidenen Rahmen möglich, weil von einem solchen Vorhaben eher Mindererträge als Mehrerträge zu erwarten seien. Eine neue Belastung der Wirtschaft durch unmittelbare Steuern sei wegen der schon bestehenden Überlastung der Wirtschaft ohne sachlichen Ausgleich unmöglich. So sei der Gedanke entstanden, die Arbeitslosenversicherung zu einer Reichshilfe heranzuführen, nachdem man den Etat, soweit es noch möglich sei, vergrößert habe. Nur sehr schweren Herzens habe er sich zu diesem Entschluß, da er keinen anderen Ausweg sehe, durchgerungen. Dieser Entschluß sei für ihn schließlich nur tragbar gewesen, weil diese Reichshilfe nur ein Teil eines Programms sei, dessen Endziel die Überwindung der schweren Depression bilde, unter der die deutsche Wirtschaft leide und die sich in der tiefensten Ziffer von Arbeitslosen äußere.

Dieses Gesamtprogramm müsse darauf hinauslaufen, auf der ganzen Linie zu einer sparsameren Wirtschaft zu gelangen. Daher die Vorschläge zur Verringerung des Beamtenapparates und der Reform der Verwaltung, die im engen Zusammenhang mit den Vorschlägen zur Reform der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, die nur die erste Etappe auf dem Wege einer großen Reform der Sozialversicherung überhaupt sein können. Daher auch die Notwendigkeit, das Lohnproblem als solches anzugehen. Die Regierung habe gezeugt, daß sie durchaus gewillt sei, in dieser Frage Ernst zu machen. Das lasse die Verbindlichkeitsklärung des Deutscher Arbeitervereins erkennen. Es müsse der Versuch gemacht werden, auf dem ganzen Wege der Produktion zu einer Senkung der Löhne und Preise zu gelangen. Die Regierung werde alles, was in ihren Kräften stehe, tun, um dieses Ziel zu erreichen.

In diesem Zusammenhang könne dann aber auch nicht an den Ausgabenposten, den Gehältern, vorbegegangen werden. Es handle sich nicht um ein einseitiges Kappen, sondern um einen Versuch, in Wirtschaft und Verwaltung die Ausgaben zu senken und damit auch an einer Senkung des Preisniveaus zu gelangen. Unter diesem Gesichtspunkt einer gemeinsamen Aktion und einer Auswirkung auf die Preise habe er das Vorgehen der Reichsregierung für tragbar. Lediglich man es ab, so bleibe nur die Möglichkeit, entweder den Etat ungedeckt zu lassen, oder zu Steuern zu greifen, die produktionshemmend seien, wie es der Vorschlag eines der SPD, sei.

## Wahl der neuen Amtregierung in Danzig.

Danzig. Die Regierungskreise in Danzig hat am Dienstag mit der Wahl des neuen Senates ihr Ende gefunden. Zum Vizepräsidenten wurde der sozialistische Abgeordnete Wehl mit 71 Stimmen der Koalitionsparteien gewählt. Die Deutschnationalen, sowie die Nationalliberalen, die Deutsch-Liberalen und die Kommunisten enthielten sich der Stimme. Sodann wurden die sieben sozialistischen, die vier Zentrumsenatoren, sowie die zwei Senatoren der Preußenpartei ebenfalls mit den Stimmen der Koalitionsparteien gewählt. Anschließend fand die Vereidigung der neuen parlamentarischen Senatoren statt. Der neue Senat wird bereits am Mittwoch seine erste Sitzung abhalten, in der er sofort die neuen Steuererlasse beraten wird, die zur Deckung des 11-Millionen-Defizites notwendig sind.

## Die ägyptische Kabinettskrise.

Kairo. Nach einer Meldung aus Kairo hat das ägyptische Parlament Dienstag nach einer Rede des Ministerpräsidenten Rabas Wahda ein Vertrauensvotum für das Kabinettsamt angenommen. Die Sitzung wurde darauf bis zum nächsten Montag vertagt. König Fuad hat das Rücktrittsgesuch des Kabinetts nicht genehmigt.

## Die Veränderungen bei der Bank für deutsche Industrie-Obligationen.

Berlin. In der heutigen Generalversammlung der Bank für deutsche Industrie-Obligationen teilte der Vorsitzende Dr. Krupp von Bohlen und Halbach mit, die Bank werde in ihrer bisherigen Art weiter bestehen bis zur Liquidation, die von der Reichsregierung bestimmt werde. Ein Datum für die Liquidation könne noch nicht genannt werden. Die ausländischen Herren des Aufsichtsrats seien mit dem 17. Mai, dem Tag der Inangabelegung des Neuen Planes, auszuschließen, und am gleichen Tage habe der Präsident sein Amt niedergelegt. Die deutschen Mitglieder der Verwaltung blieben bis zur Liquidation der Bank im Amt.

## Sächsisch-Berliner Vorstellungen in Berlin.

Dresden. Ministerpräsident Schlegel und Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Hedrich waren zur Besprechung schwerwiegender Angelegenheiten in Berlin und hatten hierbei Gelegenheit, auch dem Reichsfinanzminister die Wünsche der sächsischen Wirtschaft und insbesondere ihre Auswirkungen auf die Arbeiterfrage eingehend darzulegen.

## Die deutsche Sprache nicht zugelassen.

Kattowitz, 18. Juni. In der gestrigen Plenarsitzung des Schlesischen Sejm wurde zunächst die Geschäftsordnung mit einer geringen Majorität angenommen, da sich der Deutsche Klub der Stimmabgabe enthielt. Eine lebhafte Debatte hatte der Antrag des Deutschen Klubs auf Zulassung der deutschen Sprache in der Plenar- und Kommissionsitzungen ausgelöst. Korfanty sprach sich grundsätzlich gegen den Antrag aus. Bei der Abstimmung wurden 22 Stimmen gegen und 21 Stimmen für den Antrag abgegeben, so daß die deutsche Sprache damit aus dem Schlesischen Sejm ausgeschlossen ist. Für den Antrag hatten der Deutsche Klub, der Sozialistische Klub und die beiden Kommunisten gestimmt. Ueber den Antrag der Regierungsparteien, eine Begrenzung der Sejm-Präsidenten vorzunehmen, wurde auf Antrag Korfantys zur Tagesordnung übergegangen.

## Die Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau.

Genf, 18. Juni. Die Kommission für die Vereinfachung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau hat gestern nachmittag den deutschen Antrag den Braunkohlenbergbau aus der zur Beratung stehenden Konvention herauszunehmen, mit 24 gegen 20 Stimmen angenommen. Damit ist eine der hauptsächlichen Schwierigkeiten für das Zustandekommen einer Konvention beseitigt worden. Der deutsche Antrag besagt u. a., daß die Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau in einem besonderen Abkommen geregelt werden wird, über das auf der internationalen Arbeitskonferenz des Jahres 1931 zu verhandeln ist. Bis dahin werden alle Länder, die das Steinkohlenabkommen ratifiziert und in Kraft gesetzt haben, für den Braunkohlenbergbau die Bestimmungen des Übereinkommens von Washington über die Beschränkung der Arbeitszeit in den gewerblichen Betrieben anzuwenden.

## Revolution in Bolivien.

Buenos Aires, 18. Juni. Wie Associated Press meldet, erhielt die Zeitung „La Nacion“ einen Bericht aus Laquaca (Bolivien), wonach Hinojosa, der vor einigen Wochen nach Laquaca kam, in Bolivien eine Revolution begonnen hat. Er stürzte mit einer Anzahl Bolivianer und Argentinier und mit Hilfe der Einwohnerstadt die Polizeistation, die Bahnstation, das Telegraphenamt und das Zollamt und beschlagnahmte die vorhandenen Gelder. Nach den bisherigen Berichten wurden bei den Kämpfen zwei Personen verwundet. Wie aus Laquaca gemeldet wird, beschlagnahmte die Jolliböden eine für Hinojosa bestimmte Waffen- und Munitionslieferung.

## Entwaffnungsgesetz vom Bundesrat angenommen.

Wien, 18. Juni. Der Bundesrat nahm das Entwaffnungsgesetz mit 26 gegen 15 Stimmen an. Dafür stimmten der Landbund, die Großdeutschen und die Christlichsozialen mit Ausnahme des Tiroler Bundesrates Stieble.

## Zum Rücktritt des österreichischen Handelsministers.

Wien, 18. Juni. Der Bundespräsident nahm die Demission des Handelsministers Halinisch zur Kenntnis, und betraute Bundeskanzler Schöner bis zur Ernennung eines Nachfolgers mit der vorläufigen Führung der Geschäfte des Handelsministeriums.

# Rücktritt Moldenhauers?

## Morgen Kabinettsitzung.

Berlin. (Funkdruck.) In Berliner politischen Kreisen sind Gerüchte verbreitet, wonach heute vormittag beim Reichsfinanzminister Moldenhauer eine Abordnung seiner Fraktion erschienen sein soll, die ihm den Rücktritt nahelegte. Die wir aus besserer Quelle erfahren, ist diese Darstellung nicht richtig. Dagegen hat der Wirtschaftskämmerer der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei einen entsprechenden Schritt bei dem fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz unternommen. Dr. Scholz hat Minister Moldenhauer von dieser Aktion unterrichtet, ohne ihm aber von sich aus den Rücktritt zu empfehlen. Reichsfinanzminister Moldenhauer hat nicht die Absicht, diesem Druck zu folgen. Er ist aber der Auffassung, daß seine Aktion, die mit dem Ziel hatte, die Preise und Löhne zu senken, gescheitert ist. Er hat deshalb den Reichsfinanzminister gebeten, für morgen eine Kabinettsitzung einzuberufen, in der er seinen Standpunkt noch einmal darlegen kann. Es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß Herr Reichsfinanzminister im Anschluß an diese Kabinettsitzung aus sachlichen Gründen seinen Rücktritt erklärt.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wird sich am Freitag mit der Angelegenheit befassen. Der Reichsfinanzminister Moldenhauer hat die Absicht, am Freitagabend zu einem Erholungsurlaub in die Schweiz zu reisen.

Berlin. (Funkdruck.) Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, ist an dem Rücktritt des Reichsfinanzministers nunmehr kaum noch zu zweifeln. Zwischen 1 und 2 Uhr mittags hatte der fraktionsvorsitzende Dr. Scholz eine neue Unterredung mit dem Finanzminister, in der er ihm jetzt auch von sich aus den Rücktritt nahelegte. Dr. Moldenhauer hat darauf, im Sinne unserer früheren Information, erwidert, daß er zwar nicht dem Druck einer Gruppe seiner Fraktion nachgeben, daß er aber der Ansicht sei, daß sein Programm gescheitert sei und seine Entscheidung danach von sich aus treffen werde. Wenn heute nachmittags nur eine Ministerbesprechung stattfindet, bei der nur ein Teil der Kabinettsmitglieder anwesend sein wird, dürfte der Rücktritt voraussichtlich erst nach der morgigen Kabinettsitzung stattfinden. Es ist allerdings auch nicht ausgeschlossen, daß die Entscheidung sich später vollzieht.

## Politische Tagesübersicht.

**Rückkehr des Reichsministers Dietrich nach Berlin.** Reichswirtschaftsminister Dietrich, der vier Wochen lang krankheitsbedingt außerhalb Berlins in ärztlicher Behandlung war, ist zurückgekehrt und hat gestern die Dienstgeschäfte wieder aufgenommen.

**Ausnahme des Entwaffnungsgesetzes im österreichischen Bundesrat.** Der Bundesrat nahm heute das Entwaffnungsgesetz mit 26 gegen 15 Stimmen an. Dafür stimmten der Landbund, die Großdeutschen und die Christlichsozialen mit Ausnahme des Tiroler Bundesrates Stieble.

**Keine Zustimmung des Reichswirtschaftsministers Dietrich zur „Reichshilfe“.** Der „Demokratische Zeitungsdienst“ demontiert das Gerücht, daß der demokratische Reichswirtschaftsminister Dietrich dem Regierungsvorschlag über die „Reichshilfe“ zugestimmt habe. Dietrich habe weder schriftlich noch mündlich seine Zustimmung gegeben.

**Um die Lösung der englischen Arbeitslosenfrage.** Im Zusammenhang mit den Bemühungen der Regierung zur Lösung der Arbeitslosenfrage fanden am Dienstag, wie verlautet, Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten MacDonald und dem Führer der Opposition, Baldwin, sowie Lloyd George statt.

**Schlägerei in einer nationalsozialistischen Versammlung.** Am Dienstagabend kam es in einer nationalsozialistischen Versammlung im Nordosten Berlins zu einer schweren Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei der zahlreiche Personen nicht unerhebliche Verletzungen davontrugen. Die Schlägerei entstand in dem Augenblick, als der Versammlungsleiter einem Kommunisten, der an der Aussprache teilnahm, das Wort entziehen wollte. Stühle und Biergläser wurden durch den Saal geworfen und die Saaleinrichtung beschädigt. Die Polizei löste die Versammlung auf und nahm sieben Zwangsgefangenen vor.

**Weitere Verhaftungen in Bombay.** Wegen des Verbotes gegen das Verbot öffentlicher Umzüge wurden zwei Sekretäre des indischen Kongresses und der Herausgeber des Kongressblattes zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Heute vormittag wurden wiederum zwölf Streikposten verhaftet.

**Packer Gilbert in Newyork.** Packer Gilbert ist an Bord des Dampfer „France“ in Newyork eingetroffen.

**Die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen vor dem Abschluß.** Die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen stehen wie hier verlautet, vor dem Abschluß. Für die nächsten Tage wird die Unterzeichnung eines provisorischen Abkommens erwartet, das vorerst Geltung bis zum 15. Dezember dieses Jahres haben soll.

**Amerika bestellt 322 Bombenflugzeuge.** Wie aus Washington gemeldet wird, hat das amerikanische Marineministerium 322 Bombenflugzeuge für einen Betrag von 200 000 Pfund bestellt.

**Erklärung Georg Bratianus für König Carol.** Georg Bratianu hat in der Kammer im Namen der Mitglieder der Liberalen Partei, die sich um ihn gesammelt haben, eine Erklärung für den König abgegeben.

**Befreiung der Bundesführung der österreichischen Selbstschutzverbände.** Die Pressestelle der Bundesführung der österreichischen Selbstschutzverbände veröffentlicht folgende Erklärung: Am Montag fand in Wien eine vollständig beschlossene Tagung der erweiterten Bundesführung der österreichischen Selbstschutzverbände statt, die sich mit der durch die gegenwärtige Ausweitung des ersten Bundesratsleiters, Major Wabst, geschaffenen Lage befaßte. Die von der Bundesführung gefassten Beschlüsse wurden als folgt verkündet:

## Die Spionage bei der Reichswehr.

In letzter Zeit haben sich die Spionagetätigkeiten bei der Reichswehr stark vermehrt. Bekanntlich arbeitet in Deutschland ein sehr umfangreicher ausländischer Spionageapparat, der zum größten Teil aus der Zeit der Entwaflnungskommissionen stammt. Auch nachdem die fremden Kontroll-Ausschüsse Deutschland verlassen haben, setzen die Generalstäbe unter ehemaligen Offizieren ihr Ueberwachungsnetz fort. Man hatte während der Zeit der Kontrollkommissionen ja auch die beste Gelegenheit, Deutschland mit einem engen Spionagenetz zu überziehen, das dauernd funktioniert. Die Generalstäbe der Entente-Staaten interessieren sich für alles. Vor allem werden alle Neuerungen der Reichswehr aufs genaueste von einem aus arbeitenden Spionagenetz überwacht. Die Reichswehr hat es unter diesen Verhältnissen sehr schwer, für die nötige Spionageabwehr zu sorgen. Zwar verfügt sie über einen umfangreichen Spionageabwehr-Apparat, aber die wirtschaftliche Notlage, in der sich heute viele Deutsche befinden, erschwert die Spionageabwehr. Es machen sich in erheblichem Maße Agenten an Reichswehrangehörige heran, um von ihnen Angaben über die Reichswehr zu erhalten. Man glaubt gar nicht, wofür sich der französische Generalstab alles interessiert. Er besahlt Mittelungen über die nebenhässlichsten Dinge, die in der Reichswehr vorgehen. Unter allem vermuten die Franzosen furchtbare Dinge. Jedes neue Fahrzeug, das angeschafft wird, ist von vornherein verdächtig.

## Zur Verhaftung des Windener Obermühlmeisters.

Hannover. Zu den Windener Verhaftungen wird dem „Dann Kurier“ u. a. aus Berlin gemeldet: Es scheint sicher zu sein, daß es sich um eine Spionageangelegenheit von großem Ausmaß handelt, und es soll, wie man hört, der Spionageabwehr gefahrdrohend sein, mit der Verhaftung des Obermühlmeisters Adam eine ganze Reihe von Spionagehandlungen aufzudecken, so daß voraussichtlich der Kreis der Verhaftungen noch weiter gezogen werden wird.

## Berurteilung einer früheren Schriftleiterin der „Roten Fahne“.

Leipzig. Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilt gestern die frühere Schriftleiterin des in Berlin erscheinenden Zentralorgans der RPD, „Die Rote Fahne“, Frau Eva Altmann, geb. Wülfing aus Berlin-Lichtenberg, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu neun Monaten Gefängnis. Die Anklage stützt sich auf 13 Artikel, die in der Zeit vom 7. November bis 10. Dezember v. J. in der genannten Tageszeitung erschienen sind, und für die die Angeklagte als politische Schriftleiterin die prähabliche Verantwortung übernommen hatte. Zur Begründung des Urteils wurde angeführt, daß in allen diesen 13 Artikeln eine geistliche Beeinflussung der Massen im Sinne der RPD zu finden sei, die erstreckt, auf gewalttätigem Wege eine Veränderung der bestehenden Verfassung zu erreichen, und an ihrer Stelle eine Diktatur des Proletariats nach sowjetrussischem Muster zu errichten. Der 17-jährigen Angeklagten wurde zugute gehalten, daß sie aus Ueberzeugung gehandelt habe. Außerdem wurden ihr vom Senat gegen ihren Wunsch mildere Umstände ausgemessen, und die vom Reichsanwalt beantragte Strafe von einem Jahr drei Monaten Gefängnis mit Rücksicht darauf wesentlich herabgesetzt, daß die Angeklagte, die nicht wisse, wo ihr Mann lebe, ein 14 Monate altes Kind zu versorgen habe, dem die Mutter nicht allzulange durch eine Strafbestrafung entzogen werden solle.



### „Graf Zeppelin“ wieder in Friedrichshafen.

Friedrichshafen. Nach sechshündert Stunden Fahrt ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ gegen Abend 5.55 Uhr bei ziemlich starkem Wind glatt gelandet.

### „Graf Zeppelin“ abermals gelandet.

Friedrichshafen. (Funkpruch.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das heute früh zu einer Charter-Fahrt aufbrach, ist um 8.35 Uhr glatt gelandet. Die Fahrt führte von Friedrichshafen nach Brauns, Sondhofen, Oberdorf, Dornbirn, Krüden, Sargans zurück nach Friedrichshafen.

### Schauflüge des „G 38“ in Le Bourget.

Paris. Das Flugzeug der Junkerswerke „G 38“ hat gestern nachmittags auf dem Flugplatz Le Bourget vor zahlreichen Zuschauern den Luftfahrtschauflüge veranstaltet. U. a. wählte der Generaldirektor des Luftfahrtministeriums der Veranstaltung bei.

### Erläuterungen zum Reichsbanktausch.

Berlin. Nach dem Kundweis der Reichsbank vom 14. Juni hat sich in der zweiten Juni-Woche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Reichsmark und Schecks, Lombards und Effekten um 171,8 Millionen auf 1009,9 Millionen Reichsmark verringert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 248,8 Millionen auf 1549,8 Millionen Reichsmark und die Lombardbestände um 12,0 Millionen auf 55,1 Millionen abgenommen. Bestände an Reichsschatzwechseln, die am Ende der Vorwoche 10,9 Millionen RM betragen hatten, sind nicht mehr vorhanden.

An Reichsbanknoten und Rentenbankfaktoren zusammen sind 295,5 Millionen RM in die Kassen der Bank zurückgefließen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 298,9 Millionen RM, auf 4.278,8 Millionen RM, der Umlauf an Rentenbankfaktoren um 1,8 Millionen auf 228,6 Millionen RM verringert. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankfaktoren auf 50,7 Millionen RM erhöht. Die fremden Gelder setzen mit 687,4 Millionen RM eine Zunahme um 88,5 Millionen Reichsmark. Die Bestände an Gold und dekungsfähigen Devisen haben sich um 42,5 Millionen auf 3041,0 Millionen Reichsmark erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 6000 RM, auf 2018,8 Millionen RM, und die Bestände an dekungsfähigen Devisen um 42,5 Millionen auf 422,9 Millionen RM zugenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 57,8 Prozent in der Vorwoche auf 61,2 Prozent, diejenige durch Gold und dekungsfähige Devisen von 65,6 Prozent auf 71,1 Prozent.

### Der Reichsbund des Textilhandels zur wirtschaftlichen Lage.

Bremen. Der Reichsbund des Textilhandels hielt am Dienstag eine öffentliche Mitteilerversammlung ab, an der Vertreter der Kleinhandelskammer, der Gewerkschaften, der Industrie- und Handelskammer Berlin und der Hauptgemeinschaft des Handels teilnahmen. Zur wirtschaftlichen Lage wurde im Verlaufe der Tagung eine Entschärfung angenommen, in der u. a. zur Wiederankurbelung der Wirtschaft eine allgemeine Senkung der Preise in Verbindung mit einer grundsätzlichen Umstellung der deutschen Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik gefordert wird.

### Die Vertagung des polnischen Senats.

Warschau. (Funkpruch.) Die bereits gemeldete Vertagung des Staatspräsidenten, wonach die Senatssession um 30 Tage vertagt ist, ist noch während der Nacht dem Senatmarschall Szymanski durch den Rechtsbeirat des Ministerpräsidenten überreicht worden.

Der „Kurier Warszawski“ nennt diese Vertagung eine Ueberrückung, da man in politischen Kreisen damit gerechnet hätte, daß das polnische Oberhaus einige vom Seim angenommene Gesetze, vor allem Gesetze über die Ratifizierung internationaler Übereinkommen, werde erledigen können.

Die unabhängigen Seimfraktionen sollen beschließen haben, heute eine gemeinsame Erklärung abzugeben, in der die politische und wirtschaftliche Lage des Landes sowie die Notwendigkeit der Sanierung dargelegt werden sollen.

### Major Babit über seine Ausweisung und die Politik der Heimwehren.

Rom. Major Babit, der Sonntag in Venedig eingetroffen ist, erklärte am Dienstag italienischen Pressevertretern gegenüber, daß er in besten Beziehungen zu Schuber stehe. Die neue Haltung des Bundeskanzlers könne aber vielleicht mit seinem Wunsch zusammen, den Sozialisten entgegenzukommen. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß seine Ausweisung, Ausweisung auf diese parlamentarische Zeit zurückzuführen sei. Die Heimwehren seien jetzt befreit, sich an der amtlichen Politik zu beteiligen, um so mehr als die Ereignisse der Notwendigkeit hienieden hätten, daß die Heimwehren ihren Willen in die Waagschale werfen. Die Heimwehren seien gezwungen einen Weg zu suchen, um ihren eigenen politischen Willen direkt im Parlament zu vertreten, insbesondere nach der Reform der österreichischen Verfassung, nachdem die ursprünglichen Pläne Schubers, die sich an die parlamentarische, verfassungsrechtliche Überlegung anlehnten und mit Zweidrittelmehrheit hätten angenommen werden müssen, nicht die nötige Mehrheit finden konnten, da die Sozialisten über mehr als ein Drittel verfügten.

### Zusammenbruch einer französischen Versicherungsgesellschaft.

Paris. Grobes Unheil ergab in Pariser Finanzkreisen die Verfaßung eines Generalrats und die Auflösung einer großen Versicherungsgesellschaft, wobei, dem ein Versicherungsbetrieb von über 30 Millionen Franken vorgeworfen wird. Boulet hatte vor einigen Jahren eine eigene Versicherungsgesellschaft gegründet, die die Banden gegen Unwetterrisiko versicherte. Im Jahre 1929 erhöhte er das Kapital seiner Gesellschaft auf 30 Millionen Franken und ließ die Wapier an der Pariser Börse für 700 Franken handeln. Die Kapitalerhöhung wurde durch Vermittlung einer deutschen Bank ermöglicht, die den Verkauf von Aktien in Deutschland übernommen hatte. Bereits Anfang des Jahres machten sich bei der Gesellschaft Zahlungsschwierigkeiten bemerkbar, die dann im Juni zur Bankrotterklärung führten. Den größten Verlust erleiden die versicherten Landwirte, die sämtlich ihrer bisher bezahlten Beiträge verlustig gehen.

### Das Notopfer im Reichsrat abgelehnt.

Berlin. (Funkpruch.) Die Ausschüsse des Reichsrates beschäftigten sich am Montag, Dienstag und Mittwoch mit den Deckungsvorlagen der Reichsregierung. In der Aussprache ergab sich, daß das Notopfer — auch der preussische Abänderungsantrag — keine Mehrheit im Reichsrat finden würde.

### Bereits heute abend Kabinettsitzung.

Berlin. (Funkpruch.) Die für morgen in Aussicht genommene Kabinettsitzung wird bereits heute abend stattfinden.

Berlin. (Funkpruch.) Die Moldanow-Krise entwickelte sich recht glimpflich. Der Reichsfinanzminister ist bereits in den ersten Mittagsstunden beim Reichskanzler gewesen, um ihm seine Rücktrittsabsichten mitzuteilen. Der Kanzler hat darauf die für morgen in Aussicht genommene Kabinettsitzung bereits auf heute nachmittags einberufen.

### Die Wirtschaftspartei für ein Arbeitspflichtgesetz.

Berlin. (Funkpruch.) Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat einen Antrag auf Einführung eines Arbeitsdienstgesetzes und zur Verbesserung der Arbeitslosenfrage eingebracht. Der Entwurf umfaßt 24 Paragraphen. Die Arbeitsdienstpflicht soll die deutsche Jugend zur freiwilligen Unterordnung gegenüber dem Wohl der Allgemeinheit und zur Arbeit und Pflichterfüllung erziehen. Dies soll neue Arbeitsmöglichkeiten erschließen, in dringenden Fällen die Bereitstellung freiwilliger Arbeitskräfte.

### Zentrum und Deckungsvorlägen.

Berlin. Die Zentrumsfraktion des Reichstages wird zu den Deckungsvorlägen der Reichsregierung, insbesondere zur Frage des Notopfers, erst Stellung nehmen, wenn die Beschlüsse des Reichsrates vorliegen, was frühestens Anfang nächster Woche der Fall sein dürfte.

### Tschangsha wieder zurückerobert.

London, 18. Juni. Die aus Tientsin gemeldet wird, haben die Regierungstruppen gestern die in die Hände der kommunistischen „Eisenrippen“ gefallene Stadt Tschangsha (Proving Honan) wieder zurückerobert.

### Grubenunglück in Oberschlesien.

Drei Tote.

Berlin, 18. Juni.

Auf der „Graf-Franz“-Kohlengrube bei J m a n n e l s e g g e n, die zum Fürst Pischke Besitz gehört, brachen große Wassermengen durch und übersetzten eine Teilstrecke. Drei Bergarbeiter, die vom Wasser durchströmt überrollt wurden, konnten sich nicht mehr rechtzeitig retten und ertranken.

### Zwei Kinder in der Elbe ertrunken.

Witona. (Funkpruch.) Zwei Geschwister im Alter von 10 und 11 Jahren, die mit ihrer Mutter am Döberener Elbstrand spazieren gingen, verunglückten bei Niedrigwasser an einem Wellenbrecher zu laufen, als sie plötzlich vor den Augen der Mutter veranken und nicht wieder auftauchten. Wahrscheinlich sind die Kinder in eine Vertiefung geraten. Ihre Leichen konnten bisher noch nicht geborgen werden.

### Die werteschöpfende Arbeitslosenfürsorge in Sachsen.

Wichtiges unzureichendes Mittel für 1930.

BR. Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes Sachsen beriet gestern in seiner letzten Sitzung das Programm für die werteschöpfende Arbeitslosenfürsorge für das Rechnungsjahr 1930. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß das für den Bereich des Landesarbeitsamtes Sachsen schlüsselmäßig angestellte Kontingent an Reichsmitteln für die werteschöpfende Arbeitslosenfürsorge angesichts der unerträglichen Notlage des sächsischen Arbeitsmarktes völlig unzureichend sei. Es soll auf eine wissenschaftliche Erhebung der Reichsmittel hingewirkt werden. Ramentisch erwartet man, daß die als Notstandsarbeit geplante Wasserwerkverförmung Mittelachsen als besondere Notstandsmaßnahme betrachtet und die hierfür bereit gestellten Mittel als Zuschlag zu dem für Sachsen in Frage kommenden Anteil bewilligt werden. Ferner wurde unter Hinweis auf die durch die hohen Kosten der Arsen- und Kupfererzenergie immer bedenklicher werdende Lage der sächsischen Gemeinden und Bezirksverbände deren Entlastung durch geistliche oder personelle Ausdehnung der Arsenfürsorge unter Übernahme des sogen. Gemeindefinanzanteils auf das Reich gefordert.

### Neuer Trichter in Wienburg.

Wienburg. Auf einem zur Domäne Wienburg gehörenden Wiesfeld an der Fuhrermühle ist ein neuer Trichter von etwa zwei Meter Durchmesser und drei Meter Tiefe entstanden. Der Trichter füllte sich sofort mit Wasser. Der Trichter bildete sich zu einer Zeit, als auf der Wiese gerade gemäht wurde. Die Pferde, die die Mähmaschine zogen, bemerkten die Gefahr rechtzeitig und bogen aus. Dadurch ist ein Unglück vermieden worden.

Das gefährdete Bahngelände, insbesondere die Grauhöfer Allee mit dem großen Krater, wurde durch Präsident Friele von der Reichsbahndirektion Magdeburg besichtigt. Er ordnete an, daß das wieder abgeflaute und in den Krater hineingehende neue Baugleis abgetrennt und zum Abzug gebracht wird, damit bei den Stillarbeiten eine Gefahr für die Arbeiter nach Möglichkeit ausgeschlossen wird.

Die Ransfelder Angelegenheit gegen Gehaltsabbau. Die Ransfelder Angelegenheit ist ein Beispiel für die Werteschöpfende Arbeitslosenfürsorge. Die Ransfelder Angelegenheit ist ein Beispiel für die Werteschöpfende Arbeitslosenfürsorge. Die Ransfelder Angelegenheit ist ein Beispiel für die Werteschöpfende Arbeitslosenfürsorge.

### Seite Funkpruch-Verbindungen und Telegramme

vom 18. Juni 1930.

### Verhandlungen gegen Vertagung des deutsch-polnischen Roggenabkommens.

Berlin. (Funkpruch.) Die Verhandlungen gegen Vertagung des deutsch-polnischen Roggenabkommens vom 30. Juli 1929 ablaufenden deutsch-polnischen Roggenabkommens sollen, wie aus einer Quelle verlautet, am Montag, den 23. Juni, in Warschau aufgenommen werden.

### Verteilungsvorlesung über die Liquidation des Rhein-Wineriesums.

Berlin. (Funkpruch.) Heute nachmittags 4.30 Uhr findet im Reichstag eine Verteilungsvorlesung über das Ministerium für die besetzten Gebiete statt.

### Gut abgekauft.

Aufmerksamkeit von zwei Finanzagenten über der Office. In der Nacht vom Montag vormittag sieben zwei Eindecker bei einem Übungsflug über der Office zusammen. Das Flugzeug D 1404 floh von hinten auf die Maschine F 1346 auf. D. 1346 konnte, obwohl die Maschine mehr beschädigt wurde, noch auf dem Wasser landen, während D 1404 abstürzte und sank. Die Insassen konnten sich retten.

### Grandi aus Wien abgereist.

Wien. (Funkpruch.) Der italienische Außenminister Grandi ist heute nachmittags nach Rom abgereist.

### Wieder ein Todesopfer in Südb.

Wien. In der letzten Nacht ist wiederum ein Opfer mit dem Tuberkulose-Präparat gefütterten und erkrankten Säuglingen gestorben. Dadurch erhöht sich die Todesliste auf 43. Kranke sind noch 85 Säuglinge, gestorben 48, gesund bzw. in ärztlicher Beobachtung sind 72.

### Versuch zur Forderung eines deutschen Panzerkreuzers bei Scapa Flow.

London. Dalls Wall zufolge wird heute ein neuer Versuch unternommen werden, den in Scapa Flow am 21. Juni 1919 versenkten deutschen Panzerkreuzer „Seydlitz“ zu heben. Ein Hebungsvorhaben war bereits im Jahre 1926 gemacht worden, war aber gescheitert; damit war seinerzeit der Betrag von 30 000 Pfund Sterling und die 6monatige Arbeit von 200 Mann verloren gegangen.

### Die Dauerhaftigkeit im englischen Unterhaus.

London. (Funkpruch.) Nach 20stündiger Sitzung hat das Unterhaus die allgemeine Aussprache über die zweite von den noch nicht zur Abstimmung gelangten 10 Klauseln des Währungsrechts begonnen. Sowohl die zweite als die dritte Klausel des Währungsrechts sind bis zum 3. Klausel des Währungsrechts gekommen.

### Das Ende einer Kinderprojektion.

2000 Kinder bewacht. Paris. Nach einer Meldung des „Journal“ aus Barcelona sind bei einer religiösen Kinderprojektion 2000 Kinder infolge Sonnenstichs bewußtlos geworden und haben ärztliche Hilfe erhalten müssen. Der Zustand von neun Kindern soll hoffnungslos sein.

Wettrennen mit dem neuen amerikanischen Seestrich. New York. (Funkpruch.) Um die gewaltigen Seestrichaufschläge zu ersparen, die das Sinken des neuen Seestriches mit sich bringt, haben viele Schiffe mit hoher Geschwindigkeit nach Witternacht die Bestimmungen abzuwarten gesucht. Zu den Schiffen, denen dies gelüftet ist, gehört auch der große englische Dampfer „Clumpic“, der nach rechts im hiesigen Hafen einläuft.

### Elbbad: Wasserwärme 22° C.

### Wasser und Gesundheit.

Das Wasser spielt mit die wichtigste Rolle im Gange des menschlichen Körpers. Besetzt unser Körper doch zu 90 Prozent aus Wasser, und ebenso die meisten unserer wichtigsten Nahrungsmittel: Ei und Fleisch zu 70 Prozent, die Kartoffel zu 75 Prozent, Fisch zu 80 Prozent und Obst und Gemüse gar zu 85 Prozent. Deshalb können wir auch das Dursten viel weniger ertragen als das Hungern, und den Hunger kann man viel länger aushalten, wenn man wenigstens Wasser zum Trinken hat. Außer zu Genußzwecken ist und aber das Wasser auch in äußerlicher Anwendung unentbehrlich. Ein gewaltiger Fieber ist es, der heute die großen Massen in den Strandbädern verammelt; in Gefahr von Heißhädern und allerlei amerikanischen Anwendungen brauchen wir das Wasser ferner, als Heilmittel. Man rechnet im Durchschnitt mit einem täglichen Verbrauch von 100 bis 150 Litern Wasser auf den Kopf der Bevölkerung. Man genügt, um auch kleine Gefäßverengungen sich häufen zu lassen.

Es kommen in der Tat vielfach übertragbare Krankheiten durch den Genuß nicht einwandfreien Wassers zustande, und da heute in den Städten sehr viele Menschen aus ein und derselben Wasserquelle versorgt werden, nehmen solche Krankheiten nicht selten epidemischen Charakter an. In erster Linie denken wir hier an die Typhusepidemien, die in den letzten Jahren in den verschiedensten Orten aufgetreten sind. Es muß daher verhütet werden, daß menschliche Abgangstoffe irgendwelcher Art in das Trink- und Brauchwasser gelangen können. Da es sich bei den hier in Frage stehenden Krankheiten gewöhnlich um Erkrankungen der Verdauungsorgane handelt, wie bei Typhus und Cholera, muß auf alle Weise angestrebt werden, daß die Darmauscheidungen sicher von der Wasserentnahmestelle ferngehalten werden. Wo Grundwasser durch Brunnen, sei es zum Einzelgebrauch oder zur Speisung einer großen Wasserleitungsanlage verwendet wird, dürfen keine Abortgruben in der Nähe dieser Brunnen sein. Auch die dichtesten Wände solcher Gruben werden mit der Zeit porös durch die zerstörende Wirkung der Kohlensäure und lassen den Inhalt mit samt den Bakterien durchsickern. Eine solche Gefahr besteht nicht nur, wenn notorisch typhuskrante Anwohner vorhanden sind, es gibt auch eine große Zahl von Menschen, die ohne selbst krank zu sein, Typhusbakterien dauernd in sich heherbergen und ausscheiden und dadurch andere anstecken können. Diese Gefahr wird dadurch noch erhöht, daß diese sogen. Dauerausseiderer vielfach unbekannt sind. Deshalb muß ganz allgemein die Vorberung gestellt werden, daß alle Abortgruben aus der Nähe von Wasserentnahmestellen verbannt werden.

Jedes Wasser, das nicht aus der Tiefe der Erde kommt, sondern kürzere oder längere Zeit an der Oberfläche geblieben ist, ist verdächtig. Auch brauchen wir bei Wanderungen das Wasser direkt nur da trinken, wo es als Quelle aus dem Boden sprudelt, nicht aus offen stehenden Bächen. Dieselbe Rücksicht müssen wir auf unser Bade- und Brauchwasser nehmen. Deshalb muß streng vermieden werden, daß Abortgruben Ueberläufe haben, die in Bäche oder Ränale geleitet werden, ohne daß das Abwasser vorher geklärt und gereinigt wird.



# Tagung des sächsischen Gastwirtsverbandes.

18. 6. 30. Der sächsische Gastwirtsverband hält am 18. in Riesa seine 44. Jahresversammlung ab: sie wurde eröffnet durch den Vorsitzenden des Verbandes, Herr Dr. Richter, der Vertreter des Deutschen Gastwirtsverbandes, Herrmann-Berlin überbrachte die Grüße des Gesamtverbandes.

Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß unter der allgemeinen schweren wirtschaftlichen Lage auch das Gastwirtsvergehen schwer zu leiden gehabt habe. Der Reiseverkehr habe ganz bedeutend nachgelassen und die Wanderer transportierten ihre Verpflegung meist selbst im Rucksack. Dabei lasteten große Steuer- und Abgaben schwer auf dem Gewerbe und der Gaststätteninhaber müsse ohne Rücksicht auf den Fremdenverkehr sein Personal beibehalten. Am schwersten betroffen seien die Saloonbetriebe. Besonders aktuell sei die Frage der Erhöhung der Reichsbiersteuer und die Einführung der Gemeindegetränksteuer. Der Deutsche Gastwirtsverband habe eine Gegenaktion eingeleitet. Die Grenzverhältnisse mühten einsehend beachtet werden. Der heikelste Kampf habe aber noch nicht erreicht, daß die Steuer in der beschlagnahmten Höhe erlassen wurde. Die Stadtverwaltungen wollten wieder mehr mit dem Gedanken, eine Gemeindegetränksteuer einzuführen. Im Berichtsjahre sei auch eine Erhöhung der Branntweinsteuer eingetreten. Die Verbände forderten die Aufhebung der Auswertungssteuer, die sich besonders bei den Betrieben auswirke, die in großer Notlage seien. Die Saalbesitzer hätten besonders schwer unter dieser Abgabe zu leiden. Der Geschäftsbericht bezeichnet das Gastwirtsvergehen als völlig überflüssig. Der Verband stelle sich ebenfalls gegen den Alkoholkonsum, das Gastwirtsvergehen aber sei eine Anbahnung, die der Erhaltung der Gesundheit diene. Bei der Erteilung der Konzession dürfe allein der Bedürfnisnachweis maßgebend sein. Bedauerlicherweise würden immer neue Verordnungen erlassen. Die Arbeitslosenversicherung ließe an einer Überbeanspruchung. Beiträge und Leistungen hängen in keinem richtigen Verhältnis. Der Bericht schließt mit der Feststellung, daß das abgelaufene Geschäftsjahr ein Großkampfsjahr war. — In der Einigkeit der Gastwirte liege die Kampfkraft.

Schlagmeister Dunke erstattete den Rassenbericht, worauf der Gesamtverband entlastet wurde. Ueber die Bestimmungen und Anwendung des Urheberrechts bei musikalischen Aufführungen in Gastwirtschaften sprach Sponthius Dr. Realer.

Eine lebhafteste Aussprache riefen von den einzelnen Ortsgruppen eingebrachten Anträge hervor.

## Tagung der Färbereien und Wäschmanufakturen.

Dresden. Am vergangenen Sonntag und Sonntag hielt der Reichsverband der Deutschen Färbereien und chemischen Wäschmanufakturen in Dresden seine 28. Hauptversammlung ab, ihr ging eine Vorstandssitzung und ein Begründungstag im Beisein der Gäste voraus. Die Verhandlungen waren rein interner Natur und boten nichts der Öffentlichkeit Interessierendes. Im Mittelpunkt einer vielständigen Aussprache standen die Erhebung günstiger Betriebsverhältnisse, die Klärung technischer Fragen, die Einführung von Betriebsverbesserungen sowie die Ermittlung günstiger Bezugsquellen. Am Sonntag abend vereinigten sich die Tagungsteilnehmer zu einem Festbankett in der Ausstellung. Der Verbandsvorsitzende, Heinrich Bergmann-Berlin, begrüßte die zahlreichen Gäste und Ehrenmitglieder. Der Vorstand sprach Stadtrat Dr. Reuber, Konsul Wiedemann trug einen von ihm verfassten humorvollen Voloq vor. Mitglieder der Dresdner Staatsoper bereicherten den Abend durch gesungene und Tanzdarbietungen. Der Montag führte die Kongreßteilnehmer nach der Sächsischen Schweiz, später nach Meißen und Moritzburg.

## Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 18. Juni 1930.

Die 17. Tagung des sächsischen Verbandes selbständiger Messerschmiede- und Schleifermesser imber vom 28. bis 30. Juni in Freiberg i. Sa. hat. Dieser in Sachen weitverzweigt und gut organisierte Verband erledigt in einer reichen Tagesordnung wichtige Berufsfragen. Die Messerschmiede- und Schleifermesser, die hier tagen, sind nicht zu verwechseln mit den sogenannten Karrenschleifern der Straße: sie bilden ein auf Jahrhunderte zurückreichendes ehrbares, lebhaftes Handwerk.

Hochfrequenz-Heilgeräte. Von Seiten der Ärzte mit Hochfrequenz-Heilgeräten wird sehr gern der Einbau eines Störchubes in ihr Gerät die Heilwirkung beeinträchtigt. Die Reichsverbandsgesellschaft gibt bekannt, daß von zwei namhaften Herren der Medizin, unabhängig voneinander, Prüfungen durchgeführt worden sind, welche das Ergebnis hatten, daß die Verwendung eines Störchubes bei Hochfrequenz-Heilgeräten keine Beeinträchtigung der Heilwirkung hat, daß sogar in manchen Fällen durch Anbringung des Störchubes eine Verbesserung der Heilwirkung erzielt worden ist. Diese Feststellung ist für die Rundfunkübertragung von größter Bedeutung, da bekanntlich der weitest große Teil der Rundfunkübertragungen durch Hochfrequenz-Heilgeräte verursacht wird. Die Ärzte können jetzt keinen Einwand mehr vorbringen, welcher die Anwendung eines Störchubes zurückweist. Die beiden Herren der Medizin stehen erforderlichenfalls in Rundfunkprozessen, welche sich auf Hochfrequenz-Heilgeräte beziehen, als Sachverständige zur Verfügung, um auf Aufforderung der Gerichte Gutachten abzugeben.

Wissensarbeit im Baugewerbe. Das Ministerium des Innern macht bekannt: Bereits im Jahre 1925 hat das Ministerium des Innern Gelegenheit genommen, vor Blau- und Schwarzarbeitern im Baugewerbe zu warnen. Da dem Ministerium des Innern erneut Klagen hierüber zugegangen sind, wird die Verordnung vom 12. Febr. 1925 in Erinnerung gebracht und weiter auf folgendes hingewiesen. Viele Bauarbeiten werden von den Bauherren ohne Hinzuziehung des sachlich gekulten Bauhandwerks ausgeführt. Ob bei solchen Bauausführungen in jedem Einzelfalle die Bestimmungen des Allgemeinen Baugesetzes und der Ortsbauordnungen eingehalten und die allgemein gültigen Vorschriften über die Anmeldung der Beschäftigten zur Krankenkasse, zur Arbeitslosenversicherung und Invalidenversicherung befolgt werden, ist nicht sicher. Bei Unterlassung der Anmeldung hatten die Bauherren persönlich für die Folgen eines Unfalls und legen sich in Gefahr aus, einen bei solchen Arbeiten Verletzten schadlos halten und ihm gegebenenfalls eine lebenslängliche Rente zahlen zu müssen. Auch bei Vergebung von Bauarbeiten an Schwarzwärker ist genau zu prüfen, ob diese ihr Gewerbe ordnungsmäßig ausgeübt haben, da andernfalls für die Bauherren die gleichen Gefahren entstehen können. — Auf die Möglichkeit der Zurückweisung von Bauleitern und Bauausführenden, die einen Bau nicht gewerksmäßig ausführen, durch die Baupolizeibehörde, nach § 151 des Allgemeinen Baugesetzes wird ausdrücklich nochmals hingewiesen.

Streichen und Wasser. Es ist zwar ein alter

Wahrungssatz, daß nach dem Genuß von Sirchen kein Wasser getrunken werden soll, trotzdem ist es aber notwendig, während auf die Gefahr des Wassergenusses nach Sirchen hinzuweisen. Die Wirkung kann eine lebensgefährliche sein, wenn man Sirchen in größerer Menge ab. Die Früchte, deren Wassergehalt schon ein hoher ist, quellen durch das hinzukommende Wasser fast auf und führen zu schweren Krämpfen im Magen-Darmkanal, die zum Tode führen können. Eine schwere Erbrung der Gesundheit ist oder sonst die Folge. Viele haben aber zu entgegengesetztem, daß sie nie Rücksicht darauf genommen haben, und daß nichts geschah. Das mag vielleicht für hundert Fälle zutreffen. Einmal kann die Katastrophe aber doch eintreten, und weshalb soll man sich in Gefahr begeben, wenn es nicht nötig ist. Es ist doch Tatsache, „wer sich in Gefahr begeben, kommt darin um.“ Im Sommer wird es sich empfehlen, jeder Erleichterung der Gesundheit einfach dadurch zu begegnen, daß man kalten Tee oder Kaffee dem Wasser vorzieht und die besonders nach Obstgenuß auftretenden Durchfälle damit stillt.

31 000 Fälle beim Friedensrichter. Eine vom Justizministerium geleitete berufliche Untersuchung über die sehr wertvolle Tätigkeit der Friedensrichter läßt erkennen, daß von den 1291 in den 7 Landgerichtsbezirken Sachsen tätigen Friedensrichtern insgesamt 30 462 Straftaten und 875 bürgerlich-rechtliche Streitfragen im vergangenen Jahre behandelt worden sind. Von den 30 462 strafrechtlichen Sachen waren in 25 157 Fällen beide Parteien erschienen, d. i. in 82,6 v. H. aller Fälle. Davon konnte in 14 082 Fällen (56 v. H.) mit den Parteien ein Vergleich geschlossen werden. Bei den bürgerlich-rechtlichen Streitigkeiten ist die Zahl der Fälle, in denen beide Parteien erschienen sind, zwar geringer; sie beträgt hier nur 75,8 v. H. Jedoch ist hier die Zahl der durch Vergleich erledigten Sachen eine höhere, sie beträgt 51 v. H. aller bürgerlich-rechtlichen Streitigkeiten überhaupt. Aus diesen Zahlen wird die legendäre Tätigkeit der Friedensrichter deutlich erkennbar.

Chemnitz. Selbstmord eines Schülers. In einem Hause in der Nordvorstadt hat sich ein 18 Jahre alter Oberrealschüler erschossen. Der Grund zu dem Selbstmord ist unbekannt.

Chemnitz. 20 Diebstähle aufgeklärt. Festgenommen und der Staatsanwaltschaft angeklagt wurden zwei hier wohnhafte ledige Frauenspersonen im Alter von 20 und 25 Jahren, die in letzter Zeit in etwa 20 Fällen Diebstähle in hiesigen Geschäftsbüroen angeklagt hatten, wobei ihnen Sachen, wie goldene Uhren, Armbänder, Kleider, Wäsche u. a. m. im Gesamtwerte von etwa 875 RM. in die Hände gefallen waren. Das Diebesgut, das bereits zum größten Teil verpfändet worden war, konnte fast alles herbeigeführt und den Bestohlenen zurückgegeben werden.

Chemnitz. In der Garage tödlich verunglückt. Am Montagabend fand man in einer Garage auf der Hauptstraße einen 22 Jahre alten Kraftwagenfahrer tot auf. Er hat wahrscheinlich beim Ausprobieren des Motors durch Benzinsogale den Tod gefunden.

Chemnitz. 700 000 Mark Darlehen für Siedlungszwecke. Zum Zwecke der Beschaffung 2 Hypotheken für Siedlungsgenossenschaften erucht der Rat die Stadtverordneten, der Aufnahme eines Darlehens bei der Landesbankkreditanstalt in Dresden in Höhe von 700 000 Reichsmark zu den bereits mitgeteilten Bedingungen zuzustimmen.

Annaberg. Verbandstagung des Verbandes selbständiger Deutscher Färbereier. Die Tagung fand am vergangenen Sonntag und Sonntag in der alten Färbereierstadt Annaberg statt. Am Sonntag wurde eine engere Vorstandssitzung abgehalten und am Abend traf man sich zu einem ergebnisreichen Abend. Der Sonntag galt der ersten Arbeit. In der vormittags 9 Uhr beginnenden Verbandstagung erstattete der Verbandsvorsitzende, Haffelweber, einen Bericht über die Tätigkeit des Verbandes im verflochtenen Jahre. Die sich anschließende Referenz des Vorsitzenden befaßte sich im wesentlichen mit der großen Not des Deutschen Färbereiergewerbes, die in der Woderrichtung ihre Ursache habe. Der Verband will deshalb insbesondere an die Architekten herantreten, um diese dafür zu gewinnen, in der Ausstattung und Einrichtung der Räume mehr als bisher Färbereier zu verwenden. Gleichseitig sind Verhandlungen mit dem französischen und österreichischen Färbereierverband angestrebt worden, um in einem gemeinsamen Vorgehen zu versuchen, die Verwendung von Färbereier im Wohnungsbau wie auch in der Kleidermode wieder durchzuführen. Die Tagung fand ihren Abschluß mit Ausschließen der Teilnehmer, die aus allen Teilen Deutschlands nach Annaberg gekommen waren, in die nähere Umgebung der Stadt.

Annaberg. Aus dem Stadtparlament. Der in der letzten Sitzung der Stadtverordneten mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der SPD, und der KPD, abgelehnte Haushaltplan wurde neuerlich wiederum nach einem Vermittlungsvorschlag durchberaten. Schließlich wurde er mit den Stimmen der SPD, und der Bürgerlichen gegen die Stimmen der KPD, und Nationalsozialisten angenommen. — Die eingangs der Amtierungsperiode der Stadtverordneten auf Antrag der Nationalsozialisten abgelehnten Aufwandsentscheidungen wurden wieder eingeführt, jedoch als die Annaberg Stadtverordneten wieder ihre Diäten in alter Höhe beziehen. Der Haushaltplan wird hierdurch um weitere 12 000 RM. belastet, jedoch er mit etwa 34 000 RM. Defizit abschließt. — In der nichtöffentlichen Sitzung erklärte der Stadtverordnete König seinen Austritt aus der nationalsozialistischen Fraktion.

## Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin am 18. Juni 1930.

Getreide und Delsaaten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark.		Waps	
Weizen, märkischer	—	per Mai	153,00—164,00
per Juli	298,50—298,00	per Juli	170,50—168,00
per September	293,00	per September	174,00—170,50
per Oktober	284,00	per Oktober	175,00—172,00
Tendenz:	fest	Tendenz:	matt
roggen, märkischer	172,00—177,00	Weis, rumänischer	—
per Mai	—	Weis, Blata	—
per Juli	174,00—173,00	Tendenz:	—
per September	177,00—176,50	Weizenmehl per 100 kg, frei	—
per Oktober	177,50—178,00	Berlin, bz. incl. Sad (feinste	84,00—42,50
Tendenz:	ruhig	Marken über Rogg)	—
Gerste/Bran	167—182	Roggenmehl per 100 kg	—
Futter- u. Industrie-Gerste	167—182	fr. Berlin bz. incl. Sad	21,25—24,25
Wintergerste	—	Weizenmehl frei Berlin	7,60—8,10
Tendenz:	stetig	Roggenmehl frei Berlin	7,75—8,00
		Weizenmehl-Relasse	—

Genau so wenig wie die Witterung hat sich die Stimmung am Produktenmarkt wesentlich geändert. Das Geschäft in Weizen alter Ernte geht nach wie vor in engen Grenzen, neuer Weizen ist in den Forderungen um 2-3 Mark fester gehalten, die Käufer befinden jedoch ziemlich starke Zurückhaltung. In altem Roggen halten die Stützungsstände an, ohne daß alles vorhandene Material aufgenommen wird. Neuzugewinn wird nur sehr mäßig offeriert. Die Nachfrage ist nicht groß. Am Viehmarkt konnten sich die Derbstücken für Weizen

Er begründet seinen Schritt mit der vielfach zwiespältigen Haltung der Fraktion in den Abstimmungen sowie in dem teilweise unwilligen Verhalten während der letzten Sitzung, wo sie geschlossen mitten in den Beratungen den gemeinsamen Auf „Deutschland erwache“ auktimmte.

Glauchau. Dreifacher Erpressungsversuch. Eine Fabrikbesitzerin hatte einen Erpresserbrief von der „Rote Hand von Chicago“ erhalten, mit der Aufforderung, 5000 RM. in einer wenig belebten Straße abzuliefern. Die Fabrikbesitzerin erklärte sich durch Anzeile in einer hiesigen Tageszeitung hieran bereit. Als zur festgesetzten Stunde die „Rote Hand von Chicago“ das Geld in Empfang nehmen wollte, wurde der Erpresser von der Polizei verhaftet. Er will aus Not gehandelt haben.

Merane. Das Meeraner Heimattest. Das seit zwei Jahren in Vorbereitung befindliche Meeraner Heimattest, das vom 5. bis 7. Juli stattfindet, wird sich großen Besuches erfreuen können, denn die Zahl der Anmeldungen heimattreuer Meeraner ist über Erwartungen stark. Die ersten Deutschamerikaner sind bereits eingetroffen. Die Feststadt wird einen einseitigen Schmuck bieten, vor allem durch alle improvisierten Stadttore. Es finden ferner Festspiele, Ausstellungen, Festsäle und ein großes Marktfest statt.

Bärenstein. Schwere Verkehrsunfall. Dieser Tage fuhr ein Gasthof „Königslust“ drei Motorräder aufeinander. Zwei hintereinander fahrende Motorräder wälzten in der Kurve ein vor ihnen fahrendes Auto überholen und kollidierten dabei mit einem entgegenkommenden Motorradfahrer. Sämtliche Räder wurden schwer demoliert. Von den gestürzten Motorradfahrern erlitten zwei leichtere und einer schwere Verletzungen, so daß sich keine Ueberlieferung ins Annaberg Krankenhaus notwendig machte.

Ehrenfriedersdorf. Streikworte auf Nationalsozialisten. Ein Trupp Nationalsozialisten aus Annaberg, die hier einer Verammlung bewohnten, wurden auf der Rückfahrt nach Annaberg von einem Lastauto heraus, in dem sich eine Anzahl Reichsbannerleute befanden, mit Steinen beworfen. Durch die Steinwürfe wurde ein völlig unbeweglicher Straßenpassant erheblich verletzt. Die sofort benachrichtigte Polizei hat den Führer des Reichsbannertrupps festgesetzt, so daß dem Verfall behördlicherseits nachzugehen werden kann.

Sinnwald. Schulleiter in Sinnwald. Die Schule in Sinnwald konnte am Sonntag die Feier ihres 200-jährigen Bestehens begehen. Die Schule in Sinnwald ist eine der ältesten im Erzgebirge überhaupt.

Glauchau. Ein einmarkiger Verkehrsunfall. Eine kleine Limousine war gestern abend vorwärtsmäßig vor der geschlossenen Schranke beim Strakenübergang am hiesigen Bahnhof stehen geblieben, um den Zug vorüber zu lassen. In diesem Moment kam in schnellem Tempo ein Reichsbannerauto angefahren. Das Ansehen der Bremsen nicht angeht der großen Schnelligkeit und der kurzen Entfernung nicht, das Auto fuhr mit voller Wucht auf die Limousine auf, drückte sie durch die Schranke und gegen den Zug, von dem sie ein Stück mitgeschleift wurde. Der einjährige Anlaß des kleinen Wagens wurde bei diesem eigenartigen Unfall aber nur leicht verletzt.

Delsnitz i. S. Wer hat hier die Schuld? Auf der Deinsfelder ist der Dachdecker Kurt Viertel aus Tirverdorf mit seinem Motorrad an vorübergehende junge Leute angestrichelt und zum Stürzen gekommen; er erlitt schwere Verletzungen. Drei junge Mädchen und zwei Mädchen wurden umgestoßen und mußten ebenfalls in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden.

Sirchberg i. Riesengebirge. Todesfall. Der bekannte sächsische Heimattichter Schulat a. D. Fedor Sommer ist im Alter von 65 Jahren gestorben.

## Politische Schlägereien.

Dresden. In Rössendorf kam es nach einer nationalsozialistischen Verammlung zu einem Zusammenstoß, als die Polizei die vor dem Verammlungsorte angekommenen mehreren hundert Kommunisten auseinanderreiben wollte. Dabei mußte mit dem Gummistock vorgegangen werden. Zwei Beamte trugen leichte Verletzungen davon. Von Dresden aus wurde von den bedrängten Beamten eine halbe Bereitschaft angefordert, nach deren Eintreffen wieder Ruhe eintrat auf dem Rückweg von dort wurde jedoch die Bereitschaft vor einem Gasthof in Hänichen mit Steinen beworfen. Auch später gab es noch einen Zusammenstoß zwischen einigen Nationalsozialisten und etwa 25 Radfahrern der KPD, die die einzeln nach Hause gehenden Verammlungsteilnehmer in der Nähe von Rössendorf überfielen. Im ganzen wurden fünf Personen festgenommen.

Dresden. Nachts wurden zwei Polizeibeamte von unbekannten Männern angegriffen. Einer der Beamten mußte sich die Angreifer mit gezogener Pistole vom Leibe halten.

Glauchau. In Reinholdshain fand eine nationalsozialistische Wahlverammlung statt. Da sich vor dem Gasthaus vereinzelt Kommunisten aufhielten, holten die Nationalsozialisten ihre Sturmabteilung zur Verstärkung heran. Dieser wurde beim Anrücken von den Kommunisten aufgelauert. Es entstand eine Schlägerei, in deren Verlauf der Kommunist Gerschel einen Lungenschuß erlitt, an dessen Folgen er im Krankenhaus starb. Außerdem wurden zwei Nationalsozialisten schwer verletzt, so daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

notz dem dem arbet unch  
Verte (trieb und Strich der s. un  
Selm mann rich 19  
Krauß h. un  
Satzl Markt  
Theob (Erfal Puba  
75 Jo ler an  
Sof obert h. 65  
Fahre ler, h. Frau  
Stad  
Kurt gold,  
D mit d  
Lehrer  
Thür der U  
Lutje  
D mit d  
h. d  
Ladfal  
blener  
Hohl,  
Marci  
Anna  
Franz  
balena  
Rante  
Die  
mir?  
Dh  
Friede  
er ra  
S  
mit  
S  
sch e  
nur  
De  
th d  
Berf  
—  
So  
Nann  
Guren  
Der  
gläub  
—  
S  
Gann  
und b  
erleb  
Ein  
hand  
H  
Bider  
—  
Sh  
ich geh  
Solle  
haben,  
mit a  
wem  
Dan  
Schrit  
Ing  
ben d  
die A  
Als B  
schmid  
tragen  
Berf  
bild.  
— so  
weiter  
—  
St  
Ihre  
Grube  
bedla



### Standesamts-Nachrichten

#### Standesamt Meiße I.

(Kirchle, Gemeinden Poppitz und Mergendorf.)

##### Geburten:

Ein Knabe; dem Kaufmannsgehilfen Erich Fährschgott Wendisch, h.; dem Schriftföher Franz Lautann, h.; dem Gärtner Richard Arthur Korf, h. Ein Mädchen; dem Fleischer Max Arno Algen, h.; dem Eisenwerksarbeiter Gustav Adolf Martin Tschiba, h. Außerdem zwei uneheliche Geburten.

##### Aufgebote:

Der Maschinist Curt Willy Grille in Krebs und die Verkäuferin Emma Anna Wilhelm in Poppitz; der Betriebsleiter Arthur Ernst Höltermann in Ennetach-Mengen und die Kontoristin Johanna Hildegard Max h.; der Steinarbeiter Max Erich Görne in Babel und die berufstlose Martha Erna Kriebel in Poppitz; der Deiler Carl Erich Seiffert, h. und die Flechtlerin Anna Kaczmarski, h.; der Studienassessor Richard Selmar Friedrich Bühlina, h. und die berufstlose Marianne Margarete Strödel, h.

##### Geschließungen:

Der Weber Robert Wöber, h. und die Minna Selma geschiedene Schumann verstorben gewesene Zimmermann geborene Kriebelmar, h.; der Geschäftsföher Friedrich Kurt Thalmann, h. und die berufstlose Bräutelelisa Franke in Seibitz; der Angestellte Gerhard Anton Pfaf, h. und die berufstlose Marie Anna Gertrud Jäger, h.; der Sattler Willi Wilsdorf in Maderau und die Aufwärterin Marie Dora Dommitzsch, h.; der Reichsbahninspektor Hans Theodor Leberrecht Beer, h. und die berufstlose Marie Elisabeth Kessel, h.; der Geschäftsföher Otto Arthur Kubach, h. und die berufstlose Emma Clara König, h.

##### Sterbefälle:

Der Maschinenführer im Ruhestand Richard Runge, h., 76 Jahre alt; der Zimmererlehrling Kurt Herbert Wölter aus Kreutz, 17 Jahre alt; die Rentnerin Hedwig Sofie geborene Glöckner, 69 Jahre alt, h.; der Eisenbahnbetriebsinspektor im Ruhestand Adolph Thomas Goldammer, h., 65 Jahre alt; der Arbeiter Otto Max Binkert, h., 40 Jahre alt; die Bäckermeisterstochter Lydia Bertha Striegler, h., 14 Tage alt; der Metzger Kurt Oskar Knoll aus Freureuth bei Weidau, 41 Jahre alt.

#### Standesamt Meiße II.

(Städtelle Gräba und Mergendorf, Landgemeinden Böbersen, Forstberge, Velsa und Pochra.)

##### Geburten:

Ein Knabe; dem Eisenwerksarbeiter Hermann Erich Kurt Wöhe, h.; dem Fleischermeister Paul Johannes Raubold, h. Außerdem zwei uneheliche Geburten.

##### Aufgebote:

Der Eisenwerksarbeiter Richard Heinrich Becker, h., mit der Hildegard Ehe Hopf, ohne Beruf, h.; der Lehrer Eugen Hermann Erich Unbehauen in Geiersthal, Thüringen, mit der Kontoristin Anna Elsa Weber, h.; der Dreher Karl Wilhelm Spödel, h., mit der Spülerin Luise Gertrud Müller, h.

##### Geschließungen:

Der Papierfabrikarbeiter Adolf Arthur Frieße, h., mit der Leigwarenfabrikarbeiterin Selma Elsa Drensga, h.; der Geschäftsföher Max Alfred Richter, h., mit der Ladefabrikarbeiterin Olga Hedwig Groß, h.; der Hotelbdiener Max Kurt Neumann, h., mit der Anna Gertrud Kohl, ohne Beruf, h.; der Papierfabrikarbeiter Franz Martin Wöber, h., mit der Leigwarenfabrikarbeiterin Anna Minna Martha Andrich, h.; der Lokomotivbeizer Franz Erich Frieße, h., mit der Arbeiterin Martha Magdalena Frieda Kuns, h.; der Zementarbeiter Paul Max Ramke, Borna, Amstb. Ohas, wohnhaft, mit der Leig-

warenfabrikarbeiterin Minna Emma Wöber, h.; der Papierfabrikarbeiter Ernst Alfred Böhm, h., mit der Gertrud Johanna Margareta Reich, ohne Beruf, h.; der Vollzeitschmied Gustav Herbert Scheuner, Leipzig, mit der Musiklehrerin Emma Dora Lube, h.; der Friseurgeschäftsinhaber Ernst Alfred Helm, h., mit der Martha Scholtz, ohne Beruf, h.; der Musiker Oswald Reinhold Obenaus, Algenau, mit der Frida Elsa Barm, Pochra; der Verwaltungsamwarter Otto Fris Friedrich, Strebla, mit der Martha Frida Barm, ohne Beruf, Pochra.

##### Sterbefälle:

Der Gärtnerlehrling Wilhelm Ernst Heide, h., 14 Jahre alt.

#### Standesamt Meiße III.

(Städtelle Weiba.)

##### Geburten:

Ein Sohn; dem Geschäftsföher Emil Rudolf Adler, wohnhaft in Rössen. Eine Tochter; dem Sattler Paul Antsch, h.; dem Elektromonteur Max Paul Jensch, h.

##### Aufgebote:

Der Klebenleger Carl Geyer, Dresden, mit der Händlerin Antonie Glabasnia, h.

##### Geschließungen:

Der Eisenwalzer Alois Stegauer, h., mit der Buchmacherin Wilba Vina Kleine, h.; der Schlosser Otto Herbert Kische, h., mit der Stenotypistin Martha Erna Rammitsch, h.

##### Sterbefälle:

Keine.

### Jahresbericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten.

Wie den Jahresberichten der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1929 nebst Jahresbericht des Oberbergamtes und der Bergämter zu entnehmen ist, sind alle für das Jahr 1929 gehegten Hoffnungen auf eine wirtschaftliche Belebung und Hebung von Handel und Gewerbe unerfüllt geblieben. In den Berichten der einzelnen Gewerbeaufsichtsämter finden sich nur ganz vereinzelt Hinweise auf zeitweilig etwas günstigere Geschäftsergebnisse. So ließ z. B. nach dem Chemnitzer Bericht der Geschäftsgang in der Verzugs- und Metallwarenfabrikation auffallend und schnell nach. In der Textil-, Spielwaren- und Schuherfertigung machte sich ein harter Rückgang fühlbar. In den Lohnverhältnissen (Blaugewerke) wurden infolge des andauernden Arbeitsmangels von etwa 2400 Webstühlen rund 400 abgebrochen. Die Hauptgewerbebezirke der sächsischen Lausitz, die Textilindustrie und die Kleiderfabriken, standen unter dem Zeichen zunehmender Arbeitslosigkeit, ebenso wie in allen sächsischen Bezirken die Steingewinnung. Vorübergehende Belebung des Geschäftsganges in einigen Spinnereien, Webereien,

in der Wirkwaren- und Trikotagenindustrie, die sogar zur Einlegung von Doppelschichten führte, war von unwesentlichem Einfluß auf die allgemeine Wirtschaftslage. Die in den Vorjahren noch einigermaßen ausreichend beschäftigt gewesenen vogtländischen Holz- und Baumwollspinnereien, Kleiderstoffwebereien und Ausstattungsanstalten mußten den Betrieb einschränken, zum Teil stilllegen. In den dort bevorzugt behelmerten Gardinen- und Lillwebereien, Spitzenfabriken und Spidereien sowie Teppichwebereien stockte das Geschäft. Die ehemals blühende vogtländische Musikinstrumentenindustrie kam auf ihrem Hauptabgabebiet, dem Weltmarkt, wegen zu hoher Beschäftigungskosten fast außer Wettbewerb.

Nicht immer war nur Auftragsmangel der Anlaß zu Betriebsbeschränkungen oder -einstellungen. Oft wurden solche Maßnahmen veranlaßt durch die immer stärker hervortretende Kapitalknappheit. Der kaum mehr mögliche Wettbewerb mit anderen, günstiger zur Rohstoff-erzeugung geeigneten Ungarn (Ruhgebiet, Westfalen) zwang bedeutende Firmen der Chemnitzer Maschinenindustrie, ihre Betriebe mit gleichartigen, nicht-sächsischen Großunternehmen zu vereinigen. Zahlreiche Firmen kamen auch wegen Untragbarkeit der Steuern und Soziallasten zum Erliegen, andere waren gezwungen, ihren Betrieb auf ein Minimum einzuschränken. Neben der allgemeinen Kapitalknappheit war der Eingang der Zahlungen für geleistete Ware sehr schleppend.

In der Gewerbeaufsicht waren während des Berichtsjahres im Durchschnitt 7 Außenbeamte, und zwar 14 Amtsvorstände (darunter 7 Oberämter), 16 Regierungsge-meinderäte und 1 Gewerbeassessor (als ständige wissenschaftliche Hilfsarbeiter), 5 Gewerbeverordnende und 41 mittlere Gewerbeaufsichtsbeamte tätig. In einer alle Erwartungen übertreffenden Weise ist die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsämter durch die große Zahl der seitraubenden Verhandlungen zur Abwendung angemeldeter Betriebsstilllegungen beanbrucht worden.

Im Berichtsjahr wurden in insgesamt 35 945 Betrieben (einschließlich Bäckereien, Konditoreien, Gast- und Schankwirtschaften) 42 104 Beschäftigten ausgestellt. In 766 Fällen erfolgte Bestrafung der Betriebsinhaber. Was die Zahl der gemeldeten Unfälle anbelangt, so hat diese gegenüber 1928 um 20% auf 7 678 abgenommen. Im Steintohlen-, Braunkohlen- und Erzbergbau wurden 9179 (1928 9166) Unfälle gemeldet, bei den Feinbrüchen, Kalkwerken, Tongruben usw. 182 gegenüber 197 im Jahre 1928.

Die einheitliche Erfassung der Unfälle wird nunmehr Gelegenheit geben, die Gefahrenherde sowohl in den einzelnen Aufsichtsbezirken wie auch im ganzen Lande zu ermitteln und auch festzustellen, bei welchen Betriebsrichtungen und -arten die Unfallhäufigkeit am stärksten einleihen muß, um bestehenden Gefahren weiterhin wirksam begegnen zu können.

### Das Selt der Gardereiter.

Dresden. Die Wiederkehr des alten Gardereiters, mit der die Feiertage zur Erinnerung an die vor 250 Jahren erfolgte Gründung des Gardereiter-Regiments verbunden war, begann am Sonnabend, unter überaus zahlreicher Beteiligung mit einem Festkommers im großen Saale der Ausstellung. Unter den Ehrengästen sah man den Generalen und Ministern a. D. Freiherrn von Reichenstein, Prinz Ulrich von Schönburg-Baldenburg, General der Kav. Freiherr v. Reichenstein, General Graf v. d. Schulenburg, Oberst a. D. Ebert a. a. M. Der Vorl. des Dresdner Ortsauschusses begrüßte, nachdem die Standarten ihren Einzug gehalten hatten, die zahlreichen alten Gardereiter, die Vertreter des sächsischen Militärvereinsbundes und die Abordnungen mehrerer Kavallerie-Regimenter. Die Festansprache hielt der letzte Kommandeur des Regiments Oberst a. D. Ebert. Der die Geschichte des Gardereiter-Regiments

### An unsere Postbezieher!

In diesen Tagen stehen die Postanstalten die Bezugsgelder für Lieferung des „Meißler Tageblattes“ im nächsten Monat ein. Wir bitten um pünktliche Bezahlung besonders zu achten, da nach dem 23. d. M. vom Postamt eine Sondergebühr für Verzögerung erhoben wird und außerdem mit einer Unterbrechung der „Tageblatt“-Lieferung beim Monatswechsel zu rechnen ist.

### Die vom „Rauhen Grund“.

Roman von Paul Grabein. Romanheft „Das“ Berlin, B. 30. 10. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Nun, guter Freund — wünschst du etwas von mir? Die Ruhe in Bertschs Ton verblüffte den langen Frieder. Sein Blick wurde unsicher. Trotzdem ließ er ruhig hervorkommen: „Sie sind das schuld, daß wir alleamt Not leiden mit Weib und Kind — wir vom Erbstollen.“ „So — vom Erbstollen seid ihr? Da habt ihr freilich eine schwere Zeit durchgemacht. Aber das ist ja nun vorbei.“ Der andere machte eine heftige Gebärde. „Wollte ihn der da auch noch verhöhnen? Doch da wiederholte Bertsch mit Nachdruck: „Jawohl — vorbei! Von morgen ab fährt jeder Mann wieder an im Erbstollen. Sagt das auch allen Euren Kameraden.“ Der lange Frieder starrte ihn an — finster, unglücklich. „Wie können Sie das wissen?“ „Es ist so. Wenn Sie heut nachmittag bei Steiger Hannschmidt nachfragt, wird er es Euch bestätigen. Und damit, den! Ich, ist Euch Anliegen an mich wohl erledigt.“ Ein scharfer Blick Bertschs streifte die verborgene Hand mit dem Messer. Ueber das Antlitz vor ihm fuhr es hin. In wildem Widerstreit. Da sagte Bertsch noch einmal: „Ihr scheint mir noch immer nicht zu glauben. Nun, ich gehe morgen in aller Frühe hier wieder diesen Weg. Sollte Euch meine Erklärung also nicht befriedigt haben, so habt Ihr Gelegenheit, Euch weiter mit mir auseinanderzusetzen. Ich denke, Ihr seht nun, mit wem Ihr zu tun habt.“ Damit tat er in ruhiger Entschlossenheit einen Schritt vorwärts. Und langsam trat der andere beiseite. Ungefährdet kam Bertsch so vorüber und dann drüben hin zum Rechenhause des Erbstollen. Hierhin war die Kunde von dem Geschehen bereits gedrungen. Als Bertsch in das Steigerzimmer eintrat, war Hannschmidt dabei, die paar Hobelstühle zusammenzutragen, die sein Eigentum waren. Er beantwortete Bertschs „Guten Tag“ nur mit einem düsteren Seitenblick. Kam der, um sich an seinem Triumph zu weiden — so sollte er sich verrechnet haben. Und er packte weiter an seinen Sachen, als ob niemand da wäre. „Sie haben wohl schon davon gehört, daß heute Ihre Gewerkschaftsammlung die Vereinerung Ihrer Grube mit der unsrigen unter meiner Betriebsleitung beschlossen hat?“

Wiederum keine Entgegnung. Ihm den Rücken sehend, schnürte der Notbart vielmehr an seinem Bündel. Da hörte er den neuen Herrn weiter sagen, ganz ruhig, als wäre nie das mindeste zwischen ihnen vorgefallen: „Ich möchte Sie übernehmen in meine Dienste.“ „Was — mich?“ Und Hannschmidt fuhr herum. „Jawohl — warum nicht?“ „Nun ich dacht“ — in dem Gesicht des Notbarts leuchtete es grünnig — „wie ich Ihnen mitgespielt hab.“ „Freilich, Sie haben es reichlich toll getrieben.“ „Nun also.“ Hannschmidts Miene verzog sich wieder in harter Feindseligkeit. „Da werden Sie wohl doch nicht erwarten von mir, daß ich mich Ihnen auskliefere — bloß zur Rache.“ Und er wollte schroff abwenden. Doch da legte sich ihm Bertschs Hand auf die Schulter. „Sie verkennen meine Absichten. Wir waren allerdings Feinde bis jetzt. Ehrliche Feinde. Aber warum sollen aus denen nicht ebenso ehrliche Freunde werden? Das war doch nicht das erste mal im Rauhen Grund. Und ich denke: Halten Sie erst einmal zu meiner Seite, dann gehen Sie auch mit mir durch Dick und Dünn — genau wie Sie's drüben getan haben. Ich habe allen Respekt vor solcher Treue; heut' kann ich's Ihnen ja sagen. Also wie ist's? Schließen Sie ein?“ Ein langamer Wandel ging vor in den Miemen des Steigers. Höchstes Staunen, Mißtrauen, aber dann, nach einem Blick in Bertschs Augen, plötzlich ein Aufleuchten in dem rauhen, rotbärtigen Antlitz. „Na, wenn's so ist, Herr Bertsch, dann bin ich Ihr Mann! Und daß auch ich's mal sage: Bei aller Wut, die ich auf Sie gehabt hab' — ich hab' doch auch einen ganz gewaltigen Respekt vor Ihnen. Und nun soll's mit Laune machen, für Sie zu arbeiten — hier — meine Hand drauf!“ Schallend schlug er bei Bertsch ein. Der schüttelte die harte Kehle mit einem vollwertigen Gegendrud und lachte. „Na, da hätten wir also nun Freundschaft geschlossen. Also: Glückauf bei uns auf Christiansglück — Herr Obersteiger Hannschmidt!“ Der Notbart wollte in freudiger Bestürzung über die Befriederung einen unbeholfenen Dank vordringen; aber Bertsch hob die Hand. „Etwas anderes jetzt, Hannschmidt, Wichtiges. Ihre Leute haben lange genug gefeiert. Das muß ein Ende haben. Sorgen Sie dafür, daß es noch heut' jeder erfährt: morgen früh wird hier die Arbeit wieder aufgenommen. In vollem Umfange!“ Und noch einen bedeutungsvollen Gang galt es für Bertsch: Zum Abgehen Haus drinnen, um die Grubenurkunden und vertraulichen Briefschaften, die der bisherige Repräsentant bewahrt, nun in sein Verwahrsam zu nehmen. Die Begegnung mit Demmer v. Grund

würde nach allem, was geschehen, gerade kein Begrüßen werden, aber auch das mußte sein. So stand denn Gerhard Bertsch nun vor dem Portal des alten Herrenhauses. Es dauerte eine geraume Weile, bis das Mädchen, das mit seiner Karte ins Haus gegangen war, wieder erschien und ihn hineinführte. In dasselbe Gemach, wo ihn damals Ehe von Grund empfangen hatte, und auch heute fand er sie wieder vor beim Eintreten. Sie erwartete ihn dort offenbar, denn in der Hand hielt sie ein verpacktes kleines Paket, das sie ihm gleich hinreichte. „Sie kommen wohl wegen der Grubenpapiere. Hier sind sie.“ „Vielen Dank! Das war allerdings der Hoed meines Kommens.“ Dann lächelte er: „Ihr Herr Onkel hat also offenbar kein Bedürfnis, mir noch einmal persönlich zu begegnen, nach diesem Ausgang der Sache.“ „Allerdings nicht.“ „Aber es scheint, Sie haben mir noch einen kleinen Auftrag auszurichten von ihm?“ „Oh — wie so?“ „Ich sehe es Ihnen an, Fräulein von Grund. Und ich ohne auch was. Sagen Sie es mir nur ohne Scheu: Mein nochmaliges Erscheinen hier wird nicht gewünscht.“ „So ungefähr freilich. — Aber Sie wissen ja, Herr Bertsch: Mein Onkel ist eine sehr reizbare Natur. Und diese Entscheidung heute —“ „Ist ihm auf die Nerven gefallen, das glaub' ich gern.“ Bertsch lachte unwillkürlich auf. Doch dann sah er sie an, die mit ernster Miene da stand. „Verzeihung — es ist nicht niedere Schadenfreude. Und mein Radchen hier ist nicht sehr am Plage. Aber es ging eben mit mir durch. Der Kampf war nicht leicht. Und nun ist ich gewonnen, darf ich's ja offen sagen, zu Ihnen wenigstens, Fräulein von Grund: Es stand auf des Messers Schneide! Ein paar Tage noch — und ich blie bei der Straße!“ Sie sah ihn mit einem langen Blick an. Dann reichte sie ihm die Hand. „Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen und beglückwünsche Sie zu Ihrem Siege.“ Er hielt ihre Rechte einen Augenblick zurück. „Dieser Glückwunsch freut mich aufrichtig. Ich weiß, er ist ehrlich gemeint.“ Es leuchtete aus seinem Blick, wie sie es nach nie an ihm gesehen hatte. Da forschte sie weiter. „Und nun —“ „Jetzt wird es erst recht beginnen. Ich fahre noch heute nach der Stadt zu den nötigen Konferenzen mit der Bank. Keinen Tag mehr will ich nun verheizen.“ Sie sah vor sich hin. „Es muß schon sein, so getragen zu werden von seinem Erfolge. Wer das doch auch einmal empfinden könnte!“







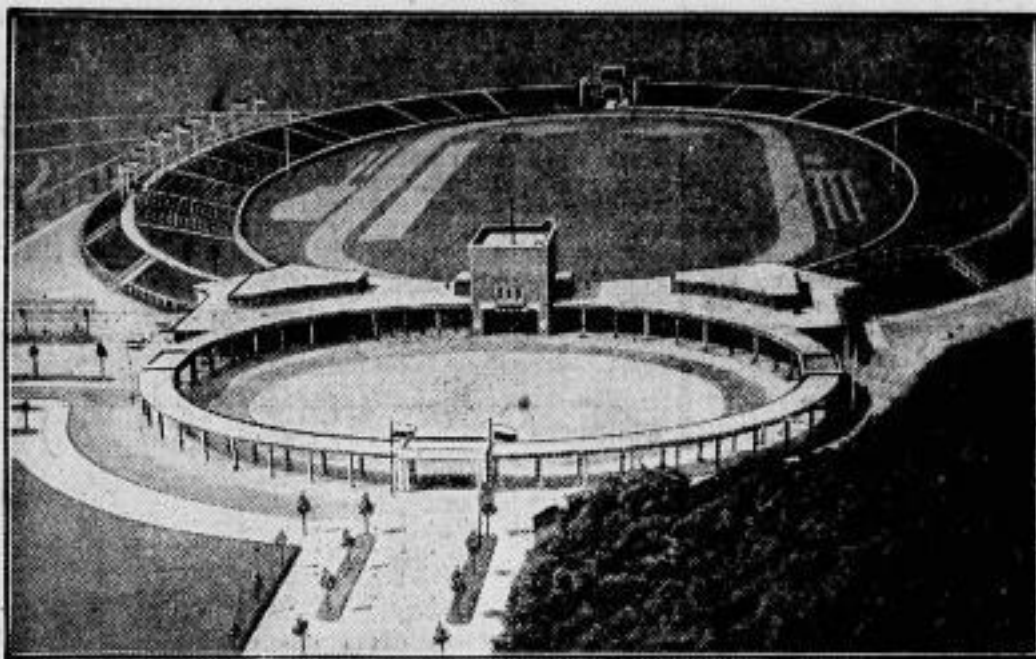
# Minut vom Juni in Bild und Wort.



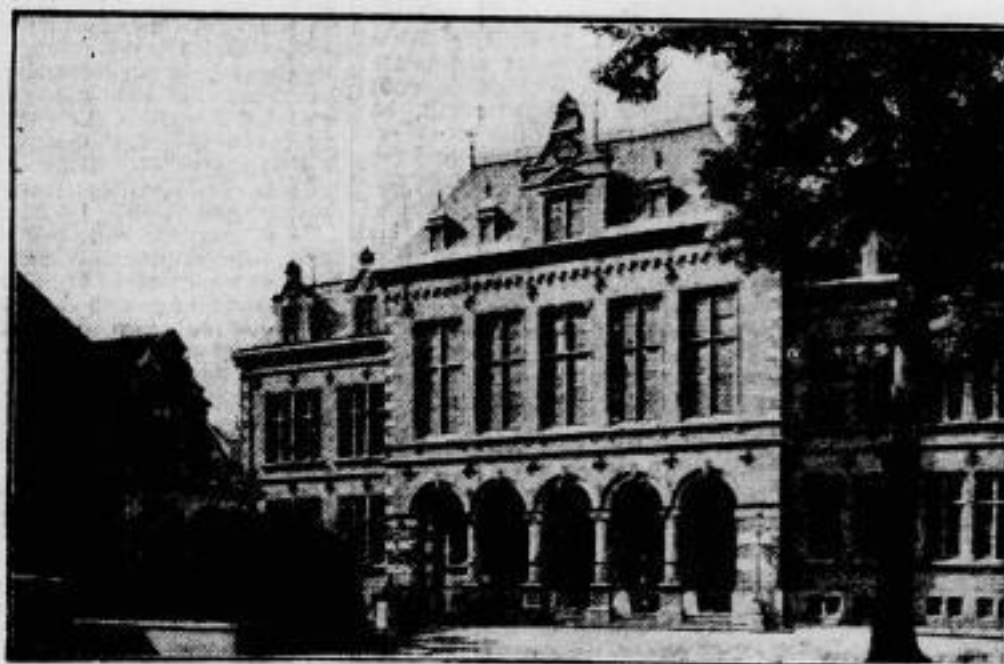
**Der Auftakt zur 400-Jahrestag der Augsburger Konfession** — des von Melanchthon ausgearbeiteten Glaubensbekenntnisses der Lutherischen Kirche, das auf dem Reichstage zu Augsburg am 25. Juni 1550 von den Protestanten verlesen wurde — war die Eröffnung der Bibel-Ausstellung in Augsburg durch Prälat Gr. Groß (links), den Leiter der Stuttgarter Bibelanstalt.



**Brandkatastrophe in einem Dorfe der Grenzmark.** Das Kirchdorf Radawitz im Kreise Flatow (Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen) wurde am 16. Juni von einem Brande heimgesucht, der in zwei Stunden zwanzig Gebäude — fast ein Viertel des Dorfes — in einen Trümmerhaufen verwandelte. Zahlreiches Vieh, fast sämtliches landwirtschaftliches Gerät sowie Getreide und Futtermittel fielen den Flammen zum Opfer.



**Die Stätte der Deutschen Kampfspiele 1930,** die vom 26.—29. Juni ausgetragen werden, ist das Schlesier-Stadion in Breslau.



**150 Jahre Universität Münster in Westfalen.** Vom 19.—21. Juni begeht die Westfälische Wilhelms-Universität in Münster die Feier ihres 150jährigen Bestehens.



**Der schöne Neubau der Essener Stadtbücherei,** der am 16. Juni eröffnet wurde. Als Bildungsbücherei — im Gegensatz zu den rein wissenschaftlichen Universitäts- und Landesbibliotheken — ist die Essener Stadtbücherei eine der größten und modernsten Deutschlands.



**An der Spitze der deutsch-russischen Schlichtungskommission,** die am 16. Juni in Moskau zusammengetreten ist, um „im Interesse der Weiterführung der beiderseitigen freundschaftlichen Beziehungen“ eine Reihe von Streitfragen zu lösen, stehen Reichswirtschaftsminister a. D. von Raumer (links) und das Mitglied des russischen Außenkommissariats, Stomontakoff (rechts).



## Vermischtes.

Selbstmord einer dänischen Bahnarbeitsfamilie. In dem kleinen dänischen Städtchen Stead hat sich am Montag ein furchtbares Familiendrama abgespielt. Man fand den Bahnarbeitsführer, der seit langen Jahren dort wohnt, seine Gattin und ihre erwachsene Tochter mit Gas vergiftet vor. Die Frau war bereits tot, der Mann liegt im Sterben, die Tochter konnte ins Leben zurückgerufen werden. Sie erklärte, daß sie alle drei freiwillig erschossen waren, aus dem Leben zu scheiden. Sie hätten außer Gas auch Gift genommen. Auf dem Tisch fand man verschiedene Briefe an die

Steuerbehörde und an Bekannte. Ueber die Ursache ist bisher noch nichts bekannt geworden. Wieder zwei Kinder im See ertrunken. Beim Baden im See ertranken in der Nähe des Schlacht- und Viehhofes in Augsburg der 15 jährige Sohn des Fabrikarbeiters Maier und die 12 jährige Tochter des Arbeiters Mahler aus Augsburg. Eine Rettung der Kinder war nicht möglich. Explosionstörber in einer Altkupfer-Adung. Aus Jilensburg wird gemeldet: Beim Entladen eines Eisenbahnwagens auf dem Kupferwerk, in dem sich Altkupfer befand, stießen Arbeiter auf einen Explosionsförber, der mit einem starken Knall explodierte. Teile des Sprengkörpers durchschlugen das Dach des Eisenbahn-

wagens. Von den in dem Wagen befindlichen Arbeitern wurde der eine so schwer verletzt, daß er Aufnahme im Krankenhaus finden mußte, während die Verletzungen der anderen nicht so schwer waren. Die Ursache der Explosion ist noch nicht bekannt geworden. Sechs Häuser eingestürzt. In Schwabmühlbach ein Schadenfeuer aus, das infolge der Trockenheit sechs Häuser ergriff und vollständig einscherte. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. Das Wasser zum Löschen des Brandes mußte in Kübeln aus einem Brunnen herbeigebracht werden. Das Feuer scheint durch Selbstentzündung von Heu entstanden zu sein. Wo gibt es die meisten Gewitter? Die einzelnen Teile von Deutschland weisen eine verschiedene Zahl von Gewittern im Jahre auf. Am vorteilhaftesten ist die Lage in Süddeutschland, wo durchschnittlich in den letzten 50 Jahren 45 bis 90 Tage mit Blitschlägen in einem Jahre gezählt wurden. Die größte Zahl von Blitschlägen hat Mitteldeutschland aufzuweisen. Hier schwankte im gleichen Zeitraum die Zahl der Gewittertage im Jahre zwischen 65 und 115. In Norddeutschland dagegen betrug die Zahl der Tage mit Blitschlägen in dem niedrigsten Jahre 40 und in dem höchsten 100. Im allgemeinen ist Deutschland überhaupt verhältnismäßig günstig daran; denn gewitterreiche Jahre wie das Jahr 1899 weisen nur rund 3000 Schläge auf.

## Turnen — Sport — Spiel — Wandern.

### Herausforderungslampf RSV. — 63. Adlerau!

Entgegen allen Hoffnungen haben sich beide Vereine doch noch für kommenden Sonntag zu dem vom RSV verlangten

#### Herausforderungslampf

geeinigt. Das Spiel, welches endgültige Stärke beider Mannschaften feststellen soll, wird von beiden Lagern mit großem Interesse erwartet. Die beiden Kontrahenten haben sich auf den RSV-Platz am Bürgergarten geeinigt. Das Spiel findet der arden Dige wegen wiederum erst nachmittags 5.30 Uhr statt.

#### RSV-Damen verlieren in Weibitz 1:3.

Nach einer ungewollt langen Pause traten die RSV-Damen wieder einmal zum Kampf an. Der Gegner war die erstklassige Mannschaft von Wader-Lauscha. Es ist eine altbekannte Sache, daß bei allen Spielen die reisende Mannschaft immer im Nachteil ist. Die den Platz nicht gewohnte RSV-Elf konnte sich auch nach so langer Pause nicht so recht zusammenfinden. Trotzdem sah man teilweise sehr gute Leistungen. Wenn öfterer gespielt würde, könnten die RSVerinnen gar bald wieder von sich reden lassen. Mit einer verträglich 1:3-Niederlage endete das erste Spiel in diesem Jahre. Döffentlich hört man bald wieder einmal von einem Damenspiel.

#### RSV-Referie gegen SV Rüdrieh 1.

Am kommenden Sonntag trägt die Referie-Elf des RSV sein Rückspiel gegen SV Rüdrieh in Rüdrieh aus. Wenn es im Vorspiel in Riesa zu einem hohen 3:3-Sieg für die RSVer lanote, so sollte es in Rüdrieh weit schwerer sein, zu einem Siege zu kommen. Das Spiel findet nachmittags 5.30 Uhr statt.

#### Rieser Sportverein e. V.

##### Jugendabteilung.

Bei den vom Gau Nordthüringen für den Bezirk Riesa ausgeschriebenene leichtathletischen Wettbewerben vermochte auch die Jugendabteilung trotz schwacher Vertretung recht günstig abzuschneiden, was um so bemerkenswerter ist, da alle Konkurrenz sehr stark besetzt waren. Besonders erwähnenswert ist das Abschneiden des jugendlichen Sode, der nicht weniger als drei 1. Plätze belegen konnte. Persönlichen Glückwunsch für diese große Leistung.

Folgende RSVer belegten in den Wettkämpfen die nachstehenden Plätze:

1. Jugend:	1500 m Sode,	1. Sieger
	400 m Sode,	1. Sieger
	100 m Sode,	1. Sieger
	100 m Rüdrieh,	3. Sieger
2. Anaben:	Hochsprung Lamprecht,	2. Sieger
	Hochsprung Kresse,	3. Sieger
	Weitprung Reitsch,	1. Sieger
	100 m Reitsch,	2. Sieger.

Die ersten Ergebnisse und die Zeiten selbst sind zwar nicht bekannt, doch dürften sie bei der überaus regen Beteiligung aus dem Bezirk beachtenswert sein. — über.

#### Sportverein Rüdrieh im RSV.

##### Sportverein Rüdrieh 1. gegen Sportklub Colditz 1.

7:3 (3:0).

##### Sportverein Rüdrieh 1. Tad. gegen Sportklub Colditz 1. Tad.

3:1 (2:1).

Sein fälliges Rückspiel trug der S.C. Colditz am Sonntag gegen die erste Mannschaft des RSV aus. Mit großer Spannung wurde diesem Treffen entgegen gesehen, was auch für jeden Besucher den rechten Sport brachte.

Gleich nach Anstoß trat Rüdrieh eine klare Überlegenheit, welche die Gäste selten zu überwinden verstanden. Durch gute Kombination der Rüdriehler wird auch in den ersten Minuten das Führungstor erzielt. Immer mehr steigt das Spiel an Schnelligkeit und Anarisse bringen oft beide Tore in Gefahr, wobei Rüdrieh noch zwei schöne Tore buchen kann. Mit 3:0 geht's in die Pause. Colditz hat Anstoß, kommt

auch gut durch und schießt zum ersten Tor ein. Eine Schuld der Rüdrieher Verteidigung. Angriff auf Angriff rollt auf das generische Tor, wobei noch vier weitere Tore erzielt werden. Selbst die Gäste sind etwas im Schwunge und werden oft gefährlich, sehen sich gut durch und es gelintet noch ein Tor und ein Elfmeter, der unbaltbar eingeschossen wird. Bei etwas mehr Schußsicherheit der Rüdrieher Stürmer wäre das Resultat weit höher auszufallen. Ein gerechter Sieger dieses Spiels war der Schiri Rüdrieh. Troh der Wettkämpfe zum Jugendtag in Mügeln, wodurch mehrere Spieler schon abgemüdet waren, blieb die Jugend über die körperlichen Tödliger verdienter Sieger. Sch.

### Wanderfahrt des RSV „Adler“ Riesa.

#### RSV „Adler“ gewinnt den 4. Preis im Korso.

An der Wanderfahrt zum Grenzlandtreffen nach dem romantisch gelegenen Rosendorf (Tschschollowafel) beteiligte sich der Gau Dresden mit 400 Radlern. Auch der RSV „Adler“ Riesa hatte Mitlieder entsandt. Die Wanderfahrer des „Adler“ Riesa waren bereits Sonnabend früh 5.15 Uhr bei herrlichem Wetter in den Sattel gestiegen. Die Fahrt ging in gemühtlichen Wanderfahrer-Tempo durch Koblen, Wöllsch, Zehren, Meichen, Niederwartha, Dresden statt vorstatten. Am Großen Garten wurde das erste Halt gemacht. In Weidenau passierte leider ein kleiner Unfall. Ein unvorsichtiger Radfahrer fuhr aus einem Hole in unsere Gruppe, wodurch ein Radfahrer stürzte. Von Königstein genoh man den Blick über die Elbe und die herrliche romantische Sächsische Schweiz. Bald war der malerisch schön gelegene Badeort Schandau erreicht. In drückender Sommerhitze um 12 Uhr wurde eine Stunde Rast gemacht. Bald war die Grenze erreicht, wo wir von den Rosendorfer Falken herzlich empfangen wurden. Die Rosendorfer Falken begleiteten uns bis zum Festplatz. Die Aufnahme war recht freundlich. Der sportliche Teil begann 20 Uhr mit einem Radfahrausflug bei Höhenfeuer und Völkerschreien. Es folgten radportliche, turnerische Vorführungen, Gefangensvorträge und Berührungsanreden der Behörden und des Gaus Oberland. Ein Tanzabend auf der Festwiese hielt die Sportler bis in die frühen Morgenstunden beilammen. Sonntag früh 5 Uhr Weidau. 6 Uhr wurde ein Kraus am Gefallenen-Denkmal niedergelegt. 7 Uhr Rittgerrennen. Nun blieb es Rüdrieh fertig machen zum Korso. 13 Uhr Stellen zum Preisfest. RSV „Adler“ startete mit 7 Mann und errang den 4. Preis mit 7,75 Punkten. Anschließend waren wieder radportliche und turnerische Auführungen, Siegerehrung mit Preisverteilung und Festball. Montag früh wurde die Holzgrenze Grenzstreifen passiert. Mit frohem Mut ging es wieder in gemühtlichen Wanderfahrer-Tempo bis Dresden, was 14 Uhr erreicht war. Hier wurde der Zoo besichtigt. Um 18 Uhr traten wir den Rest der Rückreise an und um 20.30 Uhr hatten wir unsere Heimatstadt Riesa glücklich erreicht.

Der RSV „Adler“ darf wohl stolz sein, trotz der starken Konkurrenz mit 7 Mann den 4. Preis mit 7,75 Punkten beim Korsofest errungen zu haben. Als Teil zu diesem Erfolg in der Tschschollowafel! Die Wanderfahrt wird wohl jedem Wanderfahrer in Erinnerung bleiben. Hoffen wir, daß die Beteiligung bei der nächsten Wanderfahrt größer wird und auch nach dem Verein fernstehende Radportler daran teilnehmen. — über.

### Neuer Kampf zwischen Schmeling und Sharkey

New York, 18. Juni.

Schmeling fuhr mit elf Freunden im Flugzeug nach Endicott zu einem kurzen Besuch. Nach einer Affiliated-Briefmeldung aus Chicago wird dort errogen, das Soldierfield-Stadion für einen neuen Boxkampf zwischen Schmeling und Sharkey zur Verfügung zu stellen. General Clinin, der Vorsitzende der Illinois-State Athletic-Commission, erklärte auf die Anfrage, ob die Illinoiser Kommission den Kampf gutheißen würde, die Erlaubnis würde erteilt, falls die Vorschriften erfüllt werden.

### Die Güne für das Sprinter Eisenbahnunglück.

Insterburg. Am Montag und Dienstag verhandelte das Schöffengericht Insterburg gegen den Straßenkehrer Fiedler und den Kraftwagenführer Salzenbein, die beschuldigt sind, durch Fahrlässigkeit das furchtbare Eisenbahnunglück bei Sprint am Solveterabend des Jahres 1929 verursacht zu haben, bei dem sechs Personen getötet und neun verletzt worden waren. Das Insterburger Schöffengericht verurteilte den Sachverständigen Fiedler wegen fahrlässiger Tötung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung unter Verlesung seiner Amtspflicht zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis. Der Auto-Omnibusführer Salzenbein wurde freigesprochen.

### Ein Autobus beschossen und mit Steinen beworfen.

Berlin. In der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr spielte sich im Berliner Stadtteil Reinickendorf-Ost ein unerhörter Vorfall ab, bei dem 4 Personen mehr oder weniger schwere Verletzungen davontrugen. Um die angegebene Zeit hatte ein Autobus an der Zielstation etwa 15 Personen aufgenommen, die nach ihrer Unterhaltung zu schlafen, zum Teil der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehörten. Wenige Augenblicke, nachdem sich der Kraftwagen in Bewegung gesetzt hatte, wurden aus einer Gruppe von Leuten, die ebenfalls an der Haltestelle standen, 8 Revolverkugeln auf den noch in langsamer Fahrt befindlichen Autobus abgegeben und 3 Steine geschleudert. Infolge der Detonationen und des Krakens der zertrümmerten Fensterscheiben, hemächigte sich der Fahrgäste eine Panik. Hierbei erlitten 3 der Fahrgäste durch Schüsse schwere Verletzungen. Außerdem war ein weiblicher Fahrgast durch einen Stein getroffen worden und hat blutige Abschürfungen erlitten. Sämtliche Verletzten wurden nach dem Reinickendorfer Krankenhaus gebracht und erhielten dort die erste Hilfe. Die 3 Schwerverletzten mußten im Krankenhaus verbleiben. Die Täter waren geflüchtet, und konnten leider nicht ermittelt werden.

### Wasserstände

	17. 6. 30	18. 6. 30
Moldau: Ramlitz	+ 9	+ 4
Moldau: Mohran	- 67	- 76
Elbe: Laun	- 22	- 16
Elbe: Rimbürg	- 22	- 20
Brandels	- 50	- 54
Melmit	+ 26	+ 27
Zeitmeritz	+ 59	+ 48
Wuffig	- 25	- 34
Dresden	- 186	- 184
Riesa	- 128	- 132

### Marktberichte.

Großhändler Schweinemarkt vom 17. Juni 1930. Preis eines Ferkels: 21—32 M. Ausnahmen über Notiz. Zufuhr: 197 Ferkel. Geschäftsgang: langsam.

Der heutigen Ausgabe des „Rieser Tagesblattes“ liegt das Wahlflugblatt „Sachsenpiegel“ (Deutsche Demokratische Partei) bei.

Der heutigen Tagesblattausgabe liegt ein Wahlflugblatt der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) bei.

### Rm. 1200.—

klare Hypothek sofort zu verkaufen. Käufer-Adress. erb. unter L 4806 an das Tagesblatt Riesa.

Ehrl. fleiss. Hausmädch. 16—17 J., f. i. N. gesucht. Zu erst. im Tagesbl. Riesa.

Stüchtiges Mädchen welches zu Hause schlafen kann, sucht Friseur Zech Hauptstraße 73.

Mädchen in die Landwirtschaft gesucht. Zu erst. im Tagesbl. Riesa.

16jähr. kräftig. Mädchen v. Bande, mit gutem Zeugnis, sucht Stellung als Hausmädchen. Zu erst. im Tagesblatt Riesa.

Bursche v. 15—16 Jahren für die Landwirtschaft für sofort gesucht. Schwarze, Gedda 5. Riesa Nr. 20.

### Beschlagnahmefreie

#### 5—6-Zimmerwohnung

gesucht. Off. unt. K 4804 an das Tagesblatt Riesa.

### Ladegerlegenheit

mittels Möbelkatzug am Sonnabend, den 21. d. M., von Dresden. W. Fris Rühle, Möbeltransport.

### Gelegenheitskauf.

12/50 PS Steyer-Pullmann-Tourenne, 7½ Hkg mit Trennscheibe, in einwandfreier Verfassung, sehr günstig zu verkaufen. Auf Wunsch Zahlungsziel. Offerten unter H 4802 an das Tagesblatt Riesa.

#### Zum Besuch

der Privatlandschaft werd. f. hier eingeführte Artikel fleiß. Leute gel., a. als Nebenbesch. Angeb. u. M 4806 a. d. Tagesbl. Riesa.

Für den Verkauf der beliebtesten „Germa“-Niginus-Antolle wird rührieger

#### Bezirksvertreter

bei hohen Verdienstmöglichkeiten gesucht. Branche-Kennnisse nicht erforderlich. Gest. Angeb. unt. H. G. 6951 an R. Gaaßenheim & Vogler, Hamburg 36.

#### Gebr. Kleiderstranz

zu kaufen gesucht. Offerten unter K 4799 an das Tagesblatt Riesa.

#### Tanzsportkapelle

für Sonntags zur öffentl. Tanzmusik gesucht. Angebote mit Preisforderung erbeten unter G 4801 an das Tagesblatt Riesa.

#### Kastenwagen

Fast neuer mit Leitern steht zu verk. Schmiede Weiblicher.

## Aufklärung zur Landtagswahl.

Am Donnerstag, 19. Juni, abends 8 Uhr spricht Staatsrat Fürth aus Rudolstadt i. Th. im Saale des

### Wettiner Hofes.

Ortsgruppe Riesa der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei).

### Einen elektrischen Staubsauger f. 85 Pfg.

mit sachmännlicher Bedienung können Sie für eine Stunde haben. Rufen Sie Riesa 164 an und das Mädchen erköhnt mit eigenem Staubsauger. Köstliche Vorführung! Nähere Auskunft durch

Otto Schönfeld, Elektromstr. R. Werdorf, Lanier Straße 19.

## Grund- und Hausbesitzer!

### Welche Liste wählen wir?

Besucht den Aufklärungsbericht des Staatsrat Fürth, Rudolstadt (Wirtschaftspartei) am 19. Juni 8 Uhr im Wettiner Hof. Wir empfehlen euch denselben angelegentlich.

### Die Gesamtvorstände der Grund- und Hausbesitzervereine:

Riesa, Riesa-Großa, Riesa-Weiba, Riesa-Meraborf.

### 12/55 PS Chrysler 5sitz. Limousine

in gutem Zustand äußerst preiswert zu verkaufen; eotl. Zahlungsvereicherung. Offerten unter J 4808 an das Tagesblatt Riesa.

### Leistungsf. Holst. Margarinewerk

— traktiert — m. erstl. Qualität. In Jugabreit. Sucht f. Bezirk Riesa-Bommahlich bekeingel. Bezirksvertreter bei auhergeübnt. hohen Verdienstmöglichkeiten. Herren od. Firmen, d. f. Lager u. Fz. entsprech. Sicherheit stellen, werden um Off. u. D C 686 über Rudolf Woffe, Dresden, gebeten.